



perspektive

Kreislaufwirtschaft

Magazin der Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin — Ausgabe Herbst 2019 — 2,00 €



LAST MINUTE

Jetzt Sofortmaßnahmen durchsetzen — Zukunftsdebatte führen!



Selbstverständnis

Das Magazin „Perspektive Kreislaufwirtschaft“ ist das Magazin der Umweltgewerkschaft. Es erscheint bisher einmal jährlich.

Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen. Um die Erde als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten, muss ihre rücksichtslose Ausplünderung beendet werden. Hauptverantwortlich für die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist die vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise.

Unsere Alternative ist eine weltweite Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien sowie eines verantwortungsvollen Konsums. Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur und die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit den bestehenden Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Wir unterstützen die Proteste für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheitsschützende Technologien und Produktionsweisen, gegen umweltzerstörende Großprojekte, gegen die krankmachenden Folgen des Verkehrs, der Vergiftung der Natur usw. Wir fördern den Zusammenschluss mit Umweltbewegungen weltweit.

Wir haben uns dem Internationalistischen Bündnis als Trägerorganisation angeschlossen, um gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und im Staatsapparat, gegen wachsende Ausbeutung, Unterdrückung, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität zu kämpfen.

Die Redaktion des Magazins hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Leser*innen ein Bild zu vermitteln über Widerstand, Kämpfe und Erfolge für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt. Wir wünschen uns dafür die Unterstützung vieler Autor*innen aus der Umweltbewegung. Wir streben nach einer ausgewogenen Mischung aus wissenschaftlicher Expertise, praktischen Erfahrungen und umweltpolitischer Aktualität.

Unsere Verbundenheit zur Frauenbewegung und zur Gleichstellung aller Geschlechter drücken wir auch dadurch aus, dass wir in den Texten der Redaktion alle Geschlechter erkennbar machen. Wir bitten auch unsere Autor*innen, mit Sternchen (*) zu gendern.

Kritik und Vorschläge zu allem, was Euch zum Magazin bewegt, sind willkommen.

Selbstverständnis	2
Editorial	3
Erderwärmung: Die Zeit drängt!	4
Umweltgewerkschaft und Fridays-for-Future-Bewegung	5
Orientierung am Pariser Klimavertrag?	6
Wir brauchen 100 % regenerative Energie und die erforderlichen Speicher dazu	6
Brennstoffzellenheizungen	7
Erster Personenzug mit einem Wasserstoff-Brennstoffzellen-Antrieb	9
Erdgas ist keine Brücken-Energie	9
AKWs als Klimaretter?	9
Bremen: Klimawandel als Totschlag-Argument missbraucht	10
Kassel: Kahlschlag verhindert	11
Co ₂ -Steuer und/oder Zertifikatehandel?	11
Hambacher Forst: Kohle stoppen, Wald retten, Klima schützen	12
Kapitalistisches Verkehrswesen in Frage stellen	13
Für die Senkung des CO ₂ Ausstoßes um 70 – 90 % bis 2030	15
Batterie- und Brennstoffzellenantrieb in der Mobilität	15
Umweltgewerkschaft beteiligte sich kritisch an der IG-Metall-Großkundgebung „#FairWandel“	16
S21 hat zu geringe Kapazität	16
EuGH-Urteil zu Messstellen und Grenzwerten	17
Ein Blick in das Netzwerk der Klimaleugner	17
Achtung: Faschistisches Gedankengut	19
Die RAG stellt die Zukunft des Ruhrgebiets in Frage	20
Zechenflutung stoppen — Giftmüll entsorgen	21
Der Baum	22
Die Zukunft der Kohle und des Kohlebergbaus in einer Kreislaufwirtschaft	24
Giftmüll eine riesige Bedrohung	24
Die K+S AG belastet mit dem Salzabbau eine ganze Region	25
Umweltgewerkschaft unterstützt „Bottroper Erklärung“	26
Keine Verbrennung hochgiftiger BP-Ölpellets in Gelsenkirchen!	27
Gegen die Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch	28
Kleine Körner, große Konzerne	29
Recycling von Gülle möglich	30
Massentierhaltung beenden!	31
Ausflug ins Wurzacher Ried	32
Ortsgruppe Ulm und Fridays-for-Future	32
Stopt die Befüllung des Illisu-Stausees!	33
Keine Sanktionen für Fridays for future-Teilnehmer*innen	33
Südsudan: Der lange Kampf für sauberes Wasser	34
Ein Systemwechsel ist notwendig!	35
Buch: Katastrophenalarm!	37
Leserbrief: Am Grundsatzprogramm orientieren	37
Frauenpolitischer Ratschlag in Erfurt	38
Berliner Solar-Genossenschaft SOLVERDE wurde Mitglied	38
Warum das Plastikmüll-Abkommen scheiterte	39
Klimaschutz sieht anders aus!	40
Filmtipps	42
Gute Gründe, jetzt Mitglied der Umweltgewerkschaft zu werden!	42

Vorstand und Sitz des Vereins: **Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin**

Email: vorstand@ug-buvo.de · Internet: <http://umweltgewerkschaft.org/de/>

Wir freuen uns über Eure Spende! · GLS Bank – IBAN DE49 4306 0967 1199 5031 00

ViSdP: Mohan Ramaswamy

gedruckt auf recyceltem Papier mit mineralöl- und schwermetallfreien Druckfarben AktivDruck, Göttingen
Titelbild + U4 Montage Mohan Ramaswamy, Fotos Gernot Wolfer, Wikimedia, fotografik · Layout ЯHR fotografik, Göttingen

Liebe Leser*innen,

der am 8. August 2019 erschienene Sonderbericht des Weltklimarates der UNO veröffentlichte neue alarmierende Daten, dass die Lufttemperatur über Land bereits 1,53 Grad Celsius über der Temperatur des Jahres 1850 liegt. Weiterhin, dass sich das Tempo der zerstörerischen Land- und Wassernutzung, die Vernichtung der Wälder beschleunigt und einen historischen Höchststand erreicht hat. Im Mai erreichte der ungezügelte CO₂-Anstieg mit 414,8 ppm einen neuen Rekord. Es droht eine globale Klima- und Umweltkatastrophe.

Mit den Schulstreiks der *Fridays-for-Future*-Bewegung erhalten die Umweltbewegung und ihr Widerstand gegen die mutwillige Zerstörung der Umwelt weltweit einen enormen Zuwachs und breite Solidarität in der Bevölkerung. Die jungen Menschen und viele Erwachsene wollen nicht länger der Tatenlosigkeit der meisten Regierungen zusehen und drängen auf sofortige Maßnahmen. Mit „System Change, not Climate Change“ wächst die Kritik am Kapitalismus und die Suche nach einer Alternative.

Die verschiedenen Wahlen im Lande zeigen, wie sich dies in politischen Stimmungen niederschlagen kann. Die Partei die GRÜNEN bekam erheblich mehr Stimmen. Viele Menschen hoffen, so zu einer wirklich sinnvollen Klimapolitik zu kommen. Die Erfahrungen mit „grüner“ Regierungspolitik in der Vergangenheit und jetzt wie z.B. in Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Hessen bestätigen diese Hoffnungen aber nicht. Wir müssen darüber diskutieren und klären, wer wirklicher Freund und verlässlicher Partner der Umweltbewegung ist.

Trotz der dramatischen Entwicklung reagiert die Bundesregierung weiter mit untauglichen Maßnahmen. Die CO₂-Bepreisung und Verschmutzungszertifikate haben bisher den CO₂-Anstieg nicht im Geringsten gebremst. Höhere Steuern werden vor allem die

breite Masse der Bevölkerung treffen. Notwendig ist es dagegen endlich die Hauptemittenten wie die Auto-, Energie-, Chemieindustrie und andere Konzerne zu Sofortmaßnahmen zu verpflichten. Von Merkel und Co kann die Umweltbewegung solche Schritte allerdings nicht erwarten.

Eine andere Klimapolitik muss auch international durchgesetzt werden, will sie Wirkung zeigen. Parteien und Politiker, die die Klimakrise leugnen,

vorurteilsfreie Zusammenarbeit und der Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung. Wir wollen eine „menschwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur“, heißt es in unserem Programm. Idee und Programm der Umweltgewerkschaft sind nur mit einer breiten Massenorganisiertheit umzusetzen. „Werdet Mitglied!“ dazu rufen wir in diesem Magazin, aber auch an unseren Infoständen und bei Aktionen auf.



Am 14. September protestierten 25.000 Menschen mit einer Sternfahrt und Großdemonstration in Frankfurt/M. für ein klimafreundliches Verkehrswesen anlässlich der Internationalen Automobilausstellung (IAA)

verunsichern einen Teil der Menschen mit ihrer Demagogie. Bei uns ist es die AfD, in Polen die Kohle-Partei PIS, in Ungarn die Orban-Anhänger, in Italien die „Lega Nord“ und der US-Präsident Trump. Sie sind nicht nur in ihren Ländern Bremsklötze für erneuerbare Energien sondern Vertreter des verschärften rücksichtslosen Raubbaus an der natürlichen Umwelt. Es braucht international gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen, die Umweltkämpfer müssen sich gegen den „klimaskeptischen“ Gegenwind durchsetzen. Dazu will die Umweltgewerkschaft beitragen!

Neben der quantitativen Zunahme der Umweltkämpfe, gilt es die Qualität der Kämpfe höher zu entwickeln. Notwendig sind eine verlässlichere und

Diese Nummer der Perspektive berichtet sowohl von den neuen Entwicklungen rund um die Jugendmassenbewegung Fridays-for-Future und in der Arbeiterbewegung, aber auch von den unterschiedlichen Störmanövern aus dem rechten Lager. Wir liefern Argumente zu alternativen Wegen in der Energiegewinnung und im Verkehr. Umwelt-Aktivist*innen berichten über Erfahrungen aus der Praxis an unterschiedlichen umweltpolitischen Brennpunkten.

Der Bundesvorstand der wünscht allen Leser*innen einen anregenden und erkenntnisreichen Lesegenuss!

IHR BUNDESVORSTAND
UMWELTGEWERKSCHAFT



Die Entwicklung hin zu einer globalen Klima- und Umweltkatastrophe entwickelt sich schneller als noch vor zehn Jahren angenommen wurde und ist spürbar. Der Weltklimarat der (IPPC) Vereinten Nationen (UN) prognostizierte in seinem Bericht von 2012 zu den Extremwetterereignissen, dass bis Mitte des 21. Jahrhunderts Dürren, die bisher alle 20 Jahre zu erwarten waren, künftig alle zwei bis drei Jahre auftreten werden. Das bedeutet globale Ernährungsrisiken für die Weltbevölkerung und die Verschiebung ganzer Klimazonen. Die Kehrseite der Dürren sind gleichzeitig auftretende, sintflutartige Regenfälle und Überflutungen, wie in Italien, Mosambik, Australien, Teilen Kanadas und im asiatischen Raum. Die Hitze und Trockenheit hat weitreichende Auswirkungen in der Land- und Forstwirtschaft, führt zu Transportproblemen auf Flüssen und einer weiteren Senkung der Grundwasserspiegel. Die Hitze beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen und führt zu mehr Hitzetoten. Kraftwerke bekommen Probleme, ihre Anlagen zu kühlen. Riesige Waldbrände in bisher nicht dagewesenem Ausmaßes entstanden bereits in den arktischen Wäldern Sibiriens, Kanadas und Alaskas.

Massensterben von Bäumen

Auch in Deutschland zeigen sich die Folgen der Trockenheit von 2018 und 2019 jetzt deutlich. Es hat ein Massensterben der Bäume in deutschen Wäldern eingesetzt. In vielen Städten müssen geschädigte Straßen- und Parkbäume bereits aus Sicherheitsgründen gefällt werden. Die Krise der Wälder verschärft sich durch die bisher deutlich zu geringen Regenmengen in 2019, Grundwasserabsenkungen, erneute Hitzewellen mit Hitzerekord im Juni und Juli, den großflächigen Waldbränden und dem massivem Befall mit Engerlingen, Borkenkäfern und Pilzen, die den geschwächten Bäumen zusetzen. Diese Entwicklung stellt die Funktion des Waldes und städtischer Bäume im Gesamtsystem der ökologischen Systeme grundsätzlich in Frage: Sowohl als CO₂- und Wasserspeicher, wie auch als Sauerstofflieferant, für den Temperatenausgleich, als Schutz vor Lärm und Hitze, zur Eliminierung von Schadstoffen und als Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Menschen.

Schweizer Studie zur Wiederaufforstung

Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich veröffentlichten im Juli 2019 im Fachmagazin „Science“ eine Studie, wonach die Erderhitzung durch nichts so effektiv bekämpft werden könne wie durch Aufforstung. Zu den 2,8 Milliarden Hektar Wald müsste eine Milliarde Hektar Land neu mit Bäumen, vor allem in den USA, Kanada, Australien, Brasilien und China bepflanzt werden und diese würden zwei Drittel der seit der Industrialisierung verursachten klimaschädlichen CO₂-Emissionen aufnehmen. Unter den Bedingungen des verschärften kapitalistischen Konkurrenzkampfes und des Eigentums von Boden in privater Hand verschärft sich dagegen die Entwicklung, Wälder rücksichtslos zu zerstören. Eine weltweit flächendeckende, schnelle, planmäßige Aufforstung von diesem Ausmaß ist ohne eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht möglich.



Sofortiger Stopp der Wald- und Regenwaldrodung!

Der tropische Regenwald ist der größte CO₂-Senker und Wasserspeicher der Welt. Fast 16 Millionen Hektar tropischer Wald wurden 2017 laut Global Forest Watch abgeholzt, eine Fläche etwa doppelt so groß wie Österreich. Obwohl es weltweit immer weniger Wälder gibt, nimmt die Abholzungsrate zu. Der brasilianische Präsident Jair Bolso-

Treibhausgasemissionen 2017 auf einen Blick

Kategorien*	Treibhausgas-Emissionen 2017		Minderung gegenüber 1990	
	In Mio. t CO ₂ -Äq.	Anteil an den Gesamt-Emissionen	In Mio. t CO ₂ -Äq.	In Prozent
Energiebedingte Emissionen (einschließlich Strom, Wärme, diffuse Emissionen)	765,7	84,5%	-270,9	-26,1%
davon Verkehr	168,0	18,5%	3,7	2,2%
davon Haushalte	92,9	10,2%	-39,0	-29,6%
Industrieprozesse	64,5	7,1%	-32,3	-33,6%
Landwirtschaft	66,3	7,3%	-12,9	-16,3%
Abfall & B&B Wasser	10,2	1,1%	-26,2	-73,5%
Insgesamt	906,6	100,0%	-344,4	-27,3%

* Alle Angaben ohne Emissionen aus der Kategorie LULUCF

Quelle: Eurostat/EEA

naro hat jetzt den Startschuss für die noch schnellere Abholzung des Regenwaldes und Vertreibung der indigenen Bevölkerung gegeben. Der wachsende Widerstand, besonders der vom Existenzverlust und der Vernichtung betroffenen indigenen Bevölkerung, muss mit der ganzen Umweltbewegung Brasiliens, Südamerikas und der ganzen Welt verbunden werden. Das ist eine wichtige Frage beim Treffen der weltweiten Umweltschützer anlässlich der 25. Weltklimakonferenz (COP 25) in Chile vom 2. bis 12. Dezember und dem weltweiten Klimaaktionstag am 7. Dezember.

Die kapitalistische, auf den Profit orientierte industrielle Landwirtschaft trägt wesentlich zum vermehrten Ausstoß von Treibhausgasen (v.a. CO₂, Methan) mit ihren Monokulturen, Abholzungen und ihrer Massentierhaltung bei. Tropen-

„Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als eine Krise zu behandeln ... Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern. Wir sind nicht hierhergekommen, um vor Weltpolitikern darum zu betteln, dass sie sich kümmern. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und Sie werden uns wieder ignorieren. Ihnen gehen langsam die Ausreden aus, uns läuft die Zeit davon! Wir sind hierhergekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass ein Wandel kommen wird, egal, ob Sie es wollen oder nicht. Die wirkliche Macht gehört den Menschen.“

Greta Thunberg auf dem 24. Weltklimagipfel in Kattowitz (Polen) Dezember 2018

holz, Tropenwaldflächen für Palmöl, Agarsprit, Soja-Ackerflächen und die vorhandenen Bodenschätze sind profitable Einnahmequellen für internationale Konzerne. Der Kampf um die Ausbeutung der letzten „unberührten“ Flächen tobt.

Beschleunigter Übergang in die globale Umweltkatastrophe

Der CO₂-Wert der Erdatmosphäre lag im Juli 2019 bei 411,77 ppm und damit um 3,06 ppm höher als im Juli 2018. Die weltweite Erwärmung der Erde wird immer mehr auch durch Methan vor allem aus dem Auftauen der Permafrostböden verursacht. Im am 8. August 2019 veröffentlichten Sonderbericht „Klimawandel und Land“ warnte der Weltklimarat erneut vor verheerenden Folgen, da der weltweite durchschnittliche Temperaturanstieg über den Landflächen im Vergleich zur vorindustriellen Zeit bereits bei 1,53 Grad Celsius liegt. Alle die Umweltkatastrophe zuspitzenden Faktoren wie die Zerstörung der Ozonschicht, die Vernichtung der Wälder, die sich verschär-

fende Klimakrise, die drohende Gefahr umkippender Meere, die Zerstörung der Ökosysteme, das Artensterben, der rücksichtslose Raubbau an Naturstoffen, die Vermüllung, Vergiftung und Verseuchung der Welt haben existenzielle Folgen für die Menschheit.

Weltweit wachsendes Umweltbewusstsein und Zunahme von Protesten. Viele Menschen bei uns im Land wollen, dass endlich etwas gegen die bedrohliche Entwicklung getan wird. Das Bewusstsein über die Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz ist sehr gewachsen. Eine zunehmende Zahl Menschen sieht auch die Hauptursache der Umweltprobleme im Profitstreben der Banken und Konzerne und stellt die ganze Art und Weise wie im Kapitalismus produziert, konsumiert und gelebt wird in Frage. Die Losung „System Change – not Climate Change“ ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Debatte über eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörung. Auch weltweit wächst der Widerstand. Die Medien hierzulande berichten al-

lerdings nur selten darüber. Das ist natürlich kein Zufall.

Umweltgewerkschaft und Fridays-for-Future-Bewegung

Die Umweltgewerkschaft hat viele politische Übereinstimmungen mit den Schüler*innen, unterstützt ihre Ausdauer, ihren Mut und ihren Einfallsreichtum. Wir wollen in der Umweltbewegung bewusst machen, dass die Hauptverursacher der Klima- und Umweltkrise, nämlich Konzerne, Banken und die mit ihnen verbundenen Regierungen, in den Mittelpunkt der Proteste rücken müssen. Es ist einseitig, die Änderung individueller Verhaltensweisen in den Vordergrund zu stellen. In der Fridays-for-Future-Bewegung findet eine Auseinandersetzung über den richtigen Weg statt. Behält sie ihre politische Vielfalt und Selbständigkeit, wozu die Kritik am kapitalistischen System gehören muss, oder setzt sich die Richtung durch, die ihre Hoffnung in parlamentarische Mehrheiten

setzt. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Protestbewegung dann ihre Durchsetzungskraft verliert, wenn sie vom herrschenden System vereinnahmt werden kann. Die Umweltgewerkschaft will die Jugendlichen davon überzeugen, dass der richtige Weg, um den Raubbau an der Natur zu stoppen und eine Klimakatastrophe zu verhindern, der breite aktive Widerstand in Deutschland und weltweit ist. Dafür bedarf es einer höheren Organisiertheit. Wir werben deshalb für die Mitgliedschaft bei uns. Wir lehnen die Versuche von Funktionären der Grünen Jugend und den JuSos ab, Kräfte, die für eine andere gesellschaftliche Perspektive eintreten, zu behindern, zu dis-

kriminieren oder sogar auszuschließen. Das widerspricht auch dem Geist der Bewegung, wie sie von Greta Thunberg initiiert wurde



und der notwendigen gesellschaftlichen Debatte um die Lösung der Umweltfrage.

Orientierung am Pariser Klimavertrag?

Die Fridays-for-Future-Bewegung fordert zu Recht sofortige radikale Klimaschutzmaßnahmen – umso verwunderlicher ist ihre Orientierung am Pariser Klimavertrag, der das genau nicht macht! Der „Pariser Klimavertrag“ wurde 2015 von der 21. Weltklimakonferenz verabschiedet. Erstmals ist

darin die Erderwärmung als Tatsache und Bedrohung anerkannt. Allerdings enthält der Vertrag keinerlei verbindliche Festlegungen. Konkrete CO₂-Reduzierungsziele (wie noch im vorherigen Kyoto-Vertrag von 1997) wurden erst gar nicht und bis heute nicht aufgenommen. Stattdessen wurde

eine wissenschaftlich nicht belegte Temperatur-Anstiegs-Begrenzung auf „deutlich unter 2 Grad Celsius“ vereinbart – was faktisch eine weitere dramatische Steigerung der Erderwärmung als akzeptabel oder unvermeidlich erscheinen lässt.

Wir brauchen 100% regenerative Energie und die erforderlichen Speicher dazu

Von Seiten der Regierung und der Energiekonzerne wird immer gesagt, dass eine schnelle und vollständige Umstellung der Versorgung auf 100% Regenerative Energien nicht möglich sei, weil die dafür notwendigen Speicher fehlten. Das stimmt, nur sagen Politiker und Energiekonzerne nicht, dass an einer schnellen Energiewende gar kein Interesse besteht. Es soll möglichst lang noch Profit mit dem Verkauf des dreckigen Stroms gemacht werden. Der Kohleausstieg bis 2038 dauert viel zu lange und behindert den raschen Umstieg auf die Erneuerbaren.

In unserer Broschüre: „Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?“¹ wird geklärt, dass fossile Energien und der Atomstrom nicht länger gebraucht werden.

In Kapitel 5.3 „Speicher für elektrische Energie“ werden verschiedene Speicherwerke bzw. -methoden betrachtet. Am Ende dieses Kapitels stellt der Autor fest: „In der Verbesserung elektrochemischer Energiewandler liegt eine entscheidende Aufgabe von Forschung und Entwicklung, vor allem für die Entwicklung einer solaren Treibstoffversorgung.“²

Der Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband behandelt in der 2015 herausgegebenen Broschüre „Wasserstoff der neue Energieträger“ diese Fragen. Die folgenden Zitate sind sämtlich aus dieser Broschüre.

„Bis auf die Gezeiten und die Erdwärme gehen die erneuerbaren Energie-

quellen mehr oder weniger direkt auf die Sonnenstrahlung zurück. Durch diese Einstrahlung erhält die Erde etwa das 15.000-fache des heutigen Energieverbrauchs. Berücksichtigt man die technischen Möglichkeiten zu deren Nutzung, so könnte die Sonne mindestens das Zehnfache des Bedarfs decken.

Allerdings sind die regenerativen Energien durch zwei Merkmale gekennzeichnet, die den Gebrauch in der Energiewirtschaft erschweren:

1. Sonnenstrahlung, Wind und Wellen sind diskontinuierlich.



2. Die Leistungsdichte bei den mit ihnen verbundenen Umwandlungsprozessen ist im Vergleich zu der Leistungsdichte, die bei der Umwandlung der chemischen Energie fossiler Energieträger und der Kernenergie in nutzbare Energieformen typisch ist, deutlich geringer.

Die erste genannte Eigenschaft kann ohne weiteres ausgeglichen werden, indem man Energie während Zeiten erhöhten Aufkommens speichert und diese Energie dann bei hohem Bedarf wieder einspeist.“³

Das Problem der geringeren Leistungsdichte ist grundsätzlich lösbar, da genügend Energie vorhanden ist.

Speichermöglichkeiten von regenerativem Strom

„Zunächst gerät bei dieser Frage der Akkumulator (Batterie) in den Fokus, dessen Gebrauch in Kraftfahrzeugen gängig ist. Elektrizität lässt sich auch mittels Spulen und Kondensatoren (Supercaps) speichern, mechanisch funktioniert es ebenso mit einem Speicher für Rotationsenergie (Schwungrad) in Verbindung mit einem Generator. Diese Möglichkeiten sind durch relativ kleine Speicherkapazitäten charakterisiert, bieten aber einen schnellen Zugriff. Einen großen Stromspeicher stellt das Wasser einer Talsperre dar, wenn die Stromgewinnung über Turbine und Generator vorgesehen ist. Das erste deutsche Wasserkraftwerk ging 1880 in Bad Reichenhall in Betrieb, zehn Jahre nach einem Werk in Northumberland/GB.

Pumpspeicherkraftwerke nehmen Strom bei Energieüberfluss auf und stützen das Netz im Bedarfsfall. Das größte deutsche Pumpspeicherkraftwerk in Goldisthal kann 8.480 MWh Elektroenergie liefern.

Druckluftspeicherkraftwerke funktionieren im gleichen Maße, indem Kompressoren überflüssigen Strom zum Füllen von Kavernen benutzen, die mit diesem Energievorrat bei Bedarf über mit Generatoren gekoppelte geeignete Turbinen wieder Elektrizität erzeugen. Das weltweite Kraftwerk dieser Art ging 1978 in Huntorf in Betrieb.“⁴

„Ein Teil des grünen Stroms (Überschussstrom) wird von einem Elektrolyseur in Wasserstoff verwandelt und gespeichert. Im Bedarfsfall erfolgt eine Rückverwandlung von chemischer Energie in Strom zur Stützung des Netzes. Außerdem aber bietet der Speicher die Möglichkeit, andere Wasserstoffnutzer zu beliefern, beispielsweise Tankstellen für Brennstoffzellenfahrzeuge oder Produktionsbetriebe. Die erste industrielle Anlage dieser Art wurde 2011 in Prenzlau als ENERTRAG-Hybridkraftwerk in Betrieb genommen.“⁵

„Zusammengefasst: Auf ein höheres Niveau gepumptes Wasser, komprimierte Luft sowie mit regenerativer Energie per Elektrolyse erzeugter und gespeicherter Wasserstoff stellen umweltfreundliche Stromreserven dar.“⁶

Wasserstoff ist als Medium zur Speicherung von Elektrizität sehr gut geeignet

„Erst eine Wasserstoffspeicherung in dem hier angedeuteten Maßstab würde eine vergleichmäßige Einleitung von Windstrom in das Netz ermöglichen und die derzeit für den Ausgleich sorgenden konventionellen Kraftwerke entbehrlich machen.“

Zusammengefasst: Selbst in regionalen Netzen wird Wasserstoffspeicherung im Terawattstundenbereich erforderlich sein, um die geplantermaßen deutlich steigende Windstromeinspeisung gleichmäßig zu gestalten.“⁷

Verteilung von Wasserstoff-Infrastruktur

„Mit den beschriebenen Speichermöglichkeiten sind auch die Grundlagen für die Verteilung von Wasserstoff gegeben. Stahlflaschen, Druckflaschenbündel, Flüssiggastransporter, Kryo-Container, das alles wurde entwickelt, technisch erprobt und ist nun im täglichen Gebrauch zu Wasser und zu Lande im Einsatz. Kleinere Metallhydridspeicher für portable Geräte könnten künftig über Baumärkte im Austausch voll gegen leer gehandelt werden. Gleiches gilt für Methanolpatronen.“

Bisher weitgehend unbekannt ist, dass die Chemieindustrie bereits seit 1940 ein etwa 230 km langes Rohrleitungsnetz im Ruhrgebiet betreibt. Inzwischen gibt es

auch zwischen Frankreich, Belgien und den Niederlanden (810 km, von Air Liquide), in Mitteldeutschland zwischen Leuna, Schkopau, Bitterfeld und Piesteritz (90 km, von Linde) und mit mehr als 1.000 km in Nordamerika sowie in Thailand und Brasilien Verbundsysteme für Wasserstoff. Prinzipiell gilt, dass Energie mittels Röhren billiger als über elektrische Netze verteilt werden kann.“⁸

Weitere Alternativen

Es gibt mehrere Mittel- und Langzeitspeicher-Möglichkeiten. So untersucht der Solarenergie Förderverein (SFV) in seiner Studie: „Power to Methanol als Langzeitspeicher unverzichtbar für den Klimaschutz“⁹ vom 25.04.2019 (Wolf von Fabek) diese Möglichkeiten. Diese Studie ist sehr interessant und lesenswert. Leider behandelt sie nur die beiden Speichermethoden „Power to Methan und Power to Methanol“ und richtet sich dabei einseitig auf Methan und Methanol aus, berichtet über deren Vorteile und vergleicht beide nur gegeneinander, ohne den Wasserstoff zu erwähnen. Dieser steht jedoch am Anfang der ganzen Prozesskette und hätte bei direkter Nutzung bessere Wirkungsgrade (nicht zuletzt wegen der Brennstoffzelle) und eine geringere Umweltbelastung.

Auch die Anwendungsmöglichkeiten des Wasserstoffs in der chemischen Industrie sind wesentlich vielfältiger als beim Methan oder Methanol.

Die Umstellung ist also möglich, wobei die Entwicklung und Forschung an Speichern der unterschiedlichsten Art bisher sträflich vernachlässigt wurde. Die Umweltgewerkschaft fordert den Ausbau von umweltverträglichen Speichern. Dies schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze für tausende Menschen.

1 Prof. Dr. Josef Lutz, Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen ...

2 a.a.O. S. .

3 Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband, Wasserstoff der neue Energieträger, S.4, https://www.dwv-info.de/wp-content/uploads/2015/06/Wasserstoff_Lehmann.pdf

4 a.a.O. S.6

5 a.a.O. S.7

6 a.a.O. S.8

7 a.a.O. S.13

8 a.a.O. S.28/29

9 http://www.sfv.de/artikel/power_to_methanol_multifunktionell.html

Brennstoffzellenheizungen als Alternative zur Wärmeerzeugung mit Erdöl oder Erdgas

Private Haushalte sind mit 10,2% an den Treibhausgasemissionen in Deutschland beteiligt (Stand 2017 Quelle Bundesumweltministerium). Gegenüber der Energiewirtschaft, der restlichen Industrie und dem Verkehr (siehe Tabelle) scheint dies gering zu sein. Durch eine verbesserte Wärmedämmung konnten diese Emissionen in den letzten dreißig Jahren reduziert werden, jedoch anteilig nicht unter 10,2%. Bei einem Ziel von Null CO₂ Ausstoß müssen auch hier neue Wege erschlossen werden. Ein Weg dazu, insbesondere im Altbau, ist die Beheizung der Wohnungen mit Brennstoffzellen-Heizgeräten.

Die Firmen Viessmann in Deutschland und Panasonic in Japan stellen derartige BZ-Heizgeräte her.

Wie funktioniert eine solche Heizung?

In der Brennstoffzellenheizung wird die Elektrolyse umgekehrt. In einer galvanischen Zelle wird die chemische Reaktionsenergie des zugeführten Brennstoffs, in diesem Fall Wasserstoff, und eines Oxidationsmittels (Sauerstoff aus der Umgebungsluft) in elektrische Energie umgewandelt. Bei diesem elektrochemischen Prozess entsteht neben Strom auch Wärme, die zum Heizen der Wohnung verwendet wird.

Der Wasserstoff muss entsprechend klimaneutral erzeugt werden (siehe Kasten). Dann kann er in besonders geeigneten Flaschen eingelagert werden. Das alles wurde entwickelt, technisch erprobt und ist bereits im täglichen Gebrauch zu Wasser und zu Lande. „Kleinere Metallhydridspeicher für portable Geräte könnten künftig über Baumärkte im Austausch voll gegen leer gehandelt werden. Gleiches gilt für Methanolpatronen.“¹

Ein weiterer Vorteil: Das System verwendet im Gegensatz zur Batterie kaum seltene, teure oder giftige Rohstoffe. Die Ressourcen werden geschont. Auch die Entsorgung verbrauchter Brennstoffzellen ist unproblematisch.

Solange noch nicht genügend Wasserstoff als Brennstoff vorhanden ist, kann stattdessen auch fossiles ...

oder biogenes Methan (Erdgas oder gar „Bio-Erdgas“) verwendet werden. Dazu wird der Brennstoffzelle eine Reformier-Einheit vorgeschaltet, die das Methan in Wasserstoff zum direkten Betrieb der Brennstoffzelle umwandelt. Hinzu kommen noch die elektrische Leistungselektronik und die Regelungseinheit für die Betriebsführung.

Wasserstoff ist ein Kraftstoff. Durch seine Herstellung mittels Elektrolyse durch den Einsatz von Strom wird er zum Speichermedium für Elektrizität. Wasserstoff lässt sich überall herstellen, wo nur Wasser und Strom zur Verfügung stehen. Als Kraftstoff vermag er Erdgas oder Erdölprodukte zu ersetzen. Damit verbindet er die Elektrizitätswirtschaft mit dem Verkehrssektor. (Quelle: Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband)

Brennstoffzellensysteme in der Haustechnik

eignen sich bei kleinen Anlagen für Ein- und Zweifamilienhäuser. Größere Systeme werden in Krankenhäusern, Schwimmbädern oder für die Versorgung von kleinen Kommunen eingesetzt.²

Bisher weitgehend unbekannt ist, dass die Chemieindustrie bereits seit 1940 ein etwa 230km langes Rohrleitungsnetz im Ruhrgebiet betreibt. Inzwischen gibt es auch zwischen Frankreich, Belgien und den Niederlanden (810km, von Air Liquide), in Mitteldeutschland zwischen Leuna, Schkopau, Bitterfeld und Piesteritz (90 km, von Linde) und mit mehr als 1000 km in Nordamerika sowie in Thailand und Brasilien Verbundsysteme für Wasserstoff. Prinzipiell gilt, dass Energie mittels Röhren billiger als über elektrische Netze verteilt werden kann.

Unter den bisher errichteten Tankstellen für Wasserstoff gibt es Stationen, die beliefert werden, und solche, wo der Wasserstoff an Ort und Stelle hergestellt wird. Hier erzeugen Photovoltaikanlagen den Strom für die Elektrolyse. Am Berliner Flughafen Schönefeld sorgen Windräder für den

Elektrolysestrom. Deutschland liegt beim Ausbau der Wasserstoff-Tankstellen-Infrastruktur deutlich hinter Japan und Kalifornien zurück. (Quelle: Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband)

Das Beispiel Japan

Seit der nuklearen Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011, der großen Proteste weiter Teile der japanischen Bevölkerung und der nach wie vor deutlichen Ablehnung von Atomstrom wird nach Alternativen gesucht. Vor allem die Brennstoffzellentechnologie konnte sich dort als grüne Alternative etablieren. Unter der Dachmarke „Ene-Farm“ verkauften japanische Hersteller bereits über 220 000 Brennstoffzellen-Heizgeräte. Die Fördergelder des Staates betragen seit der Markteinführung 850 Millionen Euro. Die japanische Regierung setzt sich für die kommenden 14 Jahre das Ziel 5,3 Millionen Geräte in japanischen Haushalten zu installieren und den flächendeckenden Ausbau von Wasserstoffpipelines zu beginnen.

Viele Häuser in Japan haben solche Brennstoffzellen im Keller. Statt Heizöl bestellt man Wasserstoff. Der überschüssige Strom aus Wind- oder Solaranlagen kann leicht zu Wasserstoffgas gemacht und gespeichert werden.

In der Mustersiedlung Fujisawa SST in Yokohama zeigt Panasonic, wie die Ausstattung der Haushalte mit Brennstoffzellen aussehen kann: Sämtliche Häuser sind mit Brennstoffzellen ausgestattet. Sie erzeugen aus Gas Wärme und Strom. Die Häuser beziehen keinen Strom aus einem öffentlichen Netz, sondern produzieren selbst, was sie an Strom brauchen. Überschüssiger Strom wird an den regionalen Energieversorger verkauft.

Ausblick

Wasserstoff ist ein wichtiger Energieträger in einer zukünftigen CO₂-freien Energiewirtschaft. Als leistungsfähiges Energiespeichermedium ist er bestens geeignet und unerlässlich, um den weiteren starken Ausbau der erneuerbaren Energien zu unterstützen.

Wasserstoff und Brennstoffzellen werden zur Erfüllung der technischen und

klimapolitischen Ziele durch den Einsatz von erneuerbaren Primärenergieträgern gebraucht. Die Phase der Markteinführung ist angelaufen.

Das Profitdiktat der Energie- und Technologiekonzerne über die jeweilige Entwicklung ist das Grundübel des beschleunigten Übergangs in eine globale Umweltkatastrophe. Und dies kann nicht nur durch persönliche Veränderungen des Einzelnen überwunden werden – auch wenn diese noch so notwendig und zu begrüßen sind. Nur der gemeinsamen, weltumspannenden Kampf eröffnet der Menschheit eine positive Zukunft.



Smart city Fujisawa

Auf einer Fläche von 190.000 Quadratmetern stehen rund 1000 Wohnungen, vorwiegend freistehende Einfamilienhäuser, die Platz für ca. 3000 Bewohner bieten. Errichtet wurde der Stadtteil in der 420.000 Einwohner großen Küstenstadt Fujisawa, 50 Kilometer südwestlich von Tokio. Der offizielle Name ist „Fujisawa Sustainable Smart Town (SST)“. Alle Daten werden von Panasonic gespeichert: Vom Energieverhalten des Hauses bis zum Gesundheitscheck der Bewohner. Alles haben die Sicherheitsleute im Blick: Die Straßen, die Geschäfte, den Spielplatz. Das gehört dazu. Läuft jemand nachts durch die Straßen, schalten sich die Lampen automatisch ein. Kameras verfolgen die Autos, Motorräder und Menschen, jede Bewegung. Fujisawa ist eine ökologische aber auch total überwachte Stadt, ohne Zäune und Mauern.

¹ Wasserstoff der neue Energieträger; Eine fachliche Einführung des Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verbands, 2015 im Hydrogeit Verlag, S. 28
² Brennstoffzellenheizung effizient und ökologisch; Erfahrungen mit der Brennstoffzellenheizung. in NEW Energie vom 27.5.2019

Erster Personenzug mit einem Wasserstoff-Brennstoffzellen-Antrieb

Auf der Bahnlinie Cuxhaven, Bremerhaven, Bremervörde und Buxtehude, die von den Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser (evb) betrieben wird, fahren seit September 2018 zwei Züge,



die mit Wasserstoff betankt werden. Der Coradia iLint der französischen Firma Alstom, der in Salzgitter entwickelt wurde, ist weltweit der erste Personenzug, in dem eine Brennstoffzelle die elektrische Energie für den Antrieb erzeugt. Die Reichweite einer Tankfüllung beträgt zwischen 800 -1000 km. Dieser emissionsfreie Zug gibt lediglich Wasserdampf und Kondensationswasser ab. Bis Mitte 2020 soll die Erprobungsphase abgeschlossen sein und ab Ende 2021 weitere 12 Züge in Betrieb gehen. Die Wasserstoff-Züge sollen die Dieselloks ersetzen, die auf den nicht elektrifizierten Linien im Betrieb sind. Die RMV (Rhein-Main-Verbund)-Tochter „fahma“ hat 27 Züge bei Alstom bestellt mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro. Laut RMV werde beim Fahrplanwechsel 2022/2023 die größte Brennstoffzellen-Flotte der Welt auf die Schiene gestellt.

Wasserstoff (H₂) wird bereits seit mehr als hundert Jahren als Industriegas eingesetzt. Er ist das am häufigsten vorkommende Element in der Natur und wird – anders als fossile Kraftstoffe wie Rohöl oder Erdgas – niemals erschöpft

sein. Wasserstoff (H₂) wird aus Kohlenwasserstoffen, Biomasse, Wasser (H₂O) und anderen wasserstoffhaltigen Verbindungen gewonnen. Im Industriepark Höchst beispielsweise ist er ein Abfallprodukt der Chlorproduktion. Dort fahren schon seit über zehn Jahren Brennstoffzellen-Busse, die vor Ort betankt werden. Im Vergleich zu Verbrennungsmotoren haben Brennstoffzellensysteme einen viel höheren Wirkungsgrad. Sie erzeugen aus der chemischen Energie des Wasserstoffs direkt Strom, während konventionelle Motoren die chemische Energie des eingesetzten Kraftstoffs zuerst in thermische und dann in mechanische Energie umwandeln. In Darmstadt wird zum ersten Mal in Hessen ein Brennstoffzellenbus im Linienbetrieb eingesetzt.



Die weißen Buchstabenkombinationen H-H und H-O-H sind Hinweise auf den Treibstoff und das Abfallprodukt, das der Zug emittiert. Höchstgeschwindigkeit von 140 km/h. Es können bis zu 300 Personen befördert werden.

Die in Niedersachsen eingesetzten Züge sind bereits 50 000 km ohne technische Problem gefahren.

Die technischen Möglichkeiten emissionsfrei zu fahren, sind seit vielen Jahrzehnten vorhanden. Trotzdem wurde und wird weiter an den fossilen Energieträgern festgehalten und damit die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bewusst in Kauf genommen.

Die Umweltgewerkschaft fordert in ihrem Programm:

„Schnellstmögliche Umstellung auf ein Verkehrssystem, das auf die Nutzung fossiler Brennstoffe verzichtet.“

Erdgas ist keine Brücken-Energie

Bei Diskussionen über den Ausstieg aus der Kohle-Verstromung wird häufig argumentiert, Erdgas könne weiter eingesetzt werden, da es weniger schädlich sei. Stimmt das?

Das Netz gibt unter http://www.eeb.cornell.edu/howarth/summaries_CH4_2016_De.php unter „oft gestellte Fragen“ Antwort:

„Fallen Kohlendioxid-Emissionen bei Erdgas nicht geringer aus als bei Kohle? Ja, im Wesentlichen. Aber beim Erdgas, insbesondere beim Schieferegas, sind die Methan-Emissionen weitaus größer. Wenn Methan berücksichtigt wird, sind die gesamten Treibhausgas-Emissionen des Erdgases weitaus größer als die der Kohle. Das gilt insbesondere, wenn sie über eine Zeitspanne von 20 Jahren nach ihrer Freisetzung in die Atmosphäre untersucht werden.“

AKWs als Klimaretter?

Nicht nur die AfD, auch Pro-Atom-Initiativen werben mit Postkarten „Greta, go nuclear!“ bei der FFF-Bewegung für Atomkraftwerke. Sind AKWs wirklich ein Beitrag zum Klimaschutz?

Der in AKWs erzeugte Strom ist der teuerste und nur durch gewaltige Subventionen „wirtschaftlich“. Dazu kommen immense Folgekosten für die Lagerung des Atommülls, beim Rückbau stillgelegter AKWs und bei Atomunfällen. Die werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Auch im laufenden Betrieb, beim Transport und der Lagerung des Atommülls wird die Umwelt durch Strahlung belastet.

Ob und wie der Atommüll sicher gelagert werden kann, ist heute eines der ganz großen ungelösten Probleme. AKW-Betreiber und Politik schieben die Verantwortung für die Lösung einfach auf die künftigen Generationen ab. Das ist kriminell!

Die Atomtechnologie ist keine CO₂-freie Technologie, wie oft behauptet wird. Das Bewegen und Mahlen des Gesteins, die Anreicherung des Brennstoffs, die Behandlung und Lagerung der Abfälle, sowie die Renaturierung der Uranfördergebiete verursachen bedeutende Mengen Treibhausgasemissionen. Beim Abbau uranhaltigen Gesteins werden Menschen, Tiere, Pflanzen und die ganze Umwelt verseucht.

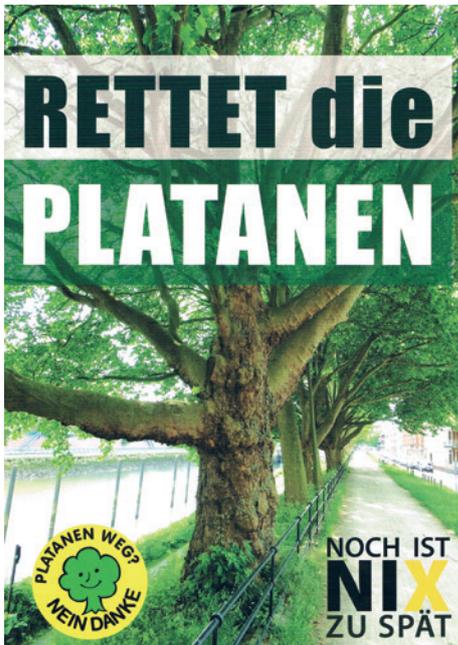
Die Atomkraft ist nicht beherrschbar und ihre Nutzung deswegen völlig unverantwortlich! Diese Technologie ist auch die Grundlage, um atomare Kriege zu führen!

Die Umweltgewerkschaft fordert deshalb: „Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!“



Bremen: Klimawandel als Totschlag-Argument missbraucht

Gegen die geplante Abholzung von 136 Platanen am Neustädter Deich kämpft die Bürgerinitiative „Platanen am Deich“ seit drei Jahren. Die Umweltgewerkschaft unterstützt den Widerstand. Das Bau- und Umweltressort wird von den „Grünen“ geführt und will „ein modernes Stadtbild“ schaffen. Naturgewachsene große Bäume werden in dieser „Moderne“ offenbar nicht mehr gebraucht, auch nicht die große ökologische unentgeltliche Leistung dieser Bäume für das Stadtklima. Den Baum-schützern wird von den Stadtplanern „rückwärts gerichtetes Denken“ vorgeworfen.



Um die Pläne bei der Bevölkerung durchzusetzen, arbeitet man mit Schreckens-Szenarien von Deichbrüchen und Überschwemmungen, die alle als Folge des Klimawandels diesen Deichabschnitt treffen werden. So wird der Deichabschnitt deshalb für „untüchtig“ erklärt, weil die seit vielen Jahrzehnten hier stehenden Bäume mit ihrem Wurzelwerk den Deich wasserdurchlässig machen würden. Auf diese Weise will man in die Finanzierung durch den Bund kommen, der alle laut Generalplan Küstenschutz notwendigen Maßnahmen mit 70% der Kosten bezuschusst. Die Platanen sind wichtig wegen der Auswirkungen des Klimawandels, werden aber jetzt schlecht geredet. Sie hätten angeblich nur noch ca. 15 Jahre zu leben, obwohl sie erst ca. 80 Jahre alt sind und Platanen 300 Jahre alt werden können. Sie hätten zu 30% den Massaria-Pilz, der als unheilbare Baumkrankheit beschrieben wird, obwohl er durchaus gut behandelbar ist. Die erforderlichen Baumaßnahmen würden die Bäume zu „Baumkrüppeln“ machen, obwohl es baumschonende Methoden gibt, z.B. Spundwände zu setzen. Alle behördlichen Argumente erweisen sich als falsch und werden trotzdem in die Welt gesetzt.

Die Sorge der Bevölkerung über die Folgen des Klimawandels werden benutzt, um unter dem Deckmantel „Klimawandel“ ganz andere Ziele als „alternativlos“ zu beschreiben. Das eigene schändliche Tun will man als „Vorsorge für das Wohl der Bevölkerung“ verkaufen.

Die kontinuierliche Aufklärungsarbeit von Bürgerinitiative und Umweltgewerkschaft, hat in Bremen eine starke öffentliche Wirkung. Bei der laufenden Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid, der das Ziel hat, die Platanenreihe unter Naturschutz stellen zu lassen und so vor dem Abholzen zu retten, sind bereits über ein Drittel der erforderlichen Stimmen gesammelt worden. Im aktuellen Koalitionsvertrag der neuen Rot-Grün-Rot-Regierung in Bremen wurde Dank der Linken die Transparenz aller Planungen und ein „runder Tisch“ bei Mitwirkung der BI verankert. Die Möglichkeit die Platanen zu erhalten, soll endlich mitverhandelt werden. Wir bleiben am Ball.

Das bisherige Fazit: Natur- und Umweltschützer müssen genau hinsehen, wenn Regierungen von Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels sprechen. Es kann leicht etwas ganz anderes dahinter stecken

FÜR DIE BÜRGERINITIATIVE „PLATANEN AM DEICH“
FÜR DIE „UMWELTGEWERKSCHAFT REGIONALGRUPPE BREMEN/OLDENBURG“
REINHARD LIPPELT



Kahlschlag

90 Linden, die zwischen 60 und 80 und teilweise 100 Jahre alt sind, sollten für die Sanierung der Heinrich-Heine-Straße in Kassel Ende Februar diesen Jahres gefällt werden. Die Meldung darüber in der örtlichen Presse Anfang Februar sorgte für Empörung unter Anwohnern, vor allem wegen des Umfangs, da man 2/3 der vorhandenen Bäume in der Straße fällen wollte. Die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ schaltet einen Rechtsanwalt ein, der Widerspruch einlegte und auch der BUND wurde aktiv. Am Wochenende vor Beginn der angekündigten Fällung trafen sich einige Bewohner, beschlossen eine Unterschriftenliste zu machen und am folgenden Montag vor Ort zu sein. Morgens früh um 7.00 Uhr standen wir vor einem Lebensmittelgeschäft und sprachen mit Menschen, die vorbeigingen. Es gab vereinzelt Zustimmung zu der geplanten Fällung, aber viel Ablehnung. Journalisten von RTL, HR3 und der lokalen Presse wollten ebenfalls über den Beginn der Fällung berichten. Die Stadt hatte aber einen Rückzieher gemacht. Die Medienvertreter beschäftigten sich deshalb mit uns. Heraus kam ein Bericht mit Bild in der örtlichen Presse und im HR3 ein Filmbericht mit Interviews, der mehrmals in der Hessenschau gezeigt wurde. Diese Berichte sorgten natürlich für größere Öffentlichkeit.

In den folgenden 1,5 Wochen sammelten wir weiter Unterschriften und organisierten zwei öffentliche Veranstaltungen in der Straße, die von 60 – 80 Anwohnern und Interessierten besucht wurden. Die örtliche Presse hatte inzwischen ihre Taktik gewechselt. Die Orts-



verhindert

beiräte von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die ihre Zustimmung zu dem Kahlschlag gegeben hatten, bekamen eine Plattform. Sie konnten in der Lokalseite verbreiten, dass an der Planung Bürger und Umweltverbände beteiligt worden seien und alles korrekt und demokratisch verlaufen sei. Als undemokratisch wurde es dagegen bezeichnet, dass kurz vor Beginn des geplanten



Kahlschlags Widerstand geleistet wird.

Unsere Initiative kam in der örtlichen Presse selbst nicht zu Wort. Erst von der Übergabe der ersten 1000 Unterschriften beim Dezernenten für Ordnung, Sicherheit und Verkehr, also nach einem Monat, wurde über uns berichtet. Ende Februar wurde mit dem Fällen dann nicht begonnen. Über den Widerspruch der Schutzgemeinschaft war noch nicht entschieden worden und Anfang März beginnt die Brutzeit der Vögel. In dieser Zeit darf offiziell nicht gefällt werden. Die zuständigen Magistratsmitglieder (SPD und Bündnis 90 /Die Grünen) teil-

ten dann in einer Presseerklärung mit, dass sie aber weiter an den Pläne festhalten wollen.

Beim Sammeln von Unterschriften bekamen wir sehr viel Zustimmung. Viele Menschen lehnen es ab, dass alte Bäume, die für das lokale Klima wichtig sind, für Vögel und Insekten und Schatten spenden, gefällt werden sollen. Bis die neu gepflanzten Bäume entsprechend groß sind, vergehen mehrere Jahrzehnte. Wir nutzten zum Unterschriftensammeln mehrere örtliche Veranstaltungen wie den „Tag der Erde“, den 1. Mai, die SchülerInnenproteste und legten in Geschäften Unterschriftenlisten aus. Die Resonanz war sehr positiv. In kurzer Zeit haben etwa 2500 Menschen unsere Listen unterschrieben. Die Unterschriften sind ein Protest gegen eine Stadtverwaltung, die diesen Kahlschlag anordnet hat. Für etliche Menschen ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen unglaublich geworden, die im Magistrat den Stadtbaurat stellt.

Es geht natürlich um mehr als den Erhalt von 90 Linden. Viele Menschen machen sich Gedanken um die Zukunft und um den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Uns wurden Beispiele berichtet, wo an anderen Stellen in Kassel Bäume gefällt werden, Nistplätze für Vögel oder Schutzräume für Tiere zerstört werden. Auch die Erfahrungen mit der enormen Hitze im Sommer 2018 hat mit zur Bewusstseinsbildung beigetragen.

Anfang Juni wurde von der örtlichen Presse berichtet, dass die Umbaupläne der Stadt bis 2021 vom Tisch sind. Wie es dann weitergehen wird, ist noch völlig offen. Wir haben erfolgreich Widerstand geleistet. Das ist eine auch Ermutigung für andere in der Stadt.

KORRESPONDENZ AUS KASSEL

CO₂-Steuer und/oder Emissionszertifikathandel?

Zur Reduktion der Treibhausgase und Erreichung ihrer Klimaziele bis 2030 will die Bundesregierung eine CO₂-Steuer einführen und den Emissionszertifikat-Handel („Verschmutzungsrechte“) reformieren.

Eine CO₂-Steuer gibt es aber schon lange. Besonders gepuscht wurde sie von der Schröder (SPD)/Fischer (Grüne)-Regierung. Heute nennt sie sich Energiesteuer (früher „Mineralölsteuer“) und beträgt zur Zeit für Diesel: 47,04 Cent/Liter und für Benzin: 65,45 Cent/Liter, jeweils plus Mehrwertsteuer (Quelle: Bundesministerium für Finanzen vom 2.5.2019). Obwohl es diese Steuer seit zwanzig Jahren gibt, ist der CO₂-Ausstoß dramatisch gestiegen und dabei besonders im Verkehrswesen. Mit den Plänen zur Ausweitung der Besteuerung von CO₂-Emissionen durch Gas, Heizöl, Kohle und Benzin sollen die Bürger als die Schuldigen für die CO₂-Emissionen erklärt werden. Das trifft besonders Geringverdiener, Pendler oder Bewohner von Altbauten. Eine solche neue Massensteuer und Desorientierung der Umweltbewegung lehnt die Umweltgewerkschaft ab. Ginge es nach dem Verursacherprinzip, müssten die weltweit 100 größten CO₂ verursachenden Konzerne, die für 71 Prozent des gesamten globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind (The Guardian, 10. Juli 2017) haften. Auch die marktwirtschaftliche Lösung mit den Verschmutzungszertifikaten ist gescheitert. Der EU-Emissionshandel umfasst 31 Länder, die 28 EU-Staaten plus Island, Liechtenstein und Norwegen. 11000 Anlagen, etwa Kraftwerke und Fabriken, sind dabei, außerdem die Flüge zwischen den 31 Staaten. Zum Emissionshandel, laut EU-Kommission die „tragende Säule der EU-Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels“, wurden fünf Industrien verpflichtet, die die Hälfte der Treibhausgase ausstoßen: Chemie, Stahl, Glas, Papier, Zement. Der Verkehr war bisher ausgeklammert. Die Konzerne bekamen die Zertifikate erst einmal geschenkt und verkaufen sie im internationalen Emissionshandel für Extragewinne! Gegen den weltweit steigenden CO₂-Ausstoß hat der gesamte Emissions- und Zertifikatshandel nichts ausgerichtet. Warum sollen diese untauglichen Mittel jetzt plötzlich wirkungsvoll sein?

Die Umweltbewegung muss es ablehnen, dass die größten CO₂-Emittenten weiterhin das Recht haben, unsere Atmosphäre zu verschmutzen und daraus noch ein Geschäft zu machen. Die Verantwortlichen müssen im Gegenteil bestraft und zu wirksamen Massnahmen verpflichtet werden. Notwendig ist ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger.

Deshalb fordert die Umweltgewerkschaft: **Vollständige und schnellstmögliche Umstellung auf regenerative Energien zur radikalen Senkung der Treibhausgasemissionen!**

Kohle stoppen. Wald retten. Klima schützen!



Großdemo am Hambacher Wald mit rund 80 000 Demonstranten am 6. Oktober 2018

Foto: Christoph Gateau

Zum Hambacher Forst gekommen bin ich über einen Umweg: über Indianische Freunde und ihren Protest „break free“ gegen fossile Energieträger in den USA, die mir auch über den Braunkohleabbau in NRW berichteten habe ich gedacht: Was ist da los in „Good Old Germany“? Im Herbst 2017 war ich dann das erste Mal im Hambacher Forst, zur Roten Linie mit den Waldpaziergängen vom Waldpädagogen Michael Zobel, die inzwischen legendär sind (Filmtipp: *Die Rote Linie. Widerstand im Hambacher Forst*). Als ich das erste Mal an der Kante stand – so etwas vergisst man nicht – war ich so entsetzt über das Ausmaß der Zerstörung. Die geschundene Erde war schlimm anzusehen. Mir standen die Tränen in den Augen vor Fassungslosigkeit und hatte das so vorher noch nie gesehen. Es schockte mich, wie man aus reiner Profitgier die Erde mutwillig zerstört. Im Oktober 2018, direkt nach der Großräumung, bei der unglücklicherweise nach den wochenlangen Gewaltstrapazen der Räumungen ein junger Aktivist tödlich verunglückte, rief der Vorstand BUND-NRW und Greenpeace zur Großdemo am Hambacher Forst auf, die auch von der Umweltgewerkschaft unterstützt wurde. 80 000 Menschen nahmen teil!

Zeitgleich wurde ein Rodungsstopp an RWE durch das Gerichtsurteil vom Ober-

verwaltungsgericht in Münster erteilt. Der gemeinsame Nenner, im Kampf um den Erhalt des Hambacher Waldes und der bedrohten Dörfer gegen RWE als global player, der weltweit unsere ökologische Lebensgrundlage zerstört, den Riegel vorzuschieben, kommen die unterschiedlichsten und diversesten Menschen von Jung bis Alt, Kindern und Rentner, umweltbewegte „Normalbürger“, ortsansässige Menschen, engagierte Spaziergänger, junge Anarchisten, und internationale Gäste von überall her zusammen, die sich im Widerstand gegen den multinationalen Konzern organisieren.

Die große Solidarität hat sich mir eingepäigt, die seit Jahren unter den Menschen hier im Hambacher Wald gelebt wird. Das hat mich motiviert die Menschen hier vor Ort zu unterstützen, mit regelmäßigen Materialeinkäufen, Food sharing, Decken im Winter, den Menschen in meinem Umfeld davon zu berichten und den ein oder anderen Umweltgewerkschafter zum aktiven Support anregen (Es müssen aber mehr werden!).

Die aktuelle Lage seit diesem Sommer ist bedrückend und bedrohlich für den Wald geworden.

Die Kohlebagger sind bereits trotz Warnungen der Umweltorganisationen bis auf 50 m nah an den Waldrand herangerückt und baggern nach wie vor Kohle ab. Neben dem Abpumpen des Grundwassers rund um den Wald mit

über 1500 gelegten Pumpen, die bis ins Erdreich hineingegraben wurden, wird der Wald inzwischen massiv geschädigt! Wenn man bedenkt, dass hier noch streng geschützte Wildtierarten beheimatet sind, wie z.B. die unter der Europäischen FFH-Richtlinie streng geschützte Bechsteinfledermaus sowie die ebenso streng geschützte Haselmaus, viele seltene Amphibien-, Vogel-, und Pflanzenarten leben, muss der Wald dringend unter Schutz gestellt werden.

Nichtsdestotrotz ignoriert RWE diese Tatsachen und ließ im letzten Jahr sogar mit Hubsteigern die jahrhundertalten Baumhöhlen der Bechsteinfledermaus mit Plastik verkleben. Diese wurden von Umweltschützern in mühevoller wochenlanger Arbeit wieder geöffnet. Durch den Braunkohletagebau werden auch ganze Dörfer, Parks und Biotope, sowie unter Denkmal stehenden Kirchen abgerissen. Trotz massivem Protest vieler Bürgerinitiativen zur Bewahrung der



Karikatur: sfv/Gerhard Meister

Schöpfung und Natur zerstört RWE weiter diese Dörfer und vertreibt die Menschen aus ihrer Heimat. Die Repression und Gewalt, die den Aktivisten hier seit Jahren von der Polizei aufgezwungen wird, nur weil sie sich für den Erhalt des Waldes, der bedrohten Dörfer und den Schutz der uralten Bäume mit Leib und Leben einsetzen, finden wir in Zeiten der Klimakrise wirklich absurd.

Hoffnung gibt mir heute vor allem die Jugend, die seit Monaten auf die Strasse geht. Die angeblich so „unpolitischen“ Jugendlichen kämpfen plötzlich für Ihre Zukunft und rufen aus voller Überzeugung: System change not climate change! Das gibt mir Mut und Kraft weiter für unsere Welt zu kämpfen.





Kapitalistisches Verkehrswesen in Frage stellen

PKW- und LKW-Verkehr belasten die Gesundheit der Menschen durch Lärm, Feinstaub, Stickoxide usw. Der Verkehr trägt fast 20% zu den CO₂-Emissionen bei und dieser Anteil steigt. 170 Millionen Tonnen CO₂ waren es zuletzt. Eine sogenannte Verkehrskommission, die sich Ende März 2019 traf, konnte keine Vorschläge liefern, wie die geplante Reduktion von 40% dieser Emissionen bis 2030 realisiert werden soll. Verkehrsminister Scheuer lehnte sogar eine Geschwindigkeitsbeschränkung ab.

Mehr Raum in den Städten und immer mehr Naturflächen fallen dem Verkehr zum Opfer. 2018 gab es in der BRD rund 745 000 Staus mit einer Länge von 1,5 Millionen Kilometer. Die Autofahrer verbrachten in diesem Jahr 459 000 Stunden im Stau. Trotzdem soll der LKW-Verkehr bis 2025 um 80% steigen. Der Individualverkehr ist zu einem Mobilitätshemmnis und zerstörerisch geworden.

Alleine die Aufrechterhaltung dieses zerstörerischen Verkehrswesens verschlingt riesige Summen. Dazu kommen externe Kosten die von der gesamten Gesellschaft getragen werden wie Umweltfolgeschäden durch Luftverschmutzung und Lärm, Schäden an Natur und Landschaft, Unfallfolgeschäden etc. Sie betragen in der BRD 149 Mrd. € pro Jahr.

Die Politik in Deutschland ist zögerlich – unwillig,

wirksame Maßnahmen durchzusetzen. Davon können einzelne Maßnahmen wie die Förderung des öffentlichen Personen Nah-Verkehrs (ÖPNV) in einzelnen Städten



Karikatur: sfv/Gerhard Meister

oder 365 €-Tickets für Schüler*innen wie in Hessen nicht ablenken. Es müsste erheblich mehr Geld, Schätzungen gehen von 10 Mrd. € pro Jahr aus, in den Ausbau des ÖPNV investiert werden. Aber trotz der offensichtlichen Probleme, die er verursacht wird der Individualverkehr weiter gefördert, z.B. durch niedrige Dieselbesteuerung und ein Dienstwagenprivileg, das den Verkauf von SUVs fördert. Ein deutsches Batteriewerk wird für die Autokonzerne finanziert, die selbst Milliardenprofite machen. 2018 flossen 54,7% der staatlichen Investitionen in Erhalt, Neu- und Ausbau von Straßen, 45,3% in den Schienenverkehr.

Verhindert oder verzögert werden dringend notwendige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Es wird gestritten über die Gefährlichkeit von Stickoxiden oder Feinstaub, über den richtigen Platz von Messstationen, über die Höhe von Grenzwerten etc. Damit wird vor allem das Ziel verfolgt,

die Menschen zu beschäftigen und von der eigenen Untätigkeit abzulenken. Verantwortliche Politiker würden handeln und schnellstmöglich wirksame Maßnahmen beschließen.

Die Autokonzerne haben entscheidenden Einfluss auf Politik und staatliche Einrichtungen wie das Kraftfahrtbundesamt (KBA). Sie können in der Regel ihr Interesse durchsetzen, vor allem Profite mit dem Verkauf von möglichst vielen Fahrzeugen machen. Die gesellschaftlichen Folgen und die Auswirkungen für Umwelt und Klima sind den

Automanagern und vielen Politikern ganz offensichtlich egal. Zu denen gehört auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen), der im August forderte, den Dieselmotoren weiter zu subventionieren.

Über 70 Prozent fordern von der Politik eine Verkehrswende

Große Teile der Bevölkerung sagen, dass es so nicht weitergehen darf. Die Forderung nach grundlegender Veränderung im Verkehr findet viel Zuspruch. Das kann nach Meinung der Umweltgewerkschaft nicht bedeuten, das Auto mit Verbrennungsmotor durch ein Auto mit Batterie-Antrieb zu ersetzen. Das würde an den Verkehrsproblemen nur wenig ändern. Außerdem verursacht schon heute die Gewinnung der für den Bau von Batterien notwendigen Rohstoffe Lithium und Kobalt massive Umweltzerstörung.

Ende des massenhaften Individualverkehrs notwendig

Der Ausstieg aus dem Individualverkehr wird gelingen, wenn genügend Mobilitätsalternativen vorhanden sind. Im Mittelpunkt muss ein kostenloser attraktiver Nahverkehr, vorrangig auf der Schiene, stehen. Außerdem müssen ausreichend sichere Fußwege, Fahrradangebote, Carsharing und für Behinderte ➔



und ältere Menschen ein individuelles Fahrzeugangebot vorhanden sein. Für Berufspendler sollten park-und ride-Angebote bestehen und der PKW-Verkehr in die Innenstädte eingeschränkt werden.

Eine City-Maut ist kein geeignetes Mittel, weil zu ihrer Finanzierung ein Teil der Einnahmen verwandt wird, also Interesse daran besteht, dass weiter Autos in die Innenstädte fahren. Auch aus sozialen Gründen ist die City-Maut abzulehnen. Sie würde Menschen benachteiligen, die ein geringes Einkommen haben.

Statistisch gesehen stehen PKWs in der Regel 23 Stunden pro Tag herum und versperren städtischen Raum, der viel sinnvoller für das Leben der Menschen genutzt werden könnte. Die Stadt Zürich beispielweise hat viel getan und das Auto auf vielen Innenstadtstraßen zugunsten von Fußgängern und besonders Radfahrern verboten, sowie den Ausbau von Parkplätzen gestoppt.



Die meisten Wege, die in der Stadt am Tag zurückgelegt werden, sind zwischen 3 und 5 km lang. Immer mehr Menschen können sich keine Auto leisten oder erkennen, dass der private Besitz eines PKWs eine unsinnige und teure Anschaffung ist.

Wenn öffentliche Mobilitätsangebote vorhanden sind, die ausreichend und auch finanziell attraktiv sind, steigen Menschen auf öffentliche Busse oder Schienenfahrzeuge um. Das zeigen Beispiele oder Versuche, die gemacht werden. In Wien wurde beispielsweise ein Jahresticket für 365 € für alle Nutzer des ÖPNV eingeführt und die Parkgebühren in der Innenstadt verteuert.

Güterverkehr auf die Schiene

2017 wurden fast 80% der Güter in Deutschland auf der Straße transportiert, nur 8% auf der Schiene, 5% durch die Binnenschifffahrt, 0,1% im Luftverkehr¹.

Bei einem Test der Deutschen Umwelthilfe (DUH) überschritt jeder fünfte Lkw die geltenden Abgasstandards für Stickoxid (NOx). Dabei spielten auch Manipulationen an der Abgasreinigung eine große Rolle. Mit dem Gütertransport werden Profite gemacht und die Großen der Branche wollen möglichst hohe Profite machen. Das geht auf Kosten der Fahrer und der Umwelt. Der Schwerpunkt des Gütertransports muss deshalb auf der Schiene liegen.

Wie oben bereits angesprochen, kommt der Ausbau des Schienennetzes nur langsam voran. Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) sind Bahnprojekte seit Jahrzehnten unterfinanziert. Die BRD ist, was die Pro-Kopf-Investitionen in die Eisenbahn-Infrastruktur betrifft, mit 77 € in Europa an drittletzter Stelle. Besonders wichtige Vorhaben für mehr Güterverkehr werden auf die lange Bank geschoben. Der Ausbau der viergleisigen Rheinstalstrecke Karlsruhe-Basel beispielsweise läuft seit mehr als 30 Jahren. Der Termin der Fertigstellung liegt in weiter Ferne. Die Rede ist von 2040. Die Strecke ist die wichtigste Verbindung zwischen den Nordseehäfen und dem Mittelmeer. Andere Länder haben ihre Strecken längst fertiggestellt. Deutschland hinkt hinterher und hat internationale Vereinbarungen nicht eingehalten. Nach wie vor rollen deshalb mehr Güter als nötig über die Straßen.

Laut Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA) könnten bis zum Jahr 2030 bei einer ambitionierten Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans alleine durch Verkehrsverlagerungen im Individual- und Straßengüterverkehr auf der Straße fünf bis zehn Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden.²

Umweltzerstörer Bahn

Ein Leser aus Stuttgart wies zu Recht darauf, dass der öffentliche Schienenverkehr nicht von sich aus umweltfreundlich ist. Die Deutsche Bahn (DB) beispielsweise ist ein am Profit orientierter Betrieb und verstößt selbst massiv gegen den Umweltschutz. Hier einige Beispiele:

Fast 2500 Triebwagen und Lokomotiven mit Dieselmotoren rollen durch Deutschland, das ist ein Drittel des DB-Fuhrparks. Die meisten von ihnen

sind echte Dreckschleudern. Weniger als 60% des Schienennetzes der Bahn ist elektrifiziert.

43 Prozent des Bahnstroms aus konventioneller Energie, vor allem aus Kohlekraftwerken und Atommeilern. Die Bahn AG ist Mitbesitzerin des Atomkraftwerks Neckarwestheim,

Der Bund fördert den LKW-Verkehr mit Stromoberleitungen. Für diesen Unsinn sind 14,6 Mrd. € eingeplant. Geld für die Elektrifizierung von richtigen und wichtigen Bahnstrecken, etwa für den Ausbau der Strecke Chemnitz – Leipzig oder für die international wichtige Verbindung Nürnberg – Prag fehlt.

Umweltfrevler Beton

Beim Bau von Tunneln und Brücken werden enorme Mengen Stahl und Beton verbraucht, bei deren Herstellung große Mengen Treibhausgas entstehen. Fast zwei Millionen Tonnen Treibhausgas werden wegen S21 freigesetzt. In den engen Tunneln ist der Luftwiderstand im Vergleich zu oberirdischen Strecken sehr groß. Bei zweigleisigen Tunneln steigt der Energieverbrauch um 50 Prozent, bei eingleisigen Tunnelröhren sogar um bis zu 100 Prozent.

Etwa 65 Tonnen Glyphosat verspritzt die DB jährlich, um Unkraut im Schotterbett der Gleise zu bekämpfen. Rund 33500 Kilometer umfasst das DB-Schienennetz. Eine 33500 Kilometer lange Giftspur durchzieht also die ganze Bundesrepublik.³

Die Umweltgewerkschaft fordert:

- Ausbau des schienengebundenen Nah- und Fernverkehrs
- verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene
- Für eine unentgeltliche Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs
- Schnellstmögliche Umstellung auf ein Verkehrssystem, das auf die Nutzung fossiler Brennstoffe verzichtet

1 Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2018, S.605

2 https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/dokumente/stellungnahme_des_umweltbundesamtes_zum_entwurf_des_bundesverkehrswegeplans_2030_mit_umweltbericht.pdf

3 Arno Luiks: Schaden in der Oberleitung. Das geplante Desaster der Deutschen Bahn, Westend-Verlag



Für die Senkung des CO₂ Ausstoßes um 70 – 90 % bis 2030 das Ende der Brennstoffzelle ist noch lange nicht da

Die Diskussion um die Zukunft des Autos und unserer Arbeitsplätze ist voll entbrannt. Die Konzerne setzen auf Batterie als Treibstoff für die Elektroautos und wollen weiterhin die Autoproduktion ausweiten. 2030 sollen bei 25 % Elektroanteil, von dem mindestens die Hälfte ein Verbrennungshybrid ist, immer noch doppelt so viele Verbrennungsmotoren gebaut werden wie im Jahr 2000. Die Batterieproduktion wird berechtigt kritisiert, unter anderem wegen der Kinderarbeit bei der Rohstoffgewinnung und Vergiftung ganzer Länder. Die Brennstoffzelle fristet ein Nischendasein. Es gibt zwei Modelle auf dem Markt für unter 70.000 Euro und Daimlers „Serienproduktion“ in Bremen umfasst fünf Autos pro Monat, die über 300 000 Euro kosten und an wohlhabende Kunden verliehen werden. Jeden Kampf um unsere Arbeitsplätze müssen wir heute als Kampf für die Umwelt führen, denn der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Natur und Mensch. Die Brennstoffzelle ist jetzt 200 Jahre alt und wird seit 50 Jahren erfolgreich in U-Booten, in der Raumfahrt und bei Bussen und Bahnen eingesetzt. Für die energieintensive Wasserstoffherstellung werden schon Fabriken an der Küste geplant, weil bisher ganze Windparks vom Stromnetz genommen werden, wenn das Netz „voll“ ist. Wenn wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen, dann müssen wir den Kampf aufnehmen für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und den Nulltarif im Nahverkehr, Senkung der Autoproduktion und die Umstellung auf den Brennstoffzellenantrieb, für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und gleichwertige Ersatzarbeitsplätze. Über allem steht der Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, für den echten Sozialismus. REDAKTION BREMEN

(Obstehenden interessanten Artikel zur Brennstoffzelle haben wir in einer Basiszeitung der Daimler-Belegschaft gefunden, der „Stoßstange“ Nr. 4/2019 vom Juli 2019). Er gibt einen Einblick in die aktuellen Auseinandersetzungen unter den Automobilbeschäftigten.)

**INTERNATIONAL
AUTOMOTIVE
WORKERS'
CONFERENCE**

Wir unterstützen die ‚Fridays For Future‘ (FFF)-Bewegung und rufen die Automobilarbeiter der Welt auf, dies ebenfalls zu tun und den Kampf um ein Leben in Einklang mit der Natur in den Betrieben aufzunehmen.

Gleichzeitig ist es notwendig, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Umweltschutz und Arbeiterbewegung haben den gleichen Gegner – die Profitwirtschaft.

Die Gesellschaft muss sich ändern. So kann im Interesse der Zukunft der Menschheit nicht weiter gegen den Erhalt der natürlichen Umwelt gewirtschaftet werden.

Beteiligt Euch an den FFF-Aktivitäten und arbeitet mit den örtlichen FFF-Gruppen zusammen. Ebenso rufen wir die FFF-Bewegung auf, uns zu unterstützen.

Verabschiedet auf dem Delegiertentreffen der Internationalen Automobilarbeiterkonferenz Deutschland Erfurt, 23.6.2019

Batterie- und Brennstoffzellenantrieb in der Mobilität

Möglichst viele PKWs mit E-Antrieb auszurüsten, das ist keine Verkehrswende. Die täglichen Staus, die Flächenversiegelung, der gigantische Ressourcenverbrauch und der Einschnitt in die Biodiversität würden weitergehen. Ein Umstieg von der privaten Personenbeförderung auf die Öffentliche Personenbeförderung ist der einzig sinnvolle Weg zu einer umwelt- und klimatauglichen Mobilität. Der Güterverkehr muss runter von den Straßen auf Schiene und Wasserwege verlagert werden.

Welche Rolle kann die E-Mobilität spielen?

„Bei der Mobilität ist grundsätzlich in Zukunft davon auszugehen, dass auf Grund der hohen Wirkungsgrade von Elektromotoren, insbesondere im Bereich von PKW, Transportern und kommunalen Nahverkehrsbussen zunehmend die elektrische Antriebstechnik umgesetzt wird. In einer gemeinsamen

Studie („EU-Coalition Study“) haben die Automobilfirmen und Infrastrukturunternehmen die unterschiedlichen Antriebsstränge genau untersucht. Dabei ist herausgekommen, dass insbesondere bei kleinen Fahrzeugen und kurzen jährlichen Fahrleistungen batterieelektrische Antriebe die besten Marktchancen haben. In dem Marktsegment größerer Fahrzeuge und höherer jährlicher Fahrleistungen dominieren auf Grund der kurzen Betankungszeiten und der größeren Reichweiten einer Tankfüllung eindeutig Brennstoffzellenfahrzeuge, die in der Regel zur Bremsenergie-Rückgewinnung mit einer Batterie hybridisiert sind. (...)

Daimler demonstrierte mit H₂/BZ-Fahrzeugen (B-Klasse) bereits 2011 mit einer Erdumrundung über 30 000 km in 125 Tagen den hohen Entwicklungsstand.“

(Grüner Wasserstoff – Die Energie-Zukunft, Dr. Johannes Töpler, DWV)



www.automotiveworkers.org

**Verkehr – nachhaltig
und ohne Belastung
der Umwelt**

Automotive Workers

For Future

**Kostenloser
Nahverkehr**

Umweltgewerkschaft mobilisierte und beteiligte sich kritisch an der IG-Metall-Großkundgebung „#FairWandel“ am 29.6. in Berlin

Rund 50000 waren dann aus allen Ecken Deutschlands am 29.6.2019 nach Berlin gekommen! Auffallend: Bei allen offiziellen Redebeiträgen von der Hauptbühne spielte die Verbindung „Arbeitsplätze + Umweltschutz“ eine zentrale Rolle. **Was für ein Unterschied** gegenüber noch vor wenigen Jahren, als bei solchen Großdemos der Indus-



trie-Gewerkschaften die Umwelt- und Klimafrage entweder gar keine Rolle spielte oder als Gegensatz zum Kampf um Arbeitsplätze behandelt wurde. Man konnte (fast) meinen, die Redner*innen hätten vorher das Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft gelesen. Aber eben nur fast: Denn in der **Frage, wer die Hauptverursacher der globalen Umweltzerstörung sind und wie diese wirksam bekämpft werden können**, lagen die Standpunkte dann doch weit auseinander.

Mit Unterstützung des UG-Bundesvorstandes, der seine Tagung am gleichen Wochenende dafür unterbrach, konnten UG-Mitglieder 1800 Grundsatzprogramme plus aktuelle Flyer unter den Demonstranten verbreiten und so zur weiteren Vertiefung und Klärung der aufgeworfenen Fragen beitragen. Der Tag zeigte, dass das Umweltbewusstsein in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein großes Stück gewachsen ist!

Vielen Dank für euren aktiven Einsatz an diesem in jeder Hinsicht heißen Tag!

Das stand im aktuellen Flyer der Umweltgewerkschaft zum 29.6.:

Im IG-Metall-Aufruf zur Großkundgebung heißt es:

„Ökologie und Soziales dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Richtig! Das sehen wir genauso:

„Vor allem die Belegschaften in den großen Industriebetrieben, Bergwerken und Transportunternehmen sind über ihre Arbeit weltweit vernetzt und ha-

ben vielfältige Erfahrungen. Sie können einen großen Beitrag zum Kampf gegen eine globale Umweltkatastrophe leisten, wenn sie sich als Teil der Umweltbewegung bewusst werden. Die Zusammenarbeit der Umweltgewerkschaft mit den traditionellen Gewerkschaften entspricht der Einsicht, dass die Lösung der sozialen Probleme heute nur noch in Einheit mit der Lösung der ökologischen Probleme möglich ist.“ (Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft)

Allerdings heißt es im IG-Metall-Aufruf auch: „**Unser Ziel: Regierung und Unternehmen endlich zum Handeln bewegen. Damit der anstehende Umbau der Industrie gelingt – sozial, ökologisch und demokratisch.**“

Das erweckt den Eindruck, die dramatische globale Umweltkrise könne **im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft** und gemeinsam mit den Konzernvorständen gelöst werden.

Hier hat die Umweltgewerkschaft eine andere Position:

„Die ganze Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben ist jedoch vom kapitalistischen Profitprinzip geprägt. Dies führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur und zu einer allseitigen Umweltzerstörung im globalen Ausmaß. Dadurch steuert die Menschheit auf eine Umweltkatastrophe zu, die das Leben auf der Erde in seiner heutigen Form existenziell akut gefährdet. (...) Um aber eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen.“ (Grundsatzprogramm)

In diesem Sinne – gemeinsam und kritisch – wollen wir bei der IGM-Kundgebung am Samstag Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten, und weitere IG-Metaller für eine zusätzliche Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in der Umweltgewerkschaft gewinnen.

Arbeiter- und Umweltbewegung gemeinsam sind unschlagbar!

S 21 hat zu geringe Kapazität

Die Bundesregierung redet von einer Verdoppelung der Fahrgastzahlen bei der Bahn bis 2030. Endlich kommt mal etwas Sinnvolles aus Berlin. Das bedeutet aber: In 10 Jahren müssen auch rund doppelt so viele Züge fahren und in den Bahnhöfen halten.



Nun soll auch endlich der Deutschlandtakt kommen, damit das Umsteigen an den Knotenbahnhöfen besser klappt. Allerdings: Stuttgart ist der wichtigste Knoten im Südwesten Deutschlands, besonders für die Verknüpfung des Fernverkehrs mit dem Regionalverkehr. Und hier baut die Bahn einen neuen Bahnhof, der viel zu klein ist und die zukünftigen Fahrgastzahlen nie wird bewältigen können.

Acht Gleise im Tiefbahnhof, den man nicht beliebig erweitern kann, sind an sich schon viel zu wenig. Für einen Taktfahrplan in Stuttgart müssen bis zu 16 Züge gleichzeitig im Bahnhof halten. Spätestens mit der Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs werden noch weitere Einschränkungen kommen. Wenn Brandschutz und



Fast 500 Montage protestieren nun schon Umwelt- und Bahnfreunde gegen das Projekt Stuttgart 21 Tiefbahnhof.

Fluchtwege nicht ausreichend sind, können noch weniger Züge fahren, und die dürfen dann immer nur teilweise gefüllt sein.

Stuttgart 21 wird also zum Problem für den ganzen Deutschlandtakt!

Die für den Takt erforderlichen 16 Gleise sind seit fast 100 Jahre vorhanden und noch nicht zurückgebaut.

Deshalb bleibt unsere Forderung:

Sofortiger Ausstieg aus Stuttgart 21!

EuGH-Urteil zu Messstellen und Grenzwerten

Ein wichtiges Urteil hat der Europäische Gerichtshof gefällt.

Die Konsequenz ist: Bürger können bei Gericht überprüfen lassen, ob Messstationen richtig platziert sind. Die EU-Regelungen zur Luftqualität enthalten den Richtern zufolge einige "klare, präzise und nicht an Bedingungen geknüpfte Verpflichtungen", auf die sich Bürger gegenüber dem Staat berufen können. Dies gilt insbesondere für die Verpflichtung, Messstellen so einzurichten, dass sie Informationen über die am stärksten belasteten Orte liefern.



Als Umweltgewerkschaft können wir dies bei unserem Kampf für bessere Luft in den Innenstädten nutzen und ggf. die Aufstellung weiterer Messstellen einfordern.

Als Umweltgewerkschafter wissen wir aber auch, dass selbst Grenzwerte tödlich sein können. Im Magazin 2017 führte Christian Jooß aus: „Die gefährlichsten, kleinsten Partikel werden gar nicht erfasst und schon gar nicht die chemische Zusammensetzung der Feinstäube. Solch eine Grenzwertpolitik dient alleine dazu, mit Gewalt am Verbrennungsmotor im Interesse der Profite der Energie- und Autokonzerne festzuhalten. Notwendig wären Grenzen für die Partikelzahl pro Volumen. Dies ließe sich jedoch nur durch eine radikale Abschaffung der Verbrennung fossiler Treibstoffe erreichen. Nur das Ende der Verbrennung fossiler Treibstoffe kann das Problem der Millionen Toten und der zahllosen Geschädigten tatsächlich lösen, weil die Verbrennung fossiler Treibstoffe an Luft auf Grund der unvollständigen Verbrennung gesetzmäßig Feinstäube produziert. Feinstäube durch Abrieb könnten durch Verminderung des Individualverkehrs und Übergang auf Schienenverkehr drastisch reduziert werden. Kreislaufwirtschaft nach dem Vorbild der Natur erfordert daher, dass Verbrennungsprozesse ersetzt werden durch kontrollierte katalytische und elektrochemische Umwandlungen. Dafür sind mit Brennstoffzellen, Batterien und Erneuerbaren Energien die technischen Voraussetzungen längst geschaffen.“

Klimaleugner – das sind Leute, die die Klimakrise, den Einfluss des Menschen auf das Klima oder dessen Auswirkungen auf die Umwelt leugnen. Nicht selten sind es Wissenschaftler im Ruhestand und/oder solche, die für ihre Aussagen, denen die Mehrheit der Wissenschaftler widerspricht, von großen Unternehmen bezahlt werden. Oft behaupten diese Klimaleugner, dass sie endlich die Wahrheit ans Licht bringen wollen, welche die „Mainstream“-Wissenschaft

üblich ist. Die Quellen, auf die er sich in seinen Vorträgen beruft, sind oft Leute, die selbst einen zweifelhaften Ruf genießen, angebliche Insider-Behauptungen sind nicht belegbar – dazu später mehr. Während Kirstein ein typischer Klimaleugner auf „wissenschaftlicher Ebene“ ist, gibt es solche vor allem im Bereich der Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Wie sind die Klimaleugner vernetzt und organisiert?

Wo Industrielobbyisten, gekaufte Wissenschaftler und Faschistoide gemeinsame Sache machen

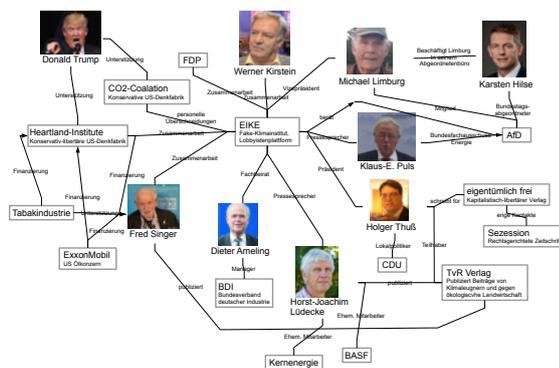
Ein Blick in das Netzwerk der Klimaleugner

nicht zulässt. Letzterer wird vorgeworfen, sie sei politisch beeinflusst. So hat etwa der Klimaleugner Prof. em. Werner Kirstein bereits mehrfach in Sachsen Vorträge gehalten, u.a. an der TU-Dresden¹. Am 27.9.2018 wollte er auch an der TU-Chemnitz unter dem Titel „Klimawandel – wird die Wissenschaft

Klimaleugner betreiben u.a. Fake-Institute und Online-Plattformen und sind weltweit vernetzt.

Besonders bedenklich ist, dass es deutliche Verbindungen zu diversen rechtsextremen Bereichen gibt.

Ein bedeutendes Zentrum des weltweiten Netzwerks ist EIKE („Europäisches Institut für Klima und Energie e.V.“) – ein eingetragener Verein, der im Namen ein seriöses Institut vorgaukelt. EIKE veröffentlicht zahlreiche Beiträge von Klimaskeptikern wie Kirstein und Befürwortern von fossiler Energie sowie Kernenergie. Diese sind nicht wissenschaftlich begutachtet, so ist EIKE beispielsweise schon einmal auf eine Satire-Website



politisch beeinflusst?“ vortragen², was jedoch kurzfristig abgesagt wurde. In seinen Vorträgen tauchen jedoch Argumente auf, die entweder nur die „halbe Wahrheit“ wiedergeben und sehr suggestiv wirken oder aber wissenschaftlich gänzlich falsch sind. Von Kirstein ist über seine gesamte Zeit als aktiver Wissenschaftlicher in Würzburg und Leipzig keine einzige Veröffentlichung zu finden, die einer unabhängigen Qualitätskontrolle unterzogen wurde, wie dies für jeden seriösen Wissenschaftler

hereingefallen, deren Inhalt sie ungeprüft veröffentlicht und nicht als Satire erkannt hat.³

Die Mitglieder von EIKE haben in der Regel keine wissenschaftliche Qualifikation oder nur auf anderen Fachgebieten als der Klimaforschung. Jedoch besitzen diese meist Verbindungen in die Industrie und in die Politik, siehe Grafik. So sind die Mitglieder, die bei EIKE Schlüsselrollen einnehmen, Industrielobbyisten und Mitglieder von AfD und CDU. Beispiele sind Michael Limburg: Elektroinge- ➔

nieur, Vizepräsident von EIKE und AfD-Mitglied, 2017 auf der Landesliste bei der Bundestagswahl in Brandenburg oder Holger Thuß, Präsident von EIKE und Jenaer CDU-Lokalpolitiker. Thuß ist auch Verleger (Thuß & van Riesen) von Artikeln von EIKE-Mitgliedern und u.a. Artikeln gegen ökologische Landwirtschaft. Darüber hinaus schreibt Thuß selbst Artikel für das Magazin „eigentümlich frei“. Dieses Magazin ist libertär ausgerichtet, d.h. es lehnt jede Form von Staat in weiten Teilen ab, und wird von Politikwissenschaftlern dem rechten Spektrum zugeordnet. Thuß selbst ist bereits durch seine hohe Aggressivität aufgefallen, als er einen Reporter vor laufender Kamera attackiert hatte⁴.

EIKE organisiert und finanziert auch gemeinsam mit ähnlichen Organisationen (z.B. dem Committee for a constructive tomorrow: CFACT) Konferenzen für Klimaleugner. Mitglieder der AfD publizieren regelmäßig bei EIKE und die AfD lädt häufig EIKE-Mitglieder zur Beratung ein. Über weitere Organisationen wie das Heartland-Institute und Einzelpersonen wie den bezahlten Lobbyisten Fred Singer gibt es Verbindungen in die USA zum Umfeld von Donald Trump. Die AfD-Politiker, Trump und Co sind vor allem Vermittler der Interessen weniger großer Konzerne aus dem Bereich Energie und Chemie, etwa ExxonMobil, BASF, Shell, sowie für Kernenergie-, Waffen- und Tabakindustrie. Diese verfügen über die nötige Finanzmacht, um Leute wie Singer und Organisationen wie das Heartland-Institut zu bezahlen. Aber die Leugnung des Klimawandels ist auch eine direkte Absicht der ultrarechten reaktionären Parteien in Europa und den USA, denn sie versuchen:

1. stets einfache und bequeme Problemlösungen anzubieten,
2. sich als sozial und volksnah zu tarnen und ihre wahren repressiven Absichten zu verheimlichen.

Was liegt da näher, als einfach weiter fossile Energieträger und Kernenergie zu nutzen, wenn doch erneuerbare Energieversorgung so vermeintlich aufwändig ist?

Die typischen Argumente der Klimaleugner und ihre Auswirkungen

Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Umwelt- und Klimaschutz hat die AfD bereits mehrfach deutlich in Interviews gezeigt und diese spiegelt sich auch im aktuellen Wahlprogramm wieder. Als die Chemnitzer Ortsgruppe der Umweltgewerkschaft am 1. Mai 2019 auf dem Neumarkt in Chemnitz mit einem Plakat (siehe Abbildung) vor den Auswirkungen des AfD-Wahlprogramms gewarnt hatte, waren die Reaktionen der Passanten ungewöhnlich heftig. Wie fast immer gab es neben großem Zuspruch diesmal auch besonders starke Ablehnung, Beschimpfungen und lautstarke Belehrungen mit wissenschaftlich nicht haltbarem Halbwissen. Diese Belehrungen offenbarten jedoch deutlich den politischen Einfluss von Netzwerken und den Personen rund um EIKE auf die AfD-Anhänger, da sich die Argumente beider decken. So führe doch der Vogelschlag bei Windrädern bald zum Aussterben der Tiere und von uns Menschen, obwohl es hierzu noch keine verlässlichen Einschätzungen gibt. Dann wird kritisiert, dass die erneuerbaren Energien die Strompreise viel zu sehr in die Höhe getrieben hätten, ungeachtet dessen, dass gerade in Kohle- und Kernenergie massive Subventionen geflossen sind, viel mehr als in erneuerbare Energien. Das Problem der Ressourcenendlichkeit und der Luftschadstoffe konventioneller Energieversorgung werde „gelöst“ durch eine Kernenergie, die angeblich vollkommen abfallfrei möglich ist (Stichwort Kugelreaktor), obwohl alle dahingehenden Experimente sowohl hinsichtlich Abfallvermeidung, als auch hinsichtlich Sicherheit scheiterten. Klimaschutz sei auch sinnlos, denn Kohlendioxid werde zum Großteil nicht vom Menschen emittiert, unter Missachtung der Tatsache, dass das menschenverursachte Kohlendioxid nicht mehr in den natürlichen Kreislauf zurückgelangt, d.h. durch Pflanzen aufgenommen wird, sondern sich in der Atmosphäre anreichert. Und Kohle sei auch erneuerbar, da diese aus Pflanzenresten bestehe, ungeachtet dessen, dass es dazu Millionen von Jahren gebraucht hat, Kohle in den Mengen

entstehen zu lassen, die wir innerhalb von nur wenigen hundert Jahren verbrennen. Und schließlich existiere der Treibhauseffekt auch gar nicht, obwohl längst bekannt ist, dass ohne ihn die Planeten im Sonnensystem viel kälter sein müssten. All diese „Argumente“ werden auch von CDU-, FDP- und AfD-Politikern gebracht und finden sich teils auch im AfD-Parteiprogramm wieder.

Ebenso wenig haltbar sind die Argumente Kirsteins in seinen Vorträgen, etwa 2018 an der TU-Dresden¹. Hier ein Auszug:

Kirsteins Argument
Die Zahl der Wettermessstationen sinkt. Es würden überwiegend diejenigen weiter betrieben werden, die wärmere Temperaturen messen, wodurch diese im Mittelwert überrepräsentiert seien.
Das Modell vom Treibhauseffekt ist falsch. Die Atmosphäre strahlt keine Wärmestrahlung zur Erde zurück. Die Hauptgase wie Stickstoff und Sauerstoff sind nicht IR-aktiv. Sie strahlen kein Infrarotlicht an die Erde zurück.
Ein Video zeigt ein Glas Wasser mit einem Eishaufen im Zeitraffer. Der Haufen schmilzt, sobald er schwimmt, steigt der Wasserspiegel nicht mehr trotz weiterem Abschmelzen. Schlussfolgerung: das Abschmelzen der Gletscher steigert den Meeresspiegel nicht.

Fazit

Die Leugnung der Klimakrise wird von einem weltweiten Netzwerk aus Lobbyisten und unseriösen Wissenschaftlern befeuert, die im Interesse der Industrie sowie von meist wirtschaftsliberalen

politischen Einrichtungen versuchen, die Meinung in Politik und Öffentlichkeit zu manipulieren. Dies geschieht durch zahlreiche öffentliche Vorträge, Internet-Auftritte, Fake-Konferenzen sowie enger Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern. Obwohl die hervorgebrachten Argumente nicht haltbar sind, werden diese durch einen Teil der Politik und der Öffentlichkeit übernommen. Aus diesem Grund muss es in der Öffentlichkeit mehr kritisches Hinterfragen und mehr Aufklärung, wie es in diesem Beitrag versucht wurde, geben. Problematisch ist,



**Achtung:
Faschistisches Gedankengut
undercover im Naturschutz unterwegs**

Nazigruppierungen wie der sogenannte III. Weg versuchen in der Umweltbewegung Einfluss zu gewinnen. Aus Naturschutz wird Heimatschutz und aus heimatlichen Gefühlen wird ebenfalls Heimatschutz gedreht. „Heimatschutz“ ist der faschistische Kampfbegriff für die Herrenrasse, die ihr Gebiet für die Aufzucht ihrer „Rasse“ sauber und rein halten muss. Der Hambacher Wald muss deshalb nach Ansicht dieser Nazis erhalten werden, weil er ein „deutscher Wald“ für deutsche „Herrenmenschen“ ist. Die Nazis nennen in ihrer Propaganda Auswirkungen der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt, kritisieren sie aber aus rassistischen Gründen. Die Umwelt- und Klimazerstörung betrifft alle Menschen überall auf unserem Planeten. Die Umweltbewegung darf sich deshalb nicht von Rassisten spalten lassen.



che und Realität zu unterscheiden. Doch manchmal genügt schon eine Überprüfung der einfachsten Grundvoraussetzungen für seriöse Wissenschaftler, wie finanzielle Unabhängigkeit von mächtigen Konzernen oder ein überzeugender wissenschaftlicher Werdegang.

UMWELTGEWERKSCHAFT
ORTSGRUPPE CHEMNITZ



Die Natur- und Umweltschutzbewegung in Deutschland entstand im 19. Jahrhundert. Kennzeichnend waren zu Beginn konservative, romantische und zivilisationskritische Ansichten, eine negativen Haltung zur kämpferischen Arbeiterbewegung und eine anti-semitische Grundeinstellung. Ende des 19. Jahrhunderts gewannen chauvinistische und rassistische Ideen Einfluss. Die Hitlerfaschisten machten daraus die bestialische Theorie von der germanischen (arischen) Herrenrasse. Die hat nach Ansicht auch der heutigen Nazis das Recht, andere und angeblich minderwertige Rassen zu unterdrücken und zu liquidieren. Im 19. Jahrhundert war Naturschutz auch für Karl Marx und die Arbeiterbewegung wichtig. So entstand die Naturfreunde- und Waldheimbewegung. Diese Bewegungen wurden von den Hitler-Faschisten verboten und ihre Mitglieder von den faschistischen Banditen verfolgt.

Bei der Entstehung der Grünen als Umweltschutzpartei mischten auch alte Nazis mit, die 1980 den internen Machtkampf gegen linke Kräfte verloren und dann zunächst in der ÖDP eine Heimat fanden, bis sie auch dort ausgeschlossen wurden.

Die Umweltgewerkschaft tritt ein für den Zusammenschluss von Menschen unterschiedlicher Nationalität und Herkunft. Um die drohende globale Umweltkatastrophe abzuwenden, ist größtmögliche Einheit notwendig und nicht Spaltung. Die Umweltgewerkschaft hat deshalb in ihr Programm aufgenommen: „Faschist*innen, Rassist*innen und religiöse Fanatiker*innen haben in der Umweltgewerkschaft keinen Platz!“

Überprüfung

Er beruft sich auf eine Arbeit von Joseph D'Aleo und Anthony Watts. Die dortigen Korrelationen sind jedoch nicht eindeutig. Die Temperatur nahm mal ab und mal zu, als Messstationen entfernt wurden.

Joseph D'Aleo sieht das Weltklima als robust an, weil es von Gottes Intelligenz und unendlicher Energie so geschaffen wurde. [5]

Anthony Watts ist ein Blogger mit Verbindungen zur Öl- und Kohleindustrie. [6]

Die Rückstrahlung der Atmosphäre auf die Erde ignorieren viele Klimaskeptiker, u.a. G. Gerlich und D. Tscheuscherer, die von Kirstein zitiert werden. Sie widerspräche dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik, nachdem Wärme nur vom wärmeren zum kälteren Ort fließt. Jedoch ist die Rückstrahlung der Atmosphäre sowohl ins All als auch auf die Erde kein Widerspruch. Entscheidend ist der Netto-Wärmefluss. So strahlt etwa auch die viel kältere Erde Wärme an die Sonne zurück, jedoch weniger, als die Sonne auf die Erde. Ein Bild der von der Erde ausgesandten IR-Strahlung findet sich unter [7]. Dort ist klar zu erkennen, dass die Kontinente und Oberflächenstrukturen der Erde kaum sichtbar sind. Offenbar sendet also die Atmosphäre den größten Teil der Infrarotstrahlung aus und nicht die Erdoberfläche. [8]

Gletscher in Grönland und der Antarktis schwimmen nicht. Solange der Eishaufen den Boden berührt, steigt der Wasserspiegel beim Abschmelzen. Erst danach steigt er nicht mehr, da das Eis genauso viel Wassermasse verdrängt wie seine eigene Masse.

dass viele Argumente der Klimaleugner ein Stück Wahrheit enthalten, jedoch entweder aus dem Zusammenhang gerissen sind, oder die Verhältnismäßigkeit nicht berücksichtigt wird. Dies erschwert es mitunter, zwischen Stimmungsma-

- 1 www.youtube.com/watch?v=jdQjSWY1GWO
- 2 www.chemnitzgespraeche.jimdo.com/vor-tr%C3%A4ge/27-09-18-klimawandel-politisch-beeinflusst/
- 3 www.klima-luegendetektor.de/2016/03/18/eike-auf-den-fake-hoffen/
- 4 www.mz-web.de/panorama/fernsehen/eike-vorstand-wird-handgreiflich--monitor--reporter-vor-laufender-kamera-attackiert-31708750
- 5 www.en.wikipedia.org/wiki/Joseph_D%27Aleo
- 6 www.sourcewatch.org/index.php/Anthony_Watts#Claims_of_a_temp_trend_bias
- 7 www.cimss.ssec.wisc.edu/goes/blog/archives/5353
- 8 www.scilogs.spektrum.de/klimalounge/der-anti-treibhauseffekt-herrn-ermecke/

Die RAG stellt die Zukunft des Ruhrgebiets in Frage

Damit darf der einstige Kohlekonzern nicht durchkommen!

Ende 2018 wurde unter großem öffentlichen Getöse mit vielen Krokodilstränen das letzte Steinkohlebergwerk geschlossen. Nun tritt die RAG (früher Ruhrkohle AG) nicht nur die Interessen der Bergleute und ihrer Hinterbliebenen mit Füßen, sondern stellt auch die Zukunft des Ruhrgebiets in Frage.

Jubeln über das „Ende der Kohle“?

Sicher, die Verbrennung von Kohle aller Art muss schleunigst beendet werden. Sie ist nicht nur Klima zerstörend. Die Kohle zu verbrennen ist auch viel zu schade. Kohle ist ein wichtiger Rohstoff, zu dem die RAG nun aus Profitgier den Zugang auf Dauer verhindert. Nur ein Beispiel: Inzwischen wurden unter der Leitung der TU Dresden erste Brücken aus Kohlenstoff, genauer: aus Carbonbeton, gebaut. Der Stoff ist leichter, dünner, belastbarer, haltbarer, günstiger und hat eine wesentlich bessere Klimabilanz als Stahlbeton.¹ Hunderte Brücken könnten damit Umwelt schonender erneuert werden.

Anstatt Kohle für solche sinnvollen Produkte zu nutzen, werden Bergwerke geschlossen, abertausende Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet, ganze Landstriche in eine tiefe Strukturkrise gestürzt, der Jugend die Zukunft verbaut und das Kapital in andere Industriezweige geleitet. Siehe EVONIK.

PCB im Grubenwasser eine tickende Zeitbombe

Eine riesige Bedrohung für Menschen und Umwelt ist, dass die RAG mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden bis heute das Ultragift PCB (s. Kasten) mit dem Grubenwasser in die Flüsse einleiten darf. Rund 12500 Tonnen PCB wurden als Bestandteil des Hydrauliköls in den 1980er Jahren unter Tage verbracht und teils ins Erdreich „entsorgt“. Nach dem Verbot des Stoffes in Deutschland im Jahr 1989 weigerte sich die RAG, die noch unter Tage lagernden vermutlich über 10 000 t PCB, über Tage umweltgerecht zu entsorgen.

Zahlreiche Bergleute haben heute erhöhte PCB-Werte im Blut, im Grubenwasser finden sich gefährliche Konzentrationen des Supergiftes.

Dem kritischen und mutigen Experten für Wasserwirtschaft Dr. Harald Friedrich² ist der Nachweis zu verdanken, dass die RAG nur deshalb kein PCB im Grubenwasser fand, weil sie untaugliche und unwissenschaftliche Messmethoden anwandte.³

Aber alles Leugnen half nichts mehr, als dann das LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) aufgrund des öffentlichen Drucks im August 2015 Messungen vorlegte und Werte von PCB 28 und PCB 52 im Grubenwasser nachwies, die um das 4 bis-5,5-fache über der UQN lagen⁴. Diese mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur muss gestoppt werden!

Das Ingenieur-Büro Spiekermann hat mit dem Wasserforschungsinstitut IWW Wege aufgezeigt, wie mit Aktivkohle-Filterbecken bis zu 95% des PCB aus dem Grubenwasser herausgefiltert und bei sehr hohen Temperaturen von über 1000°C schadlos verbrannt werden kann.

Die für die Entsorgung notwendigen Investitionen von rund 11 Mio. € und jährliche Betriebskosten von etwa 800 000 € pro Anlage will die RAG jedoch nicht aufbringen, obwohl sie mit der RAG-Stiftung die Verantwortung für das Grubenwassermanagement übernommen hat. Die RAG will stattdessen nun die Pumpen abstellen und das Grubenwasser von heute 1000 bis 900 m Tiefe auf zunächst 600 m Tiefe ansteigen lassen.

Doch das warme und sehr salzhaltige aufsteigende Grubenwasser spült das PCB mit in höhere Gefilde und näher an die Grund- und Trinkwasser-Horizonte. Da das Ruhrgebiet vom Bergbau sehr weitgehend unterhöhlt ist und sich Wasser bekanntlich immer einen Weg sucht, besteht die Gefahr der Vergiftung des Trinkwassers im Ruhrgebiet und darüber hinaus.

Im Saarland, wo der Prozess des Grubenwasseranstiegs schon weiter fortgeschritten ist, wurden nicht nur im Grubenwasser, sondern sogar in Flüssen und Bächen PCB-Konzentrationen gemessen, die bis zu 7,5 mal höher waren, als die UQN erlaubt.

PCB

gehört zum „dreckigen Dutzend“

Weil das Ultragift stark Krebs auslöst, ist es in Deutschland seit 1989, weltweit (mit Ausnahme der USA) seit der Stockholm-Konvention von 2004 generell verboten, PCB zu produzieren, zu handeln oder irgendwie in die Natur einzubringen. Dennoch gibt es eine Umweltqualitätsnorm, auf die sich die RAG und die ihr freundlich gesinnten Behörden berufen. Diese legt für PCB-Varianten Höchstwerte fest. Die liegen bei 0,0005 Mikrogramm je Liter Wasser (µg/l) und bei 0,02 Milligramm je kg (mg/kg) Feststoff-Trockenmasse.*

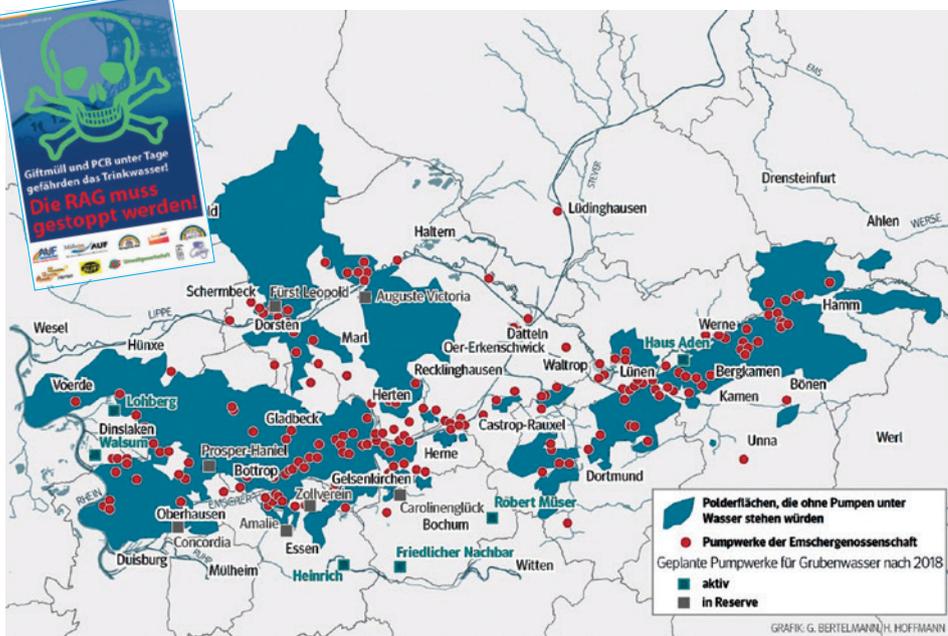
Das ist äußerst fragwürdig! Denn PCB reichert sich im Fettgewebe an und wurde selbst bei wild lebenden Eisbären bereits nachgewiesen.

* §7 Absatz 5 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes, zit. nach: www.gewaesserbewertung.de

Die Forderungen nach einer Reinigung des Grubenwassers, einem sofortigen Stopp der Flutung der Bergwerke und die Bergung des Giftmülls sind also das Gebot der Stunde! Die RAG darf mit ihren Plänen nicht durchkommen!

1,6 Millionen Tonnen Giftmüll unter Tage – eine weitere Zeitbombe

Von Mitte der 1980er Jahre bis 2006 wurden in elf Bergwerken des Ruhrgebiets 1,6 Mio. t bergbaufremde Abfälle aus allen Teilen der Republik eingelagert, darunter etwa 600 000 t hochgiftige Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen und Kraftwerken sowie Gießereialtsande. Sie enthalten be-



trächtliche Mengen an Dioxinen, Furanen, PCBs, polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK), Quecksil-

In einem Interview definiert er den Zeitraum mit „so lange, wie Menschen in der Region leben werden“⁶. Seine Vorstellung ist es wohl,

aus dem heutigen Ruhrgebiet eine „westfälische Seenplatte“ zu machen. Eine Seenplatte mit einer lebensfeindlichen Giftbrühe. Denn vom heutigen Ruhrgebiet bliebe nach dem Abschalten der Pumpen aufgrund der großen Polderflächen wenig übrig (siehe Karte oben).



Oberflächen-Grubenwassereinleitung an der Zeche „Haus Aden“ bei Lünen

ber, Arsen usw. Die RAG behauptet, das Gift sei „sicher eingeschlossen“. In einer „Machbarkeitsstudie“ zur Giftmüll-einlagerung von 1990 heißt es aber: „Spätestens nach endgültigem Einstellen des Bergbaus ist mit einem Wiederanstieg des (...) Grundwasserspiegels (...) nach dem Besorgnisgrundsatz davon auszugehen, dass auf diesem Wege auch ein Schadstofftransport mit den Eluaten aus den in das Steinkohleengebirge verbrachten Rest- bzw. Abfallstoffen bis in das oberflächennahe Grundwasser möglich ist“⁵.

Also auch die bergbaufremden Abfälle bedrohen Grund- und Trinkwasser. Trotzdem will die RAG das Grubenwasser ansteigen lassen.

Warum, sagt Prof. Christian Melchers, der das RAG-finanzierte „Forschungszentrum Nachbergbau“ leitet. Er hält es für ökonomisch nicht vertretbar, bis in alle Ewigkeit zu pumpen, bei 220 Mio.€ Kosten für die Hebung von rund 100 Mio.m³ Grubenwasser jährlich.

Ein Grund mehr, den Plänen der RAG ganz entschieden den Kampf anzusagen, wie das im Saarland und im Ruhrgebiet bereits geschieht. Auch hier geht es um „Zukunft“. Aber es braucht noch viel mehr, auch bundesweite Unterstützung! Dass der Protest an Breite gewinnt, zeigt der Aufruf: „Ärzte – Psychologen – Apotheker: Zechenflutung stoppen – Giftmüll entsorgen.“

- 1 www.mdr.de/wissen/carbonbeton-neu-100html
- 2 www.anstageslicht.de/menschen-dahinter/dr-harald-friedrich/
- 3 www.deutschlandfunk.de/pcb-im-bergbau-das-problem-grossflaechig-verduennt.697.de.html?dram:article_id=316651
- 4 www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/wasser/pdf/2015-12-10_Grubenwasser-Sondermessprogramm_2015.pdf
- 5 Jäger, B., Obermann, P. & F. L. Wilke (1991). Studie zur Eignung von Steinkohlebergwerken im rechtsrheinischen Ruhrkohlenbezirk zur Untertageverbringung von Abfall und Reststoffen (Machbarkeitsstudie); im Auftrag des Landesamtes für Wasser und Abfall NRW, Düsseldorf 1990
- 6 www.tagesspiegel.de/wissen/ende-des-steinkohle-bergbaus-am-21-dezember-ewigkeit-heisst-so-lange-wie-menschen-dort-leben/23647804.html

Aufruf Ärzte – Psychologen – Apotheker: Zechenflutung stoppen Giftmüll entsorgen

c/o Dr. med. Günther Bittel
Siegfriedstrasse 9 · 47226 Duisburg

Mit Schließung der letzten Zechen in Nordrhein-Westfalen will die Ruhrkohle AG (RAG) jetzt vollendete Tatsachen schaffen und hat die Flutung der Zechen in NRW und im Saarland begonnen. 1,6 Millionen Tonnen Giftmüll wurden in den 90er Jahren in den Zechen eingelagert, über 10 000 Tonnen des Ultragiftes PCB versickerten ebenfalls unter Tage. Mit der Flutung der Zechen kommt Grubenwasser mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kontakt mit dem Grundwasser, das abgepumpte Grubenwasser landet in Flüssen und Meeren und steigert dort die bereits erkennbaren Störungen ganzer Öko-Systeme. Wir sehen auch größte Gefahr für das Grund- und Trinkwasser ganzer Regionen und warnen vor einer drohenden schleichen-



den Wasservergiftung mit erheblicher Gesundheitsgefahr für Millionen Menschen. Schadstoffe wie Schwermetalle, PCB und Benzol wirken über Jahre und Jahrzehnte mit den möglichen Folgen von Krebs, Leukämie, Immunkrankheiten, Nervenkrankheiten und Schädigungen des Erbguts. Schon jetzt wird Grubenwasser mit nachweislichem Gehalt an PCB und Schwermetallen ungefiltert und damit fahrlässig in öffentliche Gewässer eingeleitet. Nachdem bereits heute fast jeder zweite Mensch im Laufe seines Lebens eine Krebsdiagnose erhält und viele andere chronische Erkrankungen zunehmen, fordern wir höchste Standards für den Umweltschutz und Verhinderung weiterer Gifteinträge in die Umwelt. Deswegen muss die Zechenflutung umgehend gestoppt, der Giftmüll sachgerecht entsorgt und das abgepumpte Grubenwasser gereinigt und entgiftet werden. Mit diesen und weiteren Umweltschutzmaßnahmen könnten auch die 200 Bergleute weiter beschäftigt werden, die von der RAG gekündigt werden.

120 UNTERZEICHNER*INNEN
(STAND 28.08.2019)

Info-Material dazu:
www.umweltgewerkschaft.org



Diese
vielleicht

100 Jahre alte

Eiche sollten Sie sich etwa

20 Meter hoch und mit 12 Meter

Kronendurchmesser vorstellen. Mit

mehr als **600.000 Blätter** verzehnfacht

sie ihre 120 Quadratmeter Grundfläche auf etwa

1200 Quadratmeter Blattfläche. Bakterien, Pilzsporen,

Fein-Staub und andere schädliche Stoffe in der **Stadt-Luft**

werden durch die Blätter größtenteils ausgefiltert. Auch

wird die Luft angefeuchtet, denn etwa 400 Liter Wasser

verdunstet der Baum an einem sonnigen Tag. Durch die

Photosynthese entzieht dieser Baum der Luft 18 Kilogramm

Kohlendioxid (CO_2) und gibt gleichzeitig 13 Kilogramm **Sauerstoff** (O_2)

an die Luft ab. Auch produziert der Baum dadurch 12 kg Zucker.

Einen Teil davon wandelt er in den Energie-Speicher-Stoff

Stärke um, sein neues **Holz** baut er aus dem anderen Teil. Diese

Photosynthese ist der wichtigste biochemische Prozess der **Erde**.

Der Sauerstoff den wir atmen entstammt zu etwa 99 % aus der

Photosynthese, zu einem Großteil von **Wäldern**. Im Sommer ist es in der

Nähe des Baumeskühler er spendet Schatten Mit seinen vielen Blättern

Die Zukunft der Kohle und des Kohlebergbaus in einer internationalen Kreislaufwirtschaft

Kohle und sein Produkt Aktivkohle sind ein vielseitig einsetzbares Naturprodukt. Schon im alten Ägypten und Griechenland wurde Kohle als Arznei gegen Vergiftungen und Magen-Darm-Probleme eingesetzt. Noch heute gehören Kohletabletten zu einer gut sortierten Hausapotheke.

Aktivkohle wird in Filteranlagen dazu verwendet, Farb-, Geschmacks- oder Geruchsstoffe zu binden. Filter mit dem Filtermedium Aktivkohle werden in der technischen Wasseraufbereitung häufig verwendet. Die meisten Atemschutzmasken-Filter sind ebenfalls mit Aktivkohle gefüllt.

Die kohlenstofffaserverstärkten Kunststoffe (CFK) sind extrem stabil, wobei sie um 30 Prozent leichter sind als Aluminium und nur halb so viel wiegen wie Stahl. Der Rennsport schätzt den Wunderstoff

Carbonbeton vereint zahlreiche Vorteile: Forscher wollen den seit über 100 Jahren verwendeten Stahlbeton austauschen und Carbonbeton zum Baustoff der Zukunft entwickeln. Gründe dafür gibt es genügend: Um den Stahl vor Korrosion zu schützen, sind dicke Betonschichten notwendig. Die Herstellung von Zement verbraucht aber nicht nur enorme Mengen des knappen Rohstoffes Sand, sondern ist auch mit hohen CO₂-Emissionen verbunden. Mit Carbon erhöht sich die Festigkeit um das fünf- bis sechsfache gegenüber Stahlbeton. Auch die Lebensdauer ist deutlich höher. Bereits im Magazin 2013 beschäftigten wir uns mit diesem Zukunftsthema: Dort heißt es: „Die Zukunft der Kohle: neue Materialien: Kohlenstoff ist ein chemisches Element, welches eine unvorstellbare Vielfalt an Verbindungen mit anderen Elementen eingehen kann. Nicht umsonst sind organische Verbindungen basierend auf Kohlenwasserstoffen die wesentliche materielle Grundlage für den Stoffwechsel des Lebens. Aber Kohlenstoff lässt sich auch in anorganischer Form vielseitig

nutzen. Ein Beispiel sind Kohlefaserverbundwerkstoffe, wie sie zunehmend als Leichtbauwerkstoff der Flugzeugindustrie eingesetzt werden, und auch erste Schritte für den Einsatz bei PKWs sind im Gange. Das Gewicht von PKWs könnte um mehr als die Hälfte reduziert werden. Zusätzlich können Kohlenstofffasern als Nanoröhrchen hervorragend als Speicher für Wasserstoff eingesetzt werden, um damit zum Beispiel eine erneuerbare Mobilität mit Wasserstoffautos zu erreichen. Zukunftsmusik ist heute außerdem eine Mikroelektronik basierend auf Kohlenstoffnanofasern oder gar auf Graphen.“

Karbon schon seit mehr als 30 Jahren. Er ist steifer als Stahl, jedoch rund fünfmal leichter und thermisch stabil.



Brücke mit Carbonskelett: Diese Fußgängerbrücke in Albstadt ist eine der ersten Brücken mit Carbonbewehrung. Dadurch konnte sie sehr schlank und wartungsarm gebaut werden.



eine riesige Bedrohung

Ehemalige Kohlezechen dienen in der BRD als Lager für Giftmüll und sind dafür nicht geeignet. Auch in stillgelegten Salzbergwerken werden jährlich Millionen Tonnen Giftmüll gelagert. In der Schachanlage Asse II (nahe Wolfenbüttel) wurden zwischen 1965 und 1978 über 100 000 Metallfässer und Betongefäße mit radioaktiven Abfällen abgeworfen, die nun wieder herausgeholt werden müssen. Die Asse, wie alle anderen Salzbergwerke, ist bedroht durch eindringendes Wasser und wird früher oder später absaufen. Trotzdem sprechen Betreiber von Salzbergwerken davon, dass ihre Anlagen sicher seien. Das Magazin „odyssey“ wollte ein Gutachten über die Langzeitsicherheit der Untertagedeponie Heilbronn einsehen. Es erhielt aber eine Version, in der wichtige Passagen, die zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen fordern, geschwärzt wurden. Begründung des Betreibers: Betriebsgeheimnis. In der Schweiz ist die Lagerung von Giftmüll in ehemaligen Salzbergwerken nicht erlaubt. Das Magazin berichtet auch über sogenannte Altlasten. Viele Jahrzehnte wurde in der BRD Müll in die Landschaft gekippt. Erst 1972 wurden mit dem 1. Abfallbeseitigungsgesetz Auflagen zur Müllentsorgung gemacht. Heute gibt es zehntausende altlastverdächtige Flächen, Altablagerungen und Altlaststandorte. Die Beseitigung und umwelttaugliche Entsorgung dieser Altlasten erfordert große Anstrengungen. Tatsächlich passiert von staatlichen Stellen aber viel zu wenig.

Die unterirdische Lagerung von Giftmüll muss beendet werden. Sie bedroht die Umwelt und damit die Zukunft der jungen Generation und zukünftige Generationen.

**Die Umweltgewerkschaft fordert :
Keine Giftmüllleinlagerung unter Tage
Für Kreislaufwirtschaft
statt Wegwerfproduktion
Förderung von Müllvermeidung
und Verbot der Müllverbrennung**

¹ Giftmüll: Zeitbomben im Untergrund. (<https://swrmediathek.de/player.htm?show=30009050-a2e3-11e9-a7ff-005056a12b4c>)

Die K+S AG

belastet mit dem Salzabbau eine ganze Region

Die K+S AG, früher Kali und Salz AG, mit Sitz in Kassel ist ein Bergbauunternehmen mit den Schwerpunkten Kali- und Salzförderung. K+S ist der größte Salzproduzent der Welt und gehört zur Spitzengruppe der internationalen Anbieter von kali- und magnesiumhaltigen Produkten für landwirtschaftliche und industrielle Anwendungen. K+S ist vorwiegend in Europa, Nord- und Südamerika tätig und beschäftigt weltweit mehr als 14.900 Mitarbeiter (2018)

Mit 4.400 Beschäftigten ist das Verbundwerk Werra der größte Standort von K+S in Deutschland. Im hessisch-thüringischen Kalirevier unterhält K+S drei riesige Salzhalden. Eine, der Monte Kali ist 150 Mio. Tonnen schwer und 200 m hoch. Die Rückstandshalden bedrohen viele hundert Jahre die Umwelt und besonders das Grundwasser. Auch in anderen Bundesländern gibt es solche Rückstandshalden. K+S spielt die Gefahren immer herunter und versucht die Wachsamkeit der Menschen einzuschläfern. Auf den „Kilimanscharo“(!) bei Zielitz in Sachsen-Anhalt und den „Monte Kali“ werden sogar Führungen angeboten. Sie werden mit „einzigartigen Ausblick“ oder als „Bergtour“ beworben. Umweltzerstörung als touristische Attraktion!

In der Entsorgung auf dem Stand von 1925

Schon viele Jahre geht der Streit zwischen den K+S-Bossen und berechtigten besorgten Menschen, die die Rückstandshalden, Einleitung von jährlich 3,4 Mio. m³ Salzabwässern in die Werra, deren Verpressung unter die Erdoberfläche, Lagerung in stillgelegte Bergwerke u. a. in Niedersachsen und andere Maßnahmen nicht mehr hinnehmen wollen.

K+S dagegen will seine Abfälle möglichst billig loswerden. Der Anwalt der

Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“ ist der Meinung, dass in Ländern der sogenannten dritten Welt moderner gearbeitet wird, als K+S hier arbeitet. K+S spielt auf Zeit und hat dafür die Unterstützung der Politik. Das Regierungspräsidium in Kassel, das Umweltministerium in Hessen (Grüne) genehmigen seit Jahren die untauglichen Maßnahmen des Konzerns. Man muss deshalb die Frage stellen, wer nach dem absehbaren Ende des Kalibergbaus die riesigen Abfallmengen entsorgen wird und für die Kosten aufkommt. In den zurückliegenden 80 Jahren wurden im hessisch-thüringischen Kalirevier fast eine Milliarde Kubikmeter Salzwasser in den Untergrund verpresst. Obwohl die Gefahren schon lange bekannt waren, erhielt K+S 2017 noch eine weitere Genehmigung für die angeblich letzte Versenkung, die damit bis 2021 erlaubt ist.

Der Dürresommer 2018 hat wegen des niedrigen Wasserstandes der Werra die Entsorgung der Salzabwässer in die Werra teilweise unmöglich gemacht. Eine Folge war ein längerer Produktionsstillstand, der laut K+S-Vorstand Burkhard Lohr 110 Mio. € gekostet hat. Für Herrn Lohr scheint nur wichtig zu sein, dass die Förderung ohne Pausen weitergeht. Im August erhielt der Konzern die Genehmigung 400.000 m³ Salzabwässer in 700 Metern zwischenzulagern. Durch den neuen Zwischenspeicher wollte man einen längeren Stillstand vermeiden, so der Konzern.

Gesundheit und Umwelt sind bedroht

1 K+S verbraucht große Mengen Wasser und bedient sich aus den Brunnen und Quellen im Werratal. Die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser wird dagegen immer schwieriger. Teil-

weise mussten Brunnen wegen zu hohem Salzgehalt des Wassers geschlossen werden. Der Aufwand zur Sicherstellung der Wasserversorgung der Bevölkerung wird immer größer. U.a. wurde ein Liefervertrag mit der Stadt Bad Hersfeld geschlossen. Die Kosten für die Instandhaltung und Reparatur von Rohrleitungen und technischen Einrichtungen müssen die betroffenen Gemeinden selbst tragen.

2 Oberhalb der Einleitung der Abwässer des Kalibergbaus ist die Werra ein normales Gewässer, unterhalb ist der Fluss ökologisch fast tot. Die Werra ist der am meisten mit Salz belastete Fluss Deutschlands.

3 Die BI hat wegen der hohen Krebsrate in der Region die Behörden in Hessen und Thüringen zum Handeln aufgefordert. Von dort heißt es immer, die gemessenen Werte seien im zulässigen Bereich. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass schon seit Jahrzehnten das Grundwasser und auch Fließgewässer um Unterbreizbach lokal durch Schwermetalle hochgradig belastet sind. Die Ursache sind versickernde Abwässer der Hattorfer Halde, die durch chemische Reaktionen Schwermetalle freisetzen.

4 In Herfa-Neurode betreibt K+S eine Giftmülldeponie in einem ehemaligen Salzbergwerk. Wie üblich wird behauptet, die Lagerung sei sicher. Für K+S ist die Lagerung von Giftmüll ein profitables Geschäft.

5 Statt die Halden zurück zu bauen, erweitert K+S sie und beginnt mit ihrer „Begrünung“.

Dazu erhielten wir folgende Korrespondenz:

Mit 90% Schlacke aus Hausmüll- und 10% Asche aus Braunkohleverbrennung wird eine 5 Meter dicke Dünnschichtabdeckung als Unterlage für die Begrünung auf die Kali-Halden aufgetragen. Dazu werden jährlich 300.000 Tonnen →



Schlacke und 30000 Tonnen Asche benötigt. Schlacke ist nur an der Oberfläche „inert“, d.h. schadstofffrei, die inneren Poren enthalten Anteile hochgiftigen Rohgases. Durch Regenwasser werden nach



„Kritische Aktionäre“ demonstrieren vor der K+S-Zentrale in Kassel gegen die Umweltsauerei, 3.9.2019

einer gewissen Zeit die Silizium- und Metalloxide in der Schlacke freigesetzt. Dies hat das Landgericht München in einem Rechtsstreit mit dem Landkreis Dachau im Januar 1995 dazu veranlasst, den Einsatz von Müllverbrennungs- (MVA-) Schlacke für den Straßenbau unter Strafe zu stellen! (Prof. Dr. H. Rosin, Prof. Dr. C. Jooß, Hrsg. „Müllverbrennung – die chronische Volksvergiftung“).

In der Kraftwerksasche finden sich laut BUND radioaktive Isotope der Uran- und der Thorium-Kette in einer zofach höheren Konzentration als in der Kohle selbst, so dass sogar Atomforscher fordern, aus den Kraftwerksaschen Uran zu gewinnen als neuen Brennstoff für AKWs! Eine kanadische Bergbaufirma will aus der ständig anfallenden Asche dreier chinesischer Kohlekraftwerke in der Provinz Yunnan jährlich 120 t Natururan gewinnen!

K+S spielt Arbeitsplätze gegen Umweltschutz aus

Es ist dem Konzern bisher gelungen, seine Interessen durchzusetzen. Dabei wurde immer mit der Angst der Beschäftigten vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze gearbeitet. Am 8. September 2016 hat der Betriebsrat, die Führung der Industrie-Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), mit Unterstützung von Politikern aller Parteien, u.a. dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke), der Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) eine 13 km lange Menschenkette von Hessen nach Thüringen organisiert bzw. unterstützt. 12000 Kollegen, Familienangehörige und Beschäftigte aus weiteren Betrieben haben sich beteiligt. Es war der Versuch der Organisatoren den Schutz der Natur, die Gesundheit der Menschen in der Region und die Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. IG BCE-Chef Vassilidis, Stellvertreter Aufsichtsratsvorsitzender der K+S AG, behauptete in seiner Rede, in Deutschland werde unter den weltweiten besten Arbeitsbedingungen und Umweltstandards Kali gefördert. Mit der Realität in der Region haben diese Ausführungen nichts zu tun. Den Bossen

von K+S haben sie aber sicherlich gefallen.

Recycling möglich

Eine abfallfreie Produktion ist im Interesse der Umwelt und der Menschen.

In der Region Barcelona hat 2016 der Kalihersteller Iberpotash eine Vakuumkristallisationsanlage in Betrieb genommen. Es ist die erste Anlage, mit der Natriumchlorid und Kaliumchlorid aus den Salzabwässern und Halden zurückgewonnen werden können. Die Anlage dient auch dazu, die beiden großen Rückstandshalden innerhalb der kommenden 20 Jahre abzubauen. Flüssige Produktionsrückstände fallen bei diesem Prozess nicht mehr an.

Es stellt sich die Frage, warum ein Konzern mit einem Jahresumsatz 2018 von über 4 Milliarden € und einem operativen Ergebnis von 606 Millionen € zu Investition in solche Anlagen nicht in der Lage ist.

Umweltgewerkschaft unterstützt „Bottroper Erklärung“

Der Aufbau der Umweltgewerkschaft war von Anfang an mit dem Kampf der Bergarbeiter gegen die Zechenstilllegung und geplante Flutung der Schächte nach Schließung der Zechen durch die Ruhrkohle AG (RAG) verbunden. Mit der Flutung besteht die Gefahr, dass das Grundwasser durch die dort eingelagerten 1,6 Millionen Tonnen Giftmüll und 12000 Tonnen PCB verseucht wird. Der Kampf gegen die Verseuchung des Trinkwassers und die Organisation der Solidarität mit dem Bergmann Christian Link, der den Giftmüll- und PCB-Skandal aufdeckte und deswegen ein Zutrittsverbot zu den Zechen der RAG erhielt, sind ein praktischer Schwerpunkt unserer Arbeit.



Mitte diesen Jahres kündigte die RAG 200 Bergleute, was diese aber nicht hinnehmen. Ausgehend davon hat sich ein breites Bündnis gegen die RAG gebildet, das viele Menschen einschließt, die mit der RAG eine Rechnung offen haben: Bergarbeiter, Umweltschützer, Bergbaurentner, denen Rentenzusatzleistungen gestrichen wurden, und Mieter von RAG-Wohnungen, die gegen Mieterhöhungen vorgehen. Einstimmig beschlossen sie auf einer Demonstration am 15. Juni in Bottrop eine Erklärung.

Die Umweltgewerkschaft unterstützt diesen Kampf und die Bottroper Erklärung. Sie sammelt dafür Unterschriften und ruft dazu auf, sich an allen weiteren Aktivitäten zu beteiligen (siehe www.umweltgewerkschaft.org)



In den beiden Raffineriewerken der BP in Gelsenkirchen entsteht hochgiftiger Rußabfall, belastet mit Krebs erzeugenden Stoffen wie Nickel, Vanadium und polyzyklisch aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK). Seit den 70er Jahren wird dieser Abfall im Uniper-Kohlekraftwerk Gelsenkirchen verbrannt. BP hat dazu eigens Ölpellets hergestellt, bezeichnete

Im Oktober 2018 hatte der Gelsenkirchener Stadtrat einstimmig eine vorübergehende Einstellung der Ölpellet-Verbrennung gefordert. Als nun im Februar 2019 das NRW-Umweltministerium die Rechtmäßigkeit bestätigte, kippten leider CDU und SPD um und auch die Westdeutsche Allgemeine Zeitung gab ihre anfänglich kritische Berichterstattung auf, obwohl Gelsenkirchen und die umliegende Region schon seit Jahren infolge einer Vielfachvergiftung von Luft, Boden und Wasser an der Spitze der Krebsstatistik stehen.

Ein breites Aktionsbündnis verschiedener Initiativen, Parteien und Einzelpersonen, an dem sich auch die Umweltgewerkschaft beteiligt, will ein Ende der Verbrennung durchsetzen und fordert vollständige Aufklärung über die Folgen für Gesundheit und Umwelt.

BP reagierte mit einer grün angestrichenen Medienoffensive zur Verschleierung und mit Verharmlosung. BP plant zwei Milliarden Euro am Ort zu investieren, angeblich auch mit Um-

Bündnis fordert: Keine Verbrennung hochgiftiger BP-Ölpellets in Gelsenkirchen!

sie harmlos als „Petrolkoks“ und erhielt die Verbrennungsgenehmigung von der Bezirksregierung Münster. Dreist hat der Konzern auf einem Sicherheitsblatt die R45-Bezeichnung „Krebs erregend“ gelöscht. Es geht um 30 000 Tonnen Ölpellets jährlich. BP gibt zu, dass die Verbrennung in einer Sondermüllanlage pro Tonne ca. 500 Euro kosten würde, also 15-20 Millionen Euro jährlich. So wird für Profite bewusst die Gesundheit der Anwohner geopfert!

Die Sendung „Monitor“ hatte im Oktober 2018 Teile dieses Umweltskandals veröffentlicht. Das Landgericht Bochum, das einen Abfallhändler wegen illegaler Deponierung der Ölpellets in einer Tongrube bei Hünxe (angeblich ohne Kenntnis von BP) zu einer Haftstrafe verurteilte, bezeichnete im Urteil die Verbrennung der Ölpellets als äußerst riskant.

Auch das häufige, sehr laute und gesundheitsschädliche Gasabfackeln bei BP belastet die Menschen.

Außerdem bekam BP eine Sondergenehmigung beim Stickoxidausstoß, der neue EU-Grenzwerte nicht einhalten muss. So belastet BP mit 2400 Tonnen Stickoxid Menschen und Umwelt in Gelsenkirchen. Das ist 3,5 mal mehr als der gesamte Straßenverkehr in der Stadt ausstößt! Dies alles bringt die Menschen auf die Palme.

weltschutzmaßnahmen. Auf den öffentlichen Druck hin wurde nun unverbindlich zugesagt, ab 2022 die Ölpellet-Verbrennung aufzugeben – zumal das Uniper-Kraftwerk ohnehin weg von der Kohleverbrennung auf ein Gaskraftwerk umgestellt werden soll.

Doch weitere drei Jahre die Vergiftung mit jährlich 30 000 Tonnen Ölpellet-Verbrennung hinnehmen?

Das Aktionsbündnis will dies zu Recht nicht akzeptieren und fordert einen sofortigen Stopp und die Entwicklung umweltgerechter Recyclingmethoden.

Denn Vergiftung, Vermüllung und Verschmutzung der Welt ist zu einem der Hauptfaktoren für die Entwicklung zu einer globalen Umweltkatastrophe geworden.



Zum Weltklima-Aktionstag am 7. Dezember wird ein öffentliches Tribunal gegen die legalisierte Vielfachvergiftung in Gelsenkirchen und Umgebung stattfinden. Das Tribunal ist eine gute Gelegenheit, aktiv zu werden. Dazu werden Fachleute und Zeugen gesucht, um das Tribunal zu einem Highlight im regionalen Umweltkampf zu machen.

UG GELSENKIRCHEN-BOTTROP-GLADBECK

Ist die Einhaltung von Grenzwerten bei Krebs erzeugenden Stoffen ausreichend?

Umweltmediziner sehen auch vorgeschriebene Grenzwerte sehr kritisch und sprechen von



einer notwendigen Null-Toleranz. Denn zahlreiche Krebs erzeugende Stoffe werden im Orga-

nismus angereichert und nicht abgebaut. Es können sich auch gefährliche Wechselwirkungen bilden.

Widerstand gegen die Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch

Die im September 2018 gegründete Bürgerinitiative „Uns Stinkt's“ aus Herne organisiert den Widerstand mit dem Ziel, diese Deponie endgültig zu schließen.

Der Betreiber der Deponie, die AGR GmbH, hat am 28.11.2018 an die Bezirksregierung in Münster den Antrag gestellt, die Deponie Emscherbruch noch einmal um weitere 4,6 Millionen m³³ zu erweitern und bis auf 146 m zu erhöhen. In den jetzt beantragten zusätzlichen 4,6 Mio. m³ sind 1,5 Mio. m³ hochgefährliche Abfallstoffe der Klasse III enthalten. Die Dauer der weiteren Aufschüttung soll um mindestens 10 Jahre verlängert werden.

Die Zentraldeponie ist über 50 Jahre alt. Der Untergrund ist seit dem Jahr 1968 nicht abgedichtet worden. Fünf Brände gab es in den vergangenen 12 Monaten. Etwa 4000 Anwohner in



Gelsenkirchen und Herne sind durch Grundwasserverunreinigung, Feinstaub, Schwerlasttransporte und Straßenverunreinigungen gefährdet.

Die Bürgerinitiative hat über 1100 Einwendungen gegen den Erweiterungsantrag erhoben. In einem Ratsbeschluss haben sich die Städte Gelsenkirchen und Herne gegen die Erweiterung ausgesprochen.

Die bestens vorbereitete BI „Uns Stinkt's“ konnte in einem dreitägigen Erörterungstermin Anfang Juli 2019 nachweisen, dass die vom Betreiber AGR mbH vorgelegten Gutachten zur



Umweltverträglichkeit grobe Fehler, Fälschungen und Unterlassungen aufweisen. Eine Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster ist deshalb nahezu unmöglich.

Aber in den letzten Jahren hat die Bezirksregierung Münster viele industriefreundliche Entscheidungen getroffen, die sich sehr nachteilig auf die Lebensbedingungen, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Anwohner, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, auswirken. Einige Beispiele:

Bottrop:

das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV), misst eine erhöhte Belastung mit krebserregenden Stoffen im Umkreis der Kokerei Prosper.

Die Bezirksregierung Münster teilt dagegen mit: „Gegenwärtig werden alle gesetzlichen Vorgaben (Immissionswerte der TA-Luft) in der Umgebung der Kokerei eingehalten.“

Gelsenkirchen:

Die Bezirksregierung Münster genehmigt die Umbenennung von Ölpellets der BP/Ruhröl zu Petrolkoks und deren Verbrennung im Kraftwerk Scholven.

Die Bezirksregierung Münster erteilt der Firma BP Ruhröl eine unbefristete Ausnahmegenehmigungen zur Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxid.

Begründung: Die Frist zum Einbau neuer Technik sei zu kurz, der Aufwand dafür zu groß.

Herne:

Die Deponiegenehmigung für die Zentraldeponie Emscherbruch von 2008 wurde unbefristet ohne gesetzliche Grundlage verlängert.

Die Umweltverschmutzung durch verschmutzte Transport-LKW von und zur ZD Emscherbruch wird nicht verhindert, eine Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde findet nicht statt.

Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz NRW (UIG NRW) und dem Informationsfreiheitsgesetz NRW (IFG NRW) werden nicht beantwortet.

Die Bürgerinitiativen „Saubere Luft“ (Bottrop), „Uns Stinkt's“ (Herne) und die Regionalgruppe Gelsenkirchen-Bottrop-Gladbeck der Umweltgewerkschaft haben jetzt eine enge Zusammenarbeit vereinbart, um das Verhalten dieser Behörde an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die drei Bürgerinitiativen haben in



gemeinsamen Schreiben an die Verantwortlichen in Münster und Düsseldorf dazu aufgefordert, das Verhalten der Bezirksregierung Münster öffentlich zu thematisieren und auf die Bezirksregierung Münster Einfluss zu nehmen. Bei ihren Entscheidungen und Genehmigungen muss sie die Verbesserung der Umwelt-, Lebens- und Klimabedingungen an die oberste Stelle setzen und nicht industriefreundlich und bürgerfeindlich entscheiden.

Die drei Bürgerinitiativen werden die Entscheidungsträger in Düsseldorf und Münster an den Ergebnissen messen!

Kleine Körner – große Konzerne

„Wer die Saat hat, hat das Sagen“ ist ein wahrer Spruch und zugleich der Titel eines sehr lesenswerten Buchs. Denn diejenigen, die Saatgut gewinnen oder produzieren, entscheiden darüber, was wir essen können, welche Blumen blühen.

Samen sind die Grundlage fast aller pflanzlichen Lebensmittel. Ohne Samen kein Brot oder Bier, keine Möhren, Tomaten, Erbsen, keinen Salat.

Alle Getreide und Hülsenfrüchte – davon ernähren sich die meisten Menschen auf der Welt hauptsächlich – müssen vor jeder Ernte neu ausgesät werden. Die meisten Gemüse auch.

Jahrtausende lang haben Bäuer*innen die jeweils besten Pflanzen genommen, um neues Saatgut zu gewinnen. Ziele dabei: gesunde Pflanzen, angepasst an Klima und Boden, schmackhafte, nahrhafte Feldfrüchte, lagerfähig, mit Mehrfachnutzen.

So entstanden durch Auslese sehr viele samenfeste Sorten. Beispiele weltweit: Linsen oder Bohnen – jeweils mehrere hundert, Getreide – mehrere zehntausend Sorten.

Saatgut wurde traditionell immer als Gemeingut verstanden – wie übrigens auch Boden und Wasser. Es wurde getauscht und war keine Ware. Mit dem Austausch des Saatguts wurden soziale Beziehungen gepflegt und Wissen und Arbeitstechniken weitergegeben. Saatgut ist unser kulturelles Erbe. Darüber bestimmen zu können, bedeutet Ernährungssouveränität.

In den 1920er Jahren brachte Pioneer (USA) die ersten **F1-Hybriden** auf den Markt.

Der Züchtungsaufwand ist sehr hoch, folglich werden nur relativ wenige Sorten angeboten. Diese sind genetisch extrem einheitlich und deshalb anfällig für Krankheiten oder „Schädlinge“. Außerdem sind Hybride steril: sie bieten Insekten keine Nahrung.

Hybride können sehr gute Erträge bringen, falls optimale Bedingungen geboten sind (Nährstoffe, Wasser, Licht, Temperatur); wenn nicht, sind die Erträge oft schlechter als bei samenfesten Sorten. Das Erntegut sieht schön und gleichmäßig aus – wichtig für Erwerbsgärtner. Ebenso wichtig ist eine gleiche Erntezeit, so dass ein Feld in einem Durchgang komplett abgeerntet werden kann.

Aber: das Saatgut muss für jede Ernte neu gekauft werden.

Ein gutes Geschäft für die Konzerne, die Saatgut produzieren und die nicht zufällig immer auch eine Chemiesparte haben (oder umgekehrt), ist, dass man jedes Jahr neues Saatgut, Dünger und Pflanzen„schutz“mittel passend dazu braucht.

Da Hybride sich nicht an örtliche/klimatische Gegebenheiten anpassen können und dies seitens der Konzerne auch so gewünscht ist, sollen eben die Wachstumsbedingungen durch Düngung und Bewässerung an das Saatgut angepasst werden. Das ist der Kerngedanke der industrialisierten Landwirtschaft.

Gentechnisch verändertes Saatgut gibt es seit den 1970er Jahren.

Hierbei werden im Labor artfremde Gene in das alte Genom mit dem Ziel eingesetzt, Resistenzen gegenüber sogenannten Schädlingen oder den Giften,

mit denen diese „Schädlinge“ vernichtet werden sollen, zu erzeugen.

Bei Round-up-ready-Saatgut wird den Pflanzen eine hohe Verträglichkeitstoleranz gegenüber Glyphosat implantiert. Wird ein Acker dann mit Glyphosat verseucht, stirbt alles ab, aber das spezielle Saatgut kann sofort danach ausgebracht werden, weil es das Gift verträgt. Monsanto bietet das Saatgut an, Bayer das Gift – seit letztem Jahr bequem alles aus einer Hand. Selbstverständlich muss auch dieses Saatgut für jede Ernte neu gekauft werden.

Wer das Saatgut „produziert“, der hat das Sagen

In Deutschland bedarf es inzwischen einiger Mühe, an samenfestes Saatgut für Gemüse zu kommen. Es gibt einige kleinere Anbieter wie z.B. Dreschflegel oder Bingenheimer und weltweit eine sich momentan immer weiter entwickelnde Kultur der Tauschbörsen und Saatgutkooperativen.

Ansonsten wird der Markt für Gemüse-Saatgut von F1-Hybriden bestimmt.

Auch bei Getreide (Roggen, Gerste, Mais) überwiegt Hybrid- oder Gen-Saatgut.

Bei Weizen arbeiten alle großen Saatgutkonzerne an der marktfähigen Hybridisierung – übrigens mit kräftiger Unterstützung der Politik und des industriefreundlichen Bauernverbandes –, allerdings ist Weizen ein überzeugter Selbstbefruchter und die Bemühungen bislang erfreulicherweise nicht erfolgreich. Ansonsten bestünde auch hier – bei dem weltweit am meisten angebauten Getreide – wieder die Gefahr, dass es statt tausender lokaler Sorten nur →



wenige Hybride gibt und dass Bäuer*innen ihr Saatgut nicht mehr aus der eigenen Ernte gewinnen können, sondern in die Abhängigkeit der Saatgutkonzerne geraten.

In Afrika werden nach wie vor ca. 90% samenfeste Sorten angebaut; in Indien etwa 70% und jeweils traditionell getauscht.

In Nord- und Südamerika wird großflächig gentechnisch verändertes Saatgut verwendet, besonders bei Mais, Raps, Soja. Dorthin haben inzwischen etliche Agro-Konzerne ihre Labore und Versuchsflächen verlagert, weil der Widerstand gegen die „grüne“ Gentechnik in Europa zu groß wurde.

Es gibt nur wenige Konzerne, die Saatgut anbieten und es ist auffällig schwierig, an aktuelle Zahlen über Marktanteile heranzukommen. Die 10 größten Konzerne beherrschen ca. 75% des weltweiten kommerziellen Marktes, die 3 größten gut 50%. Die Konzentration begann ab den 1980er Jahren vorwiegend durch Aufkäufe; Monsanto z.B. hat zwischen 1996 und 2008 ungefähr 50 Firmen aufgekauft.

Die größten sind zur Zeit:

Bayer-Monsanto, Abteilung Crop science liegt auf Platz 1, ist

Marktführer bei chemischen Pflanzengiften mit knapp 30% Marktanteil, Marktführer bei kommerziellem Saatgut mit ca. 30% Marktanteil.

Monsanto ist mit Abstand Marktführer bei gentechnisch verändertem Saatgut

Syngenta (gegründet in der Schweiz, gehört inzwischen zu ChemChina) liegt auf

Platz 2 bei chemischen Pflanzengiften und kommerziellem Saatgut

KWS aus Einbeck bei Göttingen z.B. liegt weltweit etwa auf Platz 6, abhängig

von der Saatgutsorte und arbeitet gemeinsam mit Monsanto an einer Gen-Zuckerrübe. KWS hat als erster Konzern Ende der 1990er Jahre Gen-Zuckerrüben ins Freiland gepflanzt, was ebenso zu heftigen Protesten von Anwohnern und Aktivisten führte wie der Versuch von BASF, eine Gen-Kartoffel anzubauen.

Die enge Verbindung der Produktion von Saatgut, Giften und Düngern ist „normal“; real sind das meist nur verschiedene Abteilungen innerhalb eines Konzerns.

Bei der Verbindung von Monsanto und Bayer kommen noch Medikamente hinzu, mit denen die durch die Pflanzengifte verursachten Krankheiten der Menschen behandelt werden sollen.

Die Folgen dieser Konzernübermacht:

- Genetische Vielfalt und damit auch Sorten gehen verloren, die gut angepasst sind an besondere klimatische Verhältnisse und Bodenbedingungen. Der Genpool dünnt aus, aber gerade den brauchen wir in Zeiten des Klimawandels. Weltweit sind in den letzten ca. 100 Jahren etwa 75% aller Kultursorten verloren gegangen, weil sie nicht mehr angebaut wurden. In Saatgutbanken sind sie hoffentlich noch zu finden.
- Zwang, immer wieder neues Saatgut zu kaufen und damit in Abhängigkeit vom Angebot der Konzerne zu geraten.
- Preissteigerung: Baumwollsaatgut z.B., auch konventionelles, wurde seit Einführung von Gen-Baumwolle um mindestens 300% teurer.
- Verlust an Ernährungssouveränität und Geschmack,
- Verlust an Wissen z.B. über Techniken für Anbau, Mischkulturen, Lagerung, Verwertung, Vermehrung.

Die Umweltgewerkschaft fordert deshalb:

Klima- und umweltschonende ökologische Anbaumethoden, Verbot der Genmanipulation bei der Herstellung von Nahrungsmitteln.

RENATE HOLZ

Quellen:

A. Banzaf: Wer die Saat hat, hat das Sagen, Verlag Oekom München 2016
Weltagrarbericht 2008, immer noch aktuell, Unabhängige Bauernstimme, div. Artikel
www.saveourseeds.org, div. Artikel

Recycling von Gülle möglich

140 Milliarden Liter Gülle werden pro Jahr in der BRD durch die Massentierhaltung produziert, Tendenz steigend. Die Ausbringung der Gülle auf Acker- und Wiesenflächen schafft massive und vielfältige Probleme (siehe Artikel: Massentierhaltung beenden). Neben der Belastung des Grundwassers beinträchtigen Nitrat und Phosphat aus der Gülle auch die Qualität von Seen, Flüssen und Meeren. Im Juni 2018 verurteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) Deutschland wegen der hohen Nitratbelastung des Grundwassers und es drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Es wurde zwar am 1. Juni 2017 eine Düngeverordnung verabschiedet, die muss nach Meinung u.a. der Wasserwirtschaft aber überarbeitet werden, weil das Grundwasser in Deutschland noch immer nicht genügend geschützt wird. Es wird zu viel Gülle produziert und noch zusätzlich Gülle aus den Niederlanden und Dänemark importiert. Ende August waren Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) nach Brüssel gefahren, um ein „Maßnahmenpaket“ vorzulegen. Sie sind damit bei der EU-Kommission aber abgeblitzt.

Gewichtige Gründe also für Politik und Landwirtschaft, sich mit einer Entwicklung der Firma Geltz aus Mühlacker zu beschäftigen. Deren Anlage „NuTriSep“ erhielt am 27.6. in Baden-Baden den VR-Innovationspreis Mittelstand. In Presse und Fernsehen wurde über das Projekt berichtet. Die Firma Geltz hat ein Verfahren produktionsreif gemacht, mit dem die Gülle aufgespalten und in ihre Bestandteile zerlegt werden kann. Gülle besteht zu 90 Prozent aus Wasser, Pflanzennährstoffen wie Stickstoff und Phosphor und unverdaulichen Futterresten. In der Anlage werden die wertvollen Stoffe vom Restwasser abgetrennt und in einer zentralen Anlage zusammengeführt, wo sie zu Dünger aufgearbeitet werden können.

Drei Endprodukte der maschinellen Gülleaufbereitung können wieder verwendet werden:

- ein organisches Grundmaterial als Torf und Ersatz für Blumenerde
- Ammoniumsulfat als Dünger
- Phosphatsalz als Trockendünger oder in der chemischen Industrie

Eine Großanlage kann pro Stunde 10 000 Liter Gülle von Schweinen und Rindern verarbeiten. Die Firma hat nicht nur die Idee entwickelt, sondern sie mit einer kleineren Anlage selbst getestet und ist in der Lage Großanlagen selbst zu bauen.

Eine Anlage wurde bisher verkauft. Es gibt weitere Anfragen. Der Biologe Geltz hat 8 Jahre mit viel persönlichen Einsatz und Eigenmittel dieses Verfahren entwickelt. Er schätzt, dass mit etwa 300 Anlagen, die pro Stück etwa 2 Mio. € kosten, das Problem mit dem Gülleüberschuss gelöst werden kann.

Die Umweltgewerkschaft fordert ein Ende der Massentierhaltung. Aktuell ist es aber auch notwendig, die Gefährdung unsere Lebensgrundlagen durch ein Recycling der Gülle zu minimieren.



Massentierhaltung beenden!

Ist der Konsum von Fleisch und tierischen Produkten noch zeitgemäß?

Wenn man auf den Klimawandel und Klimaschutz zu sprechen kommt, wird meist sofort harsche Kritik gegenüber Ölkonzernen laut. Das sicherlich zu Recht, schließlich ist deren Ausstoß an Treibhausgasen mit 1700 Megatonnen CO₂-Äquivalent für 5% der globalen Emissionen verantwortlich.



Gerne übersehen wird der ebenso verheerende ökologische Fußabdruck der industriellen Massentierhaltung. Die größten fünf Konzerne der Branche stoßen beinahe 578 Megatonnen Treibhausgas aus, mehr als Exxon-Mobil (577 MT), Shell (508 MT) oder BP (448 MT). Die Top-20 der Fleisch- und Milchproduzenten bringen es sogar auf 933 Megatonnen, etwas mehr als Deutschland in einem Jahr an Treibhausgasen produziert. Besonders gefährlich ist das ausgestoßene Methan, das als 25 Mal klimaschädlicher gilt als CO₂. 60% der Methan-Emissionen Deutschlands stammen aus der Landwirtschaft.

Neben dem Klima belastet die Viehhaltung auch die Umwelt schwer. Der Luftschadstoff Ammoniak stammt zu 95% aus der Landwirtschaft (52% Rinder-, 20% Schweine-, 9% Geflügelhaltung). Der Feinstaub-Anteil unserer Atemluft würde um 10% sinken, wenn die Ammoniak-Emissionen halbiert werden könnten.

Auch die anfallenden Güllemengen sind zum Problem geworden. Weil die Bauern zu viel davon ausbringen, sind unsere Böden und zunehmend auch das

Grundwasser mit Nitrat belastet. Schon 40% der deutschen Messstellen vermelden Werte nahe des Grenzwertes von 50 Milligramm pro Liter. Die von der Allgemeinheit zu tragenden Mehrkosten für die Aufbereitung des Wassers liegen bei bis zu 767 Mio. Euro pro Jahr.

Noch mehr Fleisch wäre eine Katastrophe, nicht nur für Deutschland oder Europa, sondern weltweit. Um den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, was eigentlich schon eine zu starke Klimaerwärmung mit dramatischen Folgen bedeutet, muss der Fleischkonsum in den nächsten zehn Jahren auf 22 Kilogramm pro Person sinken. Bis 2050 sollten wir einen jährlichen Wert von 16 Kilogramm pro Kopf erreicht haben. Aktuell ist das Gegenteil der Fall: Für 2030 wird ein Fleischkonsum von mindestens 48 Kilogramm pro Kopf und Jahr prognostiziert.

Der Verbrauch in Deutschland scheint allerdings die Trendwende geschafft zu haben und nahm zuletzt auf unter 60 Kilogramm ab. Dabei zu beachten, dass 7% der jährlichen Fleischeinkäufe in den Müll wandern. Weniger Fleisch bedeutet nicht, dass der Mensch zukünftig auf eine gesunde Ernährung verzichten müsste. Im Gegenteil, weniger Fleisch zu konsumieren, beugt vielen Erkrankungen vor. Gerade verarbeitetes Fleisch sollte wegen des krebserregenden Potenzials nur in moderaten Mengen genossen werden. Schon 300 bis 600 Gramm Fleisch pro Woche sind für einen Erwachsenen vollkommen ausreichend. Dies entspricht 15 bis 30 Kilogramm pro Jahr. Freitags Fisch und ein Sonntagsbraten wären ein passendes Konzept.

Eine ausgewogene vegetarische Ernährung fördert die Gesundheit noch weiter. Vegetarier sind meist besser mit Kalium, Magnesium, Folsäure, Vitamin C, E und Ballaststoffen versorgt. Das Risiko

für Diabetes Typ II oder Bluthochdruck sinkt. Beim Übergang zu einer veganen Ernährungsweise sollte allerdings darauf geachtet werden, ausreichend Eiweiß und Aminosäuren auf dem Speiseplan zu haben.

Für viele entscheidend bei der Umstellung der eigenen Ernährung ist neben



Erwägungen zum Klima- und Umweltschutz und gesundheitlichen Überlegungen die ethische Komponente. In der industriellen Massentierhaltung wird den bewirtschafteten Tieren unermessliches Leid zugefügt. Milliarden Geschöpfe leiden ihr gesamtes Leben von der Geburt bis zur Schlachtung, um die Profitgier der Konzerne und die fehlgeleiteten Konsumwünsche der Menschen zu befriedigen. Auch hier setzt inzwischen ein Umdenken ein. Eine konsequente Durchsetzung des Tierschutzes wird gefordert sowie eine Verschärfung der geltenden Gesetze. Am Ende wird die Erkenntnis stehen, dass für alle empfindungsfähigen Lebewesen unverbrüchliche Rechte garantiert werden müssen.

Die massenhafte Produktion von Fleisch hat keine Zukunft. Sie steht im Gegensatz zu Umwelt- und Klimaschutz, schadet der Gesundheit der Menschen und kommt organisierter Tierquälerei gleich. Eine grundlegende Agrarwende und ein Ende der Landwirtschaftskonzerne sind daher unausweichlich.

JÖRG ETGETON,

UMWELTGEWERKSCHAFT/ TIERSCHUTZPARTEI

Ausflug der Ortsgruppe Friedrichshafen ins Wurzacher Ried



Naturschutzgebiete und eines der bedeutendsten Mooregebiete Süddeutschlands.

Aufgrund seiner Größe von 1812 ha, seiner Ursprünglichkeit und des charakteristischen Mosaiks verschiedenster Moorlebensräume

Am 22. Juni 2019 fuhrn Aktive und Interessierte nach Bad Wurzach.

Um 14.30 Uhr ging es los. Wir besuchten zuerst das Naturschutzzentrum Wurzacher Ried „Moor extrem“.

Dort informierten wir uns über Gletscher und welchen Beitrag sie dazu leisteten, dass das Moor entstand. Über Tier- und Pflanzenarten konnten wir ebenfalls viel lesen und erfahren.

Im Chill-out-room konnte man Bilder, Farben und Klänge vom Moor auf sich wirken lassen.



Samen-Mandala „UG“

Ganz in der Nähe des Naturschutzzentrums befinden sich die vielen Wanderwege zum Ried. Natürlich blieben wir immer auf den Wegen.

Ein Steg führte über einen See, in dem viele Gräser wuchsen. Dort entdeckten wir eine eingeringelte schwarze Schlange, die sich allerdings sofort entfernte, als wir kamen.

Auch Libellen und Schmetterlinge zeigten sich immer wieder. So viel unberührte Natur auf einmal war sehr erhaltensam und interessant zu sehen. Das Wurzacher Ried ist eines der größten

beherbergt das Wurzacher Ried eine ganz außergewöhnliche Pflanzen- und Tierwelt.

Seiner großen ökologischen Bedeutung wegen hat das Wurzacher Ried auch international einen besonderen Stellenwert. Der weithin noch unberührte Kernbereich gilt heute als das größte zusammenhängende und noch intakte Hochmoor Mitteleuropas. Im Jahr 1989 wurde es mit dem Europadiplom des Europarates ausgezeichnet. Ein reich verzweigtes Wegenetz und wöchentliche Führungen bieten gute Möglichkeiten diese eindrucksvolle Moorlandschaft näher kennen zu lernen. Als zentrale informationsstelle ist das Naturschutzzentrum Wurzacher Ried idealer Ausgangspunkt für einen erlebnisreichen Gang ins Moor.

Für uns stand fest, dass dieser Lebensraum unbedingt erhalten bleiben



Schwimmende Ringelnatter
Natrix natrix

muss. Nur die Straße mitten durchs Moor verwunderte uns. Heutzutage hätte man sie so nicht mehr gebaut.

Ein Besuch des Wurzacher Rieds ist sehr zu empfehlen.

CHRISTINE, ORTSGRUPPE FRIEDRICHSHAFEN

Ortsgruppe Ulm der Umweltgewerkschaft geht von Anfang an auf die Fridays-for-Future-Bewegung zu

Unsere Ortsgruppe hat die Entwicklung der Schülerbewegung Fridays-for-Future (FFF) in Ulm von Anfang an aufmerksam verfolgt und unterstützt. Nachdem wir Ende letzten Jahres vor mehreren Schulen Flyer über den Protest der Schüler in Australien verteilt und Anfang Januar 2019 eine der ersten Demos in Stuttgart



vor dem Rathaus besucht hatten, nahm die Protestbewegung auch in Ulm Fahrt auf. Die erste FFF-Demo mit Kundgebung fand am 18. Januar auf dem Ulmer Marktplatz statt; wir waren mit unserer Lautsprecheranlage und unserem Bündnis-Transparent vom Weltklimaaktionstag auf Einladung dabei.

Seitdem hat sich die Ulmer Gruppe rasant entwickelt und mobilisiert bei Demos bis zu 2000 Schüler, Studenten und sonstige Unterstützer, was großartig ist. Mitglieder unserer Ortsgruppe sind wann immer möglich dabei, unterstützen die Aktionen und halten Redebeiträge.

Zuletzt habe ich aus Ulm an den Großdemos in Aachen und Hochneukirch teilgenommen, auch hier war die Ulmer FFF-Gruppe mit einer größeren Abordnung vertreten. Eine große Solidarität der Demoteilnehmer zu „Ende Gelände“ wurde lautstark bekundet, je mehr die Schikanen von Seiten des Staatsapparates sichtbar wurden. Angst vor Repressalien war nicht spürbar.

Ich bin sehr froh, dass sich diese Jugendbewegung formiert hat und Massen auf die Straße bringt. Wir in Ulm wollen sie weiterhin unterstützen und mit ihr zusammenarbeiten, z.B. in Verkehrsfragen, für die es von FFF kommunale Forderungen für Ulm gibt.

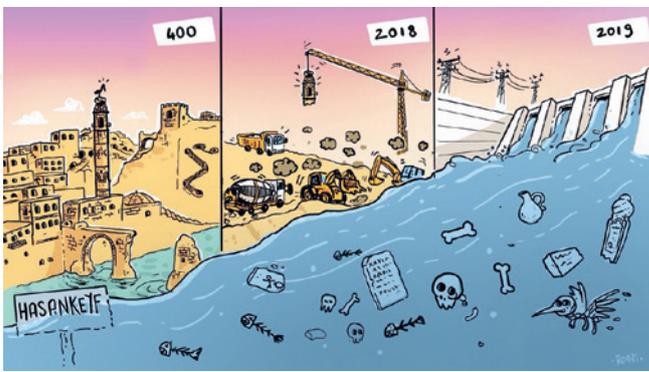
MARGRIT HEPP
ORTSGRUPPE ULM

Foto: Nordlandfoto

Beilagenhinweis:

Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe liegt ein Bogen mit nebenstehenden Aufklebern bei.





Stoppt die Befüllung des Ilisu-Stausees! Noch ist es nicht zu spät, um Hasankeyf und den Tigris zu retten!

Am 10. Juni begann auf Anweisung der türkischen Regierung die Befüllung des auf 313 Quadratkilometer geplanten Ilisu-Stausees. Seit über zwanzig Jahren kämpfen Umweltschützer*innen gegen das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt auf dem Tigris in Nord-Kurdistan (Osttürkei). Ilisu ist für die ganze Region ein Desaster größten Ausmaßes mit katastrophalen Folgen für Natur, Mensch und Kultur. Im Zentrum des Widerstandes steht die 12 000 Jahre lang ununterbrochen besiedelte Felsenstadt Hasankeyf, welche einem unvergleichbaren Open Air Museum gleicht. Die Bevölkerung vor Ort wird mit der Vollendung des Projekts nur verlieren; gewinnen werden nur wenige Reiche vor Ort, einige Großunternehmen und der faschistische türkische Staat. Neben dem historischen Monument Hasankeyf werden 199 Dörfer in den Fluten untergehen und bis zu 80 000 Menschen vertrieben. Auch hunderttausende Menschen im benachbarten Irak werden erheblich leiden, denn der türkische Staat erkennt das Recht der Menschen im Irak auf einen ausreichenden Zugang auf Wasser aus dem Tigris nicht an. Und das angesichts der massiven Trockenheit im Irak durch die Erderwärmung. Der Landwirtschaft droht dort weiterer schwerer Schaden, zudem könnten die als UNESCO-Weltkulturerbe eingestuft südirakischen Sumpflandschaften austrocknen. Kriegerische Auseinandersetzungen um das knappe Wasser sind vorprogrammiert.



Die im Januar 2006 gegründete Initiative zur Erhaltung von Hasankeyf bringt derzeit eine Koalition von Aktivisten und 86 Organisationen zusammen: Betroffene Kommunen, lokale Umwelt-, Kultur-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, Berufsverbände und Gewerkschaften. Sie ist eine der breitesten Umweltbewegungen in den kurdischen Provinzen, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung. Am 7. und 8. Juni riefen sie zum dritten weltweiten Protest- und Widerstandstag auf. Dem folgten Menschen in über 40 Orten im Irak, der Türkei und in Europa. Auf dem 19. Internationalen Pfingstjugendtreffen wurden die Besucher mit einer Ausstellung über das Projekt im Umwelt-Treffpunkt informiert und auch der Protest organisiert. Trotz aller Proteste stoppte der türkische Staat das Projekt nicht. Als neue regionale imperialistische Macht setzt die Türkei alles dran, wirtschaftlich und militärisch ihre Einfluss- und ihre Herrschaftsgebiete auszubauen, dazu gehört auch die Kontrolle über das Wasser in der Region. Der bisherige Widerstand reicht gegen solch einen Gegner nicht aus. Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es: „Um eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in den Konzernzentralen, Banken und Regierungen. Dazu will die Umweltgewerkschaft entschlossen beitragen.“

Die Ausstellung kann bestellt werden über www.hasankeyfgirisimi.net.

Keine Sanktionen für Fridays for future-Teilnehmer*innen!

Die Umweltgewerkschaft fordert Politiker*innen auf, die Einschüchterungsversuche von Schüler*innen der Fridays-for-future-Bewegung zu beenden. Unter anderem hatte Alexander Lorz (CDU), Präsident der Kultusministerkonferenz, nach den Sommerferien in Hessen Strafen für streikende Schüler angekündigt.



Die Proteste hätten ihr Ziel erreicht, so Lorz. Fridays for Future Frankfurt reagierte so: „Weder haben wir unsere Ziele erreicht, noch werden Sie uns durch Strafen und Repressionen aufhalten können, weiter auf die Straße zu gehen, weiter die Lücken und Fehlentscheidungen der Regierung aufzuzeigen.“ Im newsletter

von 5.8. von Fridays for future heißt es: Wir werden weiterhin gemeinsam gegen jede Form der Sanktionen protestieren – wir sind ein Team! Die Fridays-for-future-Bewegung braucht mehr Unterstützung aus der Bevölkerung. Schüler*innen und andere für den Schutz der Umwelt aktive Menschen haben gemeinsame Interessen.

Es begann 2007, als sich Bewohner im Gebiet Thar Jath an „Hoffnungszeichen“ wandten, weil ihr Wasser aus den Handbrunnen salzig schmeckte. Sie vermuteten, dass die

mit einem Team aus Wissenschaftlern durch Wasserproben zweifelsfrei: Die Ölindustrie hat im Norden des Landes das Grundwasser kontaminiert.

Orten Koch und Leer, die bewiesen: Durch den Konsum des verseuchten Wassers sind die Menschen bereits mit gesundheitsschädigenden Stoffen wie Blei und Barium be-

Südsudan: Der lange Kampf für sauberes Wasser

Ölförderung in der Region für die Verunreinigung verantwortlich sei. Nach ersten Vor-Ort-Recherchen und in der Annahme, dass auch der Ölindustrie an einer für Mensch und Umwelt verträglichen Produktion liegt, nahm „Hoffnungszeichen“ 2008 Kontakt mit dem Ölkonsortium WNPOC, später SPOC (Sudd Petroleum Operating Company) mit Mehrheitseigentümer Petronas auf.

Als die Daimler AG 2009 Petronas zum Hauptsponsor ihres Formel-1-Teams machte, informierte „Hoffnungszeichen“ den Mercedes-Bauer über den Ölskandal. Auch nach mehreren Treffen mit dem Ölkonsortium so-

„Hoffnungszeichen“ | Sign of Hope e.V. ist eine überkonfessionelle Menschenrechts- und Hilfsorganisation. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die weltweite Hilfe für Bedrängte.

Im November 2015 drohte ein Mitarbeiter der südsudanesischen Regierung: Man sehe es als ein „Akt gegen die Regierung und als Bedrohung für die Sicherheit des Landes“, wenn ... weitere Informationen ohne Abstimmung mit dem Ministerium veröffentlicht (würden). Berater rieten „Hoffnungszeichen“, die Drohung ernst zu nehmen und sich aus dem Südsudan zurückzuziehen. Doch Menschenrechtsarbeit erfordert Mut und so betreibt die Organisation seitdem eine international angelegte Aufklärungskampagne.

2016 veröffentlichte die Organisation zusammen mit Prof. Dr. Fritz Prägst, dem ehemaligen Leiter der Abteilung für Forensische Toxikologie des Instituts für Rechtsmedizin an der Berliner Charité, die Ergebnisse einer Haaranalyse von Betroffenen, u.a. aus den

lastet. Über die Missstände im Südsudan veröffentlichte „Hoffnungszeichen“ das Buch „Das Öl, die Macht und Zeichen der Hoffnung“, erschienen 2016 im Verlag Rüf-fer & Rub, Zürich.

Auf einer Pressekonferenz 2018 machte „Hoffnungszeichen“ das ganze Ausmaß des Ölskandals publik, die Deutsche Welle, die Katholische Nachrichten-Agentur und zahlreiche afrikanische Medien berichteten. Zuvor hatten sich „Hoffnungszeichen“-Mitarbeiter mit hochrangigen Vertretern von Daimler und Petronas in Zürich getroffen, wo detaillierte Maßnahmen vorgelegt wurden, wie Petronas den Betroffenen Zugang zu sauberem Trinkwasser gewähren kann. Auch der dringende Bedarf nach einer umfassenden Gesundheitsstudie in den Ölgebieten des Südsudans wurde vorgeschlagen. Auf das Treffen folgte Ernüchterung, als Petronas Ende Oktober letzten Jahres mitteilte, ein eigenes Wasserprojekt zu starten – nicht in den betroffenen Regionen, sondern in der weit entfernten Hauptstadt Juba. Auch wenn „Hoffnungszeichen“ jedes Wasserprojekt im Südsudan begrüßt, müssen 600 000 Menschen im Norden des Landes weiterhin mit Blei und Barium verseuchtes Wasser trinken.

Mit freundlicher Genehmigung von „Hoffnungszeichen“. haben wir den Artikel gekürzt. Das Original ist im April-Heft nachzulesen.



wie William Garjang Gieng, Umweltminister des damaligen Teilstaats Unity, blieben Verbesserungen für die Betroffenen aus. „Hoffnungszeichen“ ließ nicht locker und bewies



Aufkleberserie zum Umweltkampf

<p>Keine Schließung und Flutung der Zechen!</p> <p>Giftmüll-Entsorgung auf Kosten der RAG!</p> <p><small>Internationalistisches Bündnis ÖNWE & Pflanzens www.inter-buendnis.de</small></p>	<p>Ausstieg aus Verbrennungsmotoren!</p> <p>Kostenloser ÖPNV auf Grundlage erneuerbarer Energien!</p> <p><small>Internationalistisches Bündnis ÖNWE & Pflanzens www.inter-buendnis.de</small></p>	<p>Aktiver Widerstand gegen Waldrodung durch RWE!</p> <p>Schluss mit der Verbrennung fossiler Energieträger!</p> <p><small>Internationalistisches Bündnis ÖNWE & Pflanzens www.inter-buendnis.de</small></p>	<p>SOFORTIGE Hardware-Umrüstung mit Diesel-SCR-Kat auf Kosten der Autokonzerne!</p> <p><small>Internationalistisches Bündnis ÖNWE & Pflanzens www.inter-buendnis.de</small></p>	<p>VW, RAG, ...Umweltverbrecher strafrechtlich verfolgen! Konsequenz!</p> <p><small>Internationalistisches Bündnis ÖNWE & Pflanzens www.inter-buendnis.de</small></p>
--	---	--	--	--

Zu bestellen bei der Umweltplattform des Internationalistischen Bündnisses zu einem Stückpreis von 0,05 Euro:
umweltplattform@inter-buendnis.de; www.inter-buendnis.de

Ein Systemwechsel ist notwendig!

Im August veröffentlichte der Weltklimarat einen Sonderbericht, in dem er darauf hinweist, dass die Klimakrise die Ernährung der Weltbevölkerung gefährdet. Es wird immer deutlicher, wie umfassend die Klima- und Umweltzerstörung das Leben auf unserem Planeten Erde bedroht. Deshalb müssen sofort wirksame Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und gegen die weitere Zerstörung der Umwelt ergriffen werden müssen. Sehr viel mehr als Äußerungen z.B., man dürfe keine Zeit mehr verlieren und die Leugnung der Klimakrise durch die AfD, war allerdings als Echo auf diesen Bericht nicht zu vernehmen. Es fragt sich, worauf die Damen und Herren Politiker, die Wirtschafts- und Finanzbosse eigentlich warten wollen?

Seit über 30 Jahren wird auf Klimakonferenzen diskutiert, werden Erklärungen abgegeben über die Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz, aber die Zerstörung unseres Planeten geht trotzdem weiter, sogar immer schneller. Warum ist das so?

Weil die Konzerne, die ihre Profite mit den fossilen Energieträgern Öl, Kohle, Gas etc. machen, Wirtschaft, die Politik und den Konsum dominieren. Weil Konzerne aus Profitgier weltweit rücksichtslos auf Kosten der Umwelt und der arbeitenden Menschen produzieren lassen. Weil Banken, Fondsbetreiber und Spekulanten aus Hunger, Elend, Umweltzerstörung und Kriegen Extraprofite ziehen. Und dieses Verhalten auch nicht in Frage stellen. Auf der Jagd nach Profit ist jedes Mittel recht, auch das,

diesen Planeten zu zerstören. Die Klimakrise wird von den Marketingstrategen der Konzerne sogar genutzt, um ihre Produkte als „grün“ anzupreisen. Immer mehr Artikel sind angeblich nach-

nur geredet. Das Eingeständnis der Merkel-Regierung, dass die selbst gesteckten Klimaziele verfehlt wurden und werden, unterstreicht deren Untätigkeit. Bewusst haben Regierung und Interessengruppen die wirkliche Entwicklung verschwiegen oder verharmlost. Die angebliche Vorreiterrolle und der Klima-Musterknabe Deutschland sind reine Propaganda.

Die Einrichtung eines Klimakabinetts soll davon ablenken, dass die Regierung auch weiter auf Zeit spielt. Es werden zwar immer wieder Vorschläge gemacht, die aber entweder zerredet werden oder ungeeignet sind, weil sie sich nicht gegen die Hauptverursacher richten. Dieses politische Verhalten kann man nur als kriminell bezeichnen. Unverschämt ist auch, wie Politiker und Medien die Fridays- for-Future-Bewegung diskreditieren.

haltig produziert, fair gehandelt, halten so genannte Mindeststandards ein etc. Adidas und Henkel bieten Produkte an, die angeblich aus „ocean plastic“ hergestellt werden. Mit der Verseuchung der Weltmeere wollen diese Konzerne also Geschäfte machen. Der Wunsch vieler Menschen beim Kauf von Produkten etwas für Umwelt- und Klimaschutz tun zu wollen, wird skrupellos missbraucht.

Die Politik in Deutschland ist auch weitgehend untätig

Auch bei uns im Lande wird seit Jahrzehnten über Umwelt- und Klimaschutz

Die Mehrzahl der Politiker weiß natürlich, dass die Zukunft der heranwachsenden Generationen akut bedroht ist. Für diese Politiker haben aber nicht Gesundheitsschutz und der Schutz und Erhalt der natürlichen Umwelt Priorität, sondern der Schutz von Dividenden und Profiten. Statt dringend notwendige Sofortmaßnahmen und Verbote zu beschließen, werden mit einer CO₂-Steuer nur die Hauptverursacher geschont. Durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten, können die großen Verschmutzer sogar noch Profite aus der Klima- und Umweltzerstörung ziehen. Das darf nicht zugelassen werden. Mit so genannten „marktwirtschaftlichen Instrumen- →



ten“, die ja die Klimakrise hervorgebracht haben, sollen nun zerstörerische Folgen gelöst werden. Wie soll das funktionieren?

Das Totschlagargument sind immer die Arbeitsplätze, die durch Umwelt- und Klimaschutz angeblich verloren gehen. In Wahrheit werden aus Profitgründen Arbeitsplätze abgebaut oder soziale Leistungen gekürzt. Man versucht die Beschäftigten gegen die Umweltbewegung aufzubringen und will sie davon abhalten, für Umweltschutz und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze aktiv zu werden. Beides ist notwendig: Arbeitsplätze und Umweltschutz sind schützenswerte Güter.

Was ist die Alternative?

Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es:

„Mit dem technischen Fortschritt, der modernen Wissenschaft, dem hohen Bildungsniveau und einem enormen gesellschaftlichen Reichtum sind heute beste Voraussetzungen geschaffen für eine Welt ohne Umwelterstörung, Ausbeutung, Hunger und Kriege. Die ganze Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben ist jedoch vom kapitalistischen Profitprinzip geprägt. Dies führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur und zu einer allseitigen Umwelterstörung von globalem Ausmaß. Dadurch steuert die Menschheit auf eine Umweltkatastrophe zu, die das Leben auf der Erde in seiner heutigen Form existenziell akut gefährdet. Das über Millionen Jahre entstandene ökologische Gleichgewicht ist im Kippen begriffen.“¹



Es gibt durchaus Wissenschaftler und Unternehmen, die Alternativen entwickeln oder entwickelt haben. Wir berichten im Heft von einigen, mit denen schnell Fortschritte auf bestimmten Gebieten erreicht werden könnten. Lobbyisten, ignorante Politiker und Bürokraten verhindern oder verzögern aber deren Einsatz.

Die wirkliche Alternative zur Profitwirtschaft, ist eine Kreislaufwirtschaft. Statt Wegwerfproduktion und geplanter Obsoleszenz werden in einer Kreislaufwirtschaft nur Stoffe verarbeitet, die ohne Rückstände recycelt und wieder verwendet werden können. Die Natur selbst liefert unendlich viele Beweise und Beispiele dafür, dass eine Produktion ohne Müll möglich ist. Die Erforschung dieser natürlichen Prozesse und ihre technische Anwendung sind ein großes und sinnvolles Feld für eine Wissenschaft, die der Menschheit dient und nicht dem Profit. Eine Produktion, die umwelt- und klimatauglich ist, schafft neue Arbeitsplätze. Das hat u.a. die Solarindustrie bewiesen. Der Ausbau des öffentlichen Transportwesens, neue umwelttaugliche Produkte, die Renaturierung von Flächen, eine andere Nahrungsmittelindustrie, die Beseitigung

der riesigen Schäden, die der Kapitalismus der Natur und den Menschen zugefügt hat, erfordern enorme gesellschaftliche Anstrengungen.

Die Mehrheit der Menschen will in einer intakten Umwelt leben

„Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt: das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen.“²

Für immer mehr Menschen ist die Rettung der Umwelt tatsächlich zur wichtigsten Zukunftsfrage geworden. Widerstand und Proteste haben bei uns und weltweit erheblich zugenommen. Das ist eine gute Entwicklung. Erfolgreicher Klima- und Umweltschutz erfordert vor allem Proteste und Widerstandsaktionen. Eine politisch schlagkräftige Massenbewegung muss sich entwickeln, in die alle Schichten der Gesellschaft einbezogen werden müssen. So können Zugeständnisse erkämpft werden. Aber um diesen Planeten vor dem Kollaps zu retten, ist ein Systemwechsel notwendig. Die vielen Aktiven in der Umweltbewegung werden sich klar werden müssen, ob eine Lösung der Umweltkrise unter den jetzigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist.

Die Hauptverantwortlichen für die Umweltkrise tun jedenfalls nichts, um den von ihnen verursachten Wahnsinn zu stoppen.

¹ Programm der Umweltgewerkschaft. Die Erde vor dem Kollaps retten! S.4
² a.a.O.S.4



Globaler Klimastreik, 20. September 2019
Demonstration in Göttingen mit etwa 10 000 Menschen, deutschlandweit in über 600 Städten, weltweit über vier Millionen Menschen in 163 Ländern

Fotos: Erde heute: NASA, Erde morgen (?!): The Conversation, Göttingen: Rainer Recke/fotografik

Leserbrief



Immer mehr lokale und regionale ökologische Katastrophen drangsalieren die Menschheit. Sie kennzeichnen einen Prozess des beschleunigten Umschlags der Umweltkrise in eine globale Umweltkatastrophe.

Weil ihre Hauptursachen in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegen, erfordert die Umweltfrage heute einen gesellschaftsverändernden Kampf. Dazu brauchen wir eine neue Umweltbewegung, die einen klaren Trennungsstrich gegen den imperialistischen Ökologismus zieht, sich organisiert, kämpferisch, zielstrebig und weltumspannend gegen die mutwillige Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Herrschenden Front macht.

So ist das Buch ausdrücklich eine Streitschrift, die sich in die Strategiedebatte um die Lösung der Umweltfrage einmischt und unmissverständlich positioniert.

„Katastrophenalarm“ – eine Streitschrift für alle Umweltkämpfer und Quelle für vielfältige Recherchen. Sie vertritt die Ansicht, dass die Hauptursache der Umweltzerstörung in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegt und deswegen die Umweltfrage einen gesellschaftsverändernden Kampf erfordert.

Stefan Engel: KATASTROPHENALARM! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?

332 Seiten, Taschenbuch, Preis: 17,50 €

ISBN: 978-3-88021-405-7

E-Book, Preis 13,99 €; ISBN: 9-783-88021-413-2

Zu bestellen bei:

Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen

Am Grundsatzprogramm orientieren

Liebe Redaktion,
das perspektive-Magazin 2018 enthält auf den Seiten 36-38 einen interessanten Artikel zum „Science-Marsch“. Darin findet sich allerdings eine Behauptung, die wir als Umweltgewerkschaft nicht unkommentiert stehen lassen können:



„Die Geschichte zeigt wie Nazis oder kommunistische Regimes die Freiheit der Forschung ihren zerstörerischen Zielen opfert“ (S.36).

Diese Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus steht im Widerspruch zum Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft, insbesondere seiner **antifaschistischen Grundlage, weltanschaulichen Offenheit und Orientierung auf eine befreite Gesellschaft.** Um was geht es?

Faschismus ist die extremste Form des Kapitalismus. Sie bedeutet offenen Terror gegen die rebellierende Bevölkerung, einschließlich der Umweltbewegung (wie man aktuell in Brasilien sieht), bedeutet Abschaffung der bürgerlich-demokratischen Rechte, Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft bis zum Äußersten. Während des Hitler-Faschismus in Deutschland ließen sich große wie kleine Kapitalisten von den Nazis Millionen Frauen und Männer als Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern „liefern“ (500.000 allein für Berliner Fabriken). Die Profite der Herrschenden stiegen astronomisch. Alles Oppositionelle wanderte in die KZ's oder wurde auch gleich umgebracht, vor allem kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, auch aufrechte Christen, Freidenker und Liberale. Es folgte der millionenfachen Mord an jüdischen Menschen.

Sozialismus/Kommunismus ist das gerade Gegenteil: immer breitere Entfaltung demokratischer Strukturen und Selbstorganisation der Bevölkerung, bewusste Gestaltung der Einheit von Mensch und Natur in einer globalen Kreislaufwirtschaft (einschließlich „Freiheit der Forschung“ dafür), schließlich Aufhebung jeglicher Unterdrückung in einer klassenlosen Gesellschaft. Echter Sozialismus und Kommunismus waren Ziel und Inspiration der Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen. Das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels gehört zu den wissenschaftlichen und humanistischen Meilensteinen der Menschheitsgeschichte.

Dass sich historisch unter dem Deckmantel des Etiketts „Kommunismus“ und „Sozialismus“ eine neue Ausbeuterklasse entwickelte, eine rot getarnte bürokratische Kapitalistenklasse, wie etwa in der späten Sowjetunion oder im heutigen China, steht auf einem anderen Blatt. Diesen konkreten Verlauf der ersten sozialistischen Staaten der Welt und ihres kapitalistischen Rückfalls (gerade auch in Umweltfragen) gilt es wissenschaftlich auszuwerten – genauso wie der Absturz der ersten Flugzeuge ausgewertet wurde: heute ist Fliegen eine Selbstverständlichkeit.

Eine wie auch immer formulierte Verbindung von „kommunistisch“ und „Nazis“ verharmlost die Faschisten und verbaut zugleich die unvoreingenommene Auseinandersetzung über eine befreite Welt jenseits des Kapitalismus.

GERNOT WOLFER

(MITGLIED IM BUNDESVERSTAND DER UMWELTGEWERKSCHAFT)

12. Frauenpolitischer Ratschlag

1.–3. November
IN ERFURT
2019



Frauenpolitischer Ratschlag

Gästehaus „Alte Parteischule“
Werner-Seelenbinder-Str. 14 | 99096 Erfurt
www.frauenpolitischerratschlag.de

Erfurt wir kommen!

Vom 1. – 3. November 2019 wird der 12. Frauenpolitische Ratschlag in Erfurt stattfinden. Im Gästehaus „Alte Parteischule“ haben wir freundliche Gastgeber und geeignete Räumlichkeiten gefunden.

Erfurt, die Hauptstadt Thüringens, ist für uns ein guter Ort für einen Frauenpolitischen Ratschlag, nachdem der letzte Ratschlag in Chemnitz/Sachsen erfolgreich war, weil wir dort von vielen verschiedenen Frauen und Frauengruppen besonders auch vom überparteilichen Frauenverband Courage unterstützt wurden.

Die Rechtsentwicklung der Regierungen und Parteien weltweit, die mit einem richtigen „Roll back“ bei Frauenrechten verbunden und die extrem frauenfeindlich ist, muss diskutiert werden. Darum hat der Ratschlag den Arbeitstitel „Couragierte Frauen kämpfen gegen rechte Regierungen – weltweit!“.

Dazu bietet sich die internationale, kulturelle und überparteiliche Frauenplattform „Frauenpolitischer Ratschlag“ an.

Es sind 6 Foren vorgeschlagen, „Frauen und Arbeit“, „Jugend und Bildung“, „Internationales, Geflüchtete und Migration“, „Natur und Umwelt“, „Familie und Lebensformen“ und „Gesellschaftliche Perspektiven und Visionen“ können gleichberechtigt in demokratischer Streitkultur auf der Grundlage weltanschaulicher Offenheit Erfahrungen ausgetauscht werden.

Wir möchten Frauen ermutigen sich zu organisieren und die Zusammenarbeit in der kämpferischen Frauenbewegung zu festigen.

Mitmachen können alle, die Leitlinien des Ratschlags akzeptieren, außer faschistisch, rassistisch und religiös fanatische eingestellt Menschen.

Der Ratschlag wird von allen TeilnehmerInnen in vielen großen und kleinen Gemeinschaftsaufgaben selbst organisiert und finanziert. Jede Einzelfrau oder Organisation sollte eine Gemeinschaftsaufgabe übernehmen oder sich auf dem Ratschlag direkt für eine Zeitspende eintragen.

Berliner Solar-Genossenschaft SOLVERDE wurde Mitglied der Umweltgewerkschaft – Herzlich Willkommen

„Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien!“ ist eine der Hauptforderungen der Umweltgewerkschaft. Dazu kann eine genossenschaftlich organisierte Solarstrom-Erzeugung eine wichtige Rolle spielen. SOLVERDE hat zusammen mit einer Partnerfirma erstmals in Deutschland neuartige, zweiseitig nutzbare Solarmodule in einem Solarpark eingesetzt. Durch die senkrechte Aufstellung gibt es eine Sonnenstrom-Erzeugungsspitze vormittags und nachmittags, und es ist zudem eine landwirtschaftliche Nutzung möglich, z.B. als Grünfütter- oder Insekten-Wiese – siehe Foto.

❖❖❖ www.solveerde-buergerkraftwerke.de





Warum das Plastikmüll-Abkommen in Nairobi scheiterte

Plastikabfälle finden sich überall auf der Erde, in der Arktis, im 11000 Meter tiefen Marianengraben, selbst im menschlichen Blut sind Bestandteile von Kunststoffen. Plastik füllt die Mägen von Seevögeln, Delfinen, Walen und in Vogelnestern ertrinken Jungvögel. Eine PET-Flasche braucht etwa 450 Jahre, um zu zerfallen. Ein solcher Zerfall aber hat mit einem restlosen Abbau nichts zu tun, sagen die Experten des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik in Oberhausen. Es gibt auch noch keine Plastikflasche, die so alt ist.

Allein im Jahr 2015 wurden weltweit 381 Millionen Tonnen Plastik produziert, fast 50 mal so viel wie vor 60 Jahren. Vier bis 13 Millionen Tonnen davon gelangen jährlich in die Meere – je nach Schätzung. Der Rest landet auf Deponien oder wird verbrannt. Nur neun Prozent des bisher produzierten Kunst-



stoffabfalls wurde recycelt, schätzt die UNO. Mehr als 140 Millionen Tonnen Plastikmüll treiben inzwischen in fünf riesigen Strudeln durch die Meere.

Kein Abkommen in Nairobi

Im kenianischen Nairobi haben Staaten aus aller Welt im März 2019 eine Woche lang darüber beraten, wie die Menschheit das Plastikproblem in den Griff bekommen kann. Herausgekommen ist bei der vierten UNO Environment As-

sembly nur heiße Luft, nichts verbindliches!

Warum waren die Verhandlungen ergebnislos?

Weil sich die 30 weltgrößten Kunststoffhersteller (5 in Deutschland, 5 in den USA und 5 in Japan. Dazu die neuen aufsteigenden Chemieriesen in China und Saudi-Arabien) einen gigantischen Konkurrenzkampf um Absatzmärkte und die Marktführerschaft liefern. Sie steigern die Kunststoffproduktion und scheren sich einen Dreck darum, wo der Kunststoff landet.

Die Schäden und Zerstörungen, die dieser rücksichtslose, kapitalistische Konkurrenzkampf anrichtet, wird die Menschheit noch lange beschäftigen.

Kryo-Recycling als Alternative zur Müllverbrennung

Schon lange gibt es die Möglichkeit Kunststoff zu recyceln. Entwickelt wurde das Kryo-Recycling vor ca. 20 Jahren von dem Umweltmediziner Prof. Dr. Harry Rosin und dem Toxikologen Otmar Wassermann. Als ehemaliger Direktor des Hygiene-Instituts Dortmund initiierte Prof. Rosin gemeinsam mit Dr. Hans Preisendanz schon den FCKW- und FKW-freien Kühlschrank. Basierend auf ihren Forschungsergebnissen im Bereich der innovativen Kältetechnik entwickelte Prof. Rosin mit seinem Team schließlich ein Tiefkälteverfahren zum stofflichen Recycling von Alt-Kunststoffen, Alt-Reifen und Alt-Elektronik: eine umwelt- und ressourcenschonende Alternative zur Müllverbrennung.

Mittels des Kryo-Recyclings lassen sich Kunststoffgemische und Elastome-

re (Gummiprodukte) tiefgefrieren und pulverisieren. Dabei werden die überwiegend thermoplastischen Kunststoffe und Elastomere spröde. Dann können die Komponenten des Kunststoff-Verbundmaterials sauber voneinander getrennt und nahezu sortenrein wiedergewonnen werden.

Warum wird das Kunststoff-Recycling nicht flächendeckend eingeführt, wenn es die Ressourcen und Umwelt schont?

Die internationale Müllwirtschaft, die Chemie Giganten und die für sie tätigen Regierungen verhindern die Einführung. Die Neusynthese von Kunst-



stoffen ist ein besseres Geschäft, als das kostengünstige Kryo-Recycling-Verfahren. Die Versuche eine Pilot-Anlage in Neunkirchen-Vluyn zu bauen, scheiterten bisher daran, dass sich kein Großinvestor findet.

Die Umweltgewerkschaft fordert in ihrem Programm:

- Für Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfproduktion
- Förderung der Müllvermeidung und Verbot der Müllverbrennung!
- Für eine Pilotanlage für Kryo-Recycling zum vollständigen Recycling von Kunststoffen, Elektronikschrott und Autoreifen!

Durch den flächendeckenden Einsatz von Kryo-Recycling-Anlagen in Deutschland könnten etwa 40000 Arbeitsplätze geschaffen werden.



„Klimapaket“ der Bundesregierung



Klimaschutz sieht anders aus!

Am 20. September 2019 beteiligten sich 1,5 Millionen Menschen in Deutschland am ersten gemeinsamen Klimastreiktag. Weltweit beteiligten sich 4 Millionen Menschen in 163 Ländern. An diesem Tag veröffentlichte das so genannte Klimakabinett seine Vorschläge, die Kritiker zu recht Klimapäckchen, Kleinklein und Pillepalle nannten. Klimaforscher Mojib Latif sagte, die Bundesregierung versuche sich

Zwischenziel, die Treibhausgasemissionen bis 2040 um mindestens 70 Prozent zu reduzieren, ersatzlos gestrichen. Der bescheidene Ausbau der Windkraft an Land wurde zusammengestrichen.

Die Regierung macht den großen CO₂ Emittenten, den Auto-, Energie-, Chemie-, und Agrarkonzernen, keine Vorgaben, wieviel an CO₂-Emissionen sie reduzieren müssen. Stattdessen werden die

Menschen mit geringen Einkommen belastet und vor allem keine umwelttauglichen Alternativen geschaffen. Für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird fast nichts getan. Aber der ist notwendig,

damit Menschen anders mobil sein können. Außerdem müssen die Fahrpreise drastisch reduziert und der Nulltarif in absehbarer Zeit eingeführt werden. Eine Fahrpreisreduzierung bei der DB im Fernverkehr um 10 % ist ein Witz. Keine Vorgaben wurden gemacht zum Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor und für die Kfz-Steuer für große, spritfressende Autos. Der Verkauf von batteriebetriebenen Pkws unter 40 000 € soll mit einer höheren Kaufprämie gefördert werden. Das ist ein Subventionsprogramm für die Autokonzerne, das die Steuerzahler finanzieren müssen.

Im den Bereichen Landwirtschaft und globaler Handel wurde gar nichts Konkretes beschlossen.

Die CO₂-Bepreisung und der Handel mit „Verschmutzungsrechten“ haben sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Warum soll das jetzt anders sein? Den Einbau neuer Heizungsanlagen muss man sich leisten können, um an die Fördermittel ranzukommen. Die energetische Gebäudesanierung ist ein untaugliches Mittel, solange die Hausbesitzer

die Kosten auf die Mieter abladen und die Mieten erhöhen können. Dieses Klimamogelpaket wird die Menschen bei uns belasten, die sowieso schon wenig Geld haben, auch deshalb muss es abgelehnt werden. Die Forderung der „Grünen“ nach einer höheren CO₂-Bepreisung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas ist ebenfalls untauglich, da das die breite Masse belastet und die Konzerne ihre Kosten auf die Bevölkerung abwälzen werden.

Von der GroKo sind keine wirkungsvollen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz mehr zu erwarten. Diese Regierung ist unfähig und unwillig, der Bevölkerung eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Diese Regierung muss deshalb abtreten!

Wirksame Sofortmaßnahmen können nur gemeinsam von Arbeiter- und Umweltbewegung gegen die Hauptverursacher in den Banken und Konzernzentralen und in Regierungen durchgesetzt werden. Deshalb ruft die Umweltgewerkschaft zur Teilnahme am nächsten weltweiten Protesttag, am 29. November auf. Konsequenter Umweltschutz erfordert grundlegende gesellschaftliche Änderungen, wie sie die Umweltgewerkschaft in ihrem Programm vertritt. Sie lehnt es deshalb den Versuch spalterischer Kräfte in der Fridays-for-Future-Bewegung ab, Revolutionäre, Sozialisten und kapitalismuskritische Kräfte, wie die MLPD und unsere Mitgliedsorganisation REBELL, undemokratisch, mit repressiven und intriganten Methoden auszugrenzen. Wir treten ein für den gleichberechtigten Zusammenschluss aller Menschen, denen der Umweltschutz wichtig ist.



„durchzulavieren“ mit einem Klimapaket, das den Namen weder braucht noch verdient. Das „Klimapaket“ der Regierung ist eine Provokation der Umweltbewegung und eine totale Missachtung der Forderungen von Millionen Menschen; es muss entschieden zurückgewiesen werden. Selbst die minimalen Zugeständnisse in den Eckpunkten an die Umweltbewegung wurden wieder verwässert. Die Kontrollmechanismen zur Einhaltung der Ziele wurden wieder eingeschränkt und die Befugnisse des „Klimarats“ (Expertengremium) und des Bundestags ausgehebelt.

Treibhausgasneutralität bis 2050 wird nur noch als „verfolgtes“ Ziel formuliert und das eh ungenügende





Transparente aus bedrucktem Stoff, je ca. 250 x 130 cm, zwei Schlaufen seitlich, Kosten 90,- €; Bezug: UG-Büro Berlin post@ug-buero.de

Publikationen und Material für die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltgewerkschaft



Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?
Zweite, erweiterte Auflage
Josef Lutz, Physiker und Professor für Leistungselektronik an der TU Chemnitz zieht den Schluss,

dass alle in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs sofort vom Netz genommen werden könnten, ohne dass die Versorgung mit Strom zusammenbrechen würde. Eine Stromversorgung nur auf der Grundlage von Erneuerbaren Energien kann in ca. 10 Jahren aufgebaut werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Die Broschüre behandelt die in der Fachwelt bekannten Zusammenhänge (mit Quellenangaben) und lehnt die geplanten „Stromautobahnen“ als Milliardenverschwendung ab.

Nur noch als Datei verfügbar. Bei Bestellung wird ein Download-Link verschickt. Schutzgebühr von 3,- € erbeten.

Bezugsquelle:
Die Broschüren sind zu bestellen bei post@ug-buero.de



Müllverbrennung die chronische Volksvergiftung
Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,- €
Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryorecycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.



Stop Fracking
Anschaulich wird die Methode des „hydraulischen Fracking“ erklärt und die Hintergründe und verheerenden Folgen für Mensch und Natur untersucht. Es vernichtet Arbeitsplätze und ruiniert die Landwirtschaft.

Nach wie vor aktuell und informativ!
Kann gegen eine Spende abgegeben werden.



Westen Umweltgewerkschaft
Preis: 5,00 €



Programm der Umweltgewerkschaft als Broschüre
Umweltgewerkschaft e.V.
Bremer Straße 42, 10551 Berlin
Email: vorstand@ug-buvo.de
Preis: 2,- € Schutzgebühr



Filmtipps

Der Raubbau an der Natur, die Zerstörung der natürlichen Umwelt, haben ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Die weltweit agierenden Handelskonzerne, die Textilhersteller und andere Konzerne beuten Menschen und Natur rücksichtslos aus. Als Käufer*innen müssen wir uns fragen, wie die Dinge hergestellt werden, die uns angeboten werden und die wir kaufen. Einige Filmtipps zum Thema.



Vergiftete Flüsse – Die schmutzigen Geheimnisse der Textilindustrie

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/vergiftete-fluesse-100.html>



Lachs und Avocado für Europa – Die dunkle Seite von Trend-Food

<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/videos/lachs-avocado-fuer-europa-weltspiegel-video-100.html>



Europas dreckige Ernte: Ausbeutung mit EU-Geldern

<https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/mehrwert/das-leid-hinter-dem-geschaefit-mit-obst-und-gemuese-100.html>



Armes Huhn – armer Mensch Vom Frühstücksei zur Wirtschaftsflucht

https://programm.ard.de/TV/art/armes-huhn---armer-mensch/eid_287241511896268



Bayer: Die Fusion und ihre Folgen.

<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/die-story/video-bayer-die-fusion-und-die-folgen-100.html>



Die Plastik-Invasion – Coca-Cola und der vermüllte Planet

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/die-plastik-invasion-coca-cola-und-der-vermuelte-planet-104.html>



Die Erdzerstörer

<https://www.arte.tv/de/videos/073938-000-A/die-erdzerstoerer/>



Schmutzige Reifen

<https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/exklusiv-im-ersten-schmutzige-reifen-video-100.html>



In eigener Sache: Bildqualität der „Perspektive“

Von unserem Layouter kommt der dringende Hinweis, dass die Bildqualität und vor allem die Bildgröße der von Mitgliedern gelieferten Bilder häufig für eine vernünftige Druckqualität nicht ausreicht.

Daher für zukünftige Einsendungen bitte beachten:

Mindestbildgröße 800* pixel Breite; Bildbreite für 1-spaltige Bilder 800 pix, für 2-spaltige Bilder 1 600 pix, für 3-spaltige 2 400 pix, mit Anschnitt 2 600 pix. Keine oder geringste Bildkompression (JPEG-Kompression 12 = beste Qualität).

„Hochrechnen“/Vergrößern der Bilder hilft nicht!

Mehrfaches Speichern von JPEGs verschlechtert die Qualität teilweise erheblich, daher am Besten immer die digitalen Originalbilder.

*entspricht bei Seitenverhältnis 3:2 im Querformat als JPEG mindestens ca. 0,5 MPix, im Hochformat etwa 1 Megapixel. Kleiner als 1 MPix sollten die Bilder daher nicht sein, besser deutlich mehr!

Gute Gründe, jetzt Mitglied der Umweltgewerkschaft zu werden!

1. Jede(r), der/dem der Schutz der Umwelt am Herzen liegt, gehört in die Umweltgewerkschaft, weil er sich damit klar positioniert und damit ihre gesellschaftliche Bedeutung und ihren politischen Einfluss stärkt.
2. Die Mitgliedschaft in der Umweltgewerkschaft steht nicht in Konkurrenz zu persönlichen gesellschaftspolitischen Aktivitäten und Schwerpunkten. In jeder gesellschaftlichen Frage spielt die Umwelt eine wichtige Rolle.
3. Zwei Euro Mindestbeitrag oder ein Euro Sozialbeitrag pro Monat sollten keine Hürde sein, Mitglied zu werden.
4. Umweltschutz ist grenzenlos – global denken, lokal, national und weltweit organisiert handeln.
5. Die Umweltgewerkschaft ist DIE breite Massenorganisation für den Kampf um Arbeitsplätze UND Umweltschutz. Jede(r) Arbeiter(in) und Angestellte gehört in die Umweltgewerkschaft und in die (Industrie-) Gewerkschaften, die auch mehr Verantwortung für den Schutz der Natur übernehmen müssen.
6. Die Umweltgewerkschaft benennt klar die Hauptverursacher der Umweltkrise in den Konzern- und Bankzentralen und in Regierungen.
7. Sie organisiert den überparteilichen und weltanschaulichen offenen Zusammenschluss auf kämpferischer gewerkschaftlicher Grundlage. Die Überwindung der Vereinzelung der Kräfte und der Spaltung von Umwelt- und Arbeiterbewegung schafft neue Potenziale, die Erde vor dem Kollaps zu retten.
8. Die Umweltgewerkschaft stellt die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Profitprinzip in Frage und tritt für eine Gesellschaft ein, in der der Mensch in Einheit von Mensch und Natur lebt und produziert.



Mitgliedsantrag mit SEPA Lastschrift der Umweltgewerkschaft e.V.

Ortsgruppe
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon
Email
Geburtsdatum

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ab pro Monat Euro

Mindestbeitragssätze:

Vollverdiener (ab 18 Jahre): 2,00 Euro; Sozialbeitrag: 1,00 Euro

Jugendliche (ab 16 Jahre): 1,00 Euro; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: 0,50 Euro

Freiwillige höhere Beitragszahlungen sind ausdrücklich erwünscht!

Zahlungsweise halbjährlich jährlich (bitte ankreuzen)

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Grundsätze und die Satzung der Umweltgewerkschaft an und erkläre mich mit der Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Datenschutzerklärung einverstanden. Alle Daten werden streng vertraulich behandelt und NICHT an Dritte weitergegeben.

Ort, Datum, Unterschrift

SEPA Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die Umweltgewerkschaft e.V., die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Umweltgewerkschaft e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname (Kontoinhaber*in)

Mein Konto: IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

bei der BIC:

Hinweise: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Das SEPA-Lastschriftmandat wird erteilt für: Umweltgewerkschaft e.V., Bremer Straße 42, 10551 Berlin mit der Gläubiger-Identifikationsnummer DE78 ZZZ0 0001 9667 92.

Die Mandatsreferenz wird mit der Bestätigung der Mitgliedschaft mitgeteilt. Einziehende Bank: GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Ort, Datum, Unterschrift



Streik fürs Klima!

